



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn

15,2 (2002)

MITTHEILUNGEN

des Vereins für

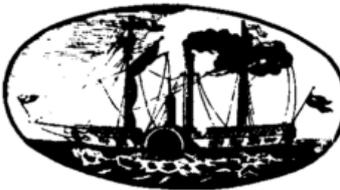


Geschichte an der

Universität Paderborn

Paderborn am Sonntag, den 27. August 1848.

Nicht länger sollst du gefachtet sein
Rein Volk, u. dem Fremde zum Spott,
Ins Meer soll mähen der freie Rhein,
Die Rordier sei und die Oker dein,
Und frei das Schiff heraus und herein
Und Holz auf dem Meere die Flotte.



Denn Alles was Arme zur Arbeit trägt
Herbei! Auf daß es gelinge,
Was bobelt u. hämmert u. schneidet u. lögt
Was feilet u. meißelt u. nagelt u. schlägt
Dem Vaterlandsblute ins Herz geprägt,
Ein Jeder sein Scherstein bringe!

Concert für die Deutsche Flotte

gegeben:
von der hiesigen Liedertafel
unter Leitung des Herrn Concertmeisters Spante.

Erste Abtheilung.

1. Ouvertüre von E. Taubert.
2. Männerchor Die Macht, von Rhein. Ein bei Vortisch, von Armin.
3. Quartett.
Viel bei Ober- in Saarnen- über und Anstalt.
4. Quintett die Chordinstrumente, von Collier.
5. Chor Die Liebe, von Armin.
Es leben wir, von E. Armin.

Die Ausführung der Stro 3 in der ersten und Stro 4 in der zweiten Abtheilung, hat das rühmlich bekante Hornquartett der Detmolder Postkapelle übernommen.

Zweite Abtheilung.

1. Ouvertüre von Armin.
2. Quartett, Wägenpflug. Musik, von Armin. Chordisten, von Armin.
3. Fidonconcert, von Armin.
4. Hornquartett.
5. Männerchor Die ihre Liebe, von Armin. Chordisten, von Armin. Was ist der Freiheit Vortisch, von Armin.

Das Concert findet im Saale der Harmonie-Gesellschaft Statt.

Subscriptions-Eintrittspreis 7 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Billets zum Subscriptionspreise sind bis zum Sonntag 4 Uhr zu haben: bei den Herren Gastwirth Köffelmann, Conditior Lohd und Gerle u. Comp., später an der Kasse kostet das Billet 10 Sgr.

Anfang präcise 6 Uhr.

Erstbücher sind für 1 Sgr. in den Billet-Depots und an der Kasse zu haben.

Nr. 15, 2002

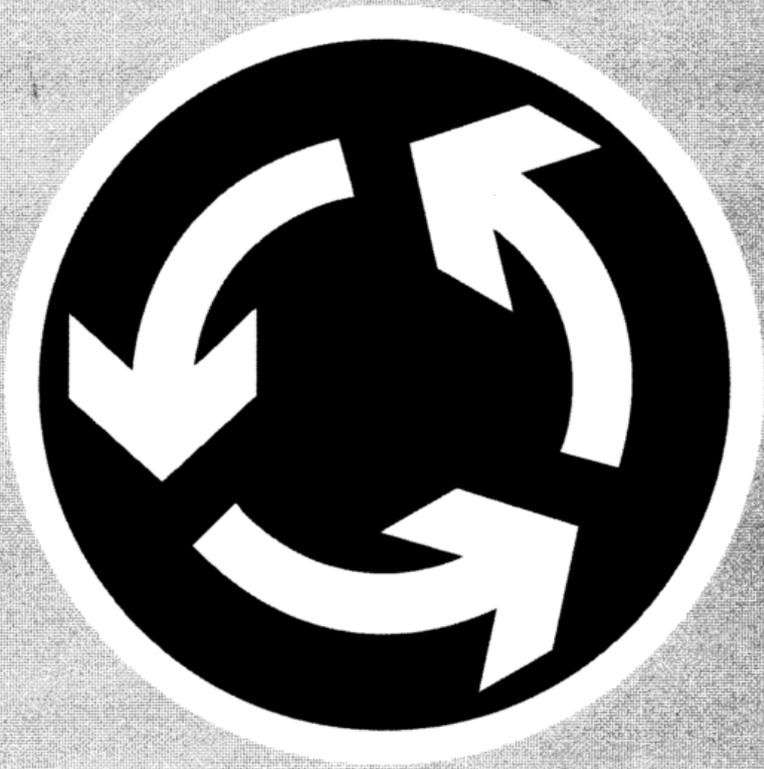
Heft 2

Wo geht's lang?

**Riester-
Förderung**

**Privat-
Vorsorge**

**Berufs-
unfähigkeit**



RP: GmbH, Bad Lippspringe

Versorgungslücke, Rentenlöcher, Wegfall der Berufsunfähigkeitsrente - nur mit frühzeitiger privater Zusatzvorsorge sichern Sie sich Ihren Lebensstandard.

Welches Konzept für Sie das richtige ist, möchten wir gern persönlich mit Ihnen besprechen.



Volksbank ... man kennt uns!
Elsen - Wewer - Borchten eG



Internet: www.vb-elsen-wewer-borchten.de • e-mail: info@vb-elsen-wewer-borchten.de

MITTEILUNGEN

des Vereins für  Geschichte an der
Universität Paderborn

Nr. 15, 2002

Heft 2

Titelbild: Abbildung zum Beitrag von Prof. Dr. Dietmar Klenke, vgl. S. 33.

IMPRESSUM

Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn Nr. 15, 2002,
Heft 2.

Herausgeber: Verein für Geschichte an der Universität Paderborn
Stettiner Str. 40–42, 33106 Paderborn
Dr. Margit Naarmann, Prof. Dr. Frank Göttmann, Prof. Dr. Jörg Jar-
nut

Redaktion: Stefanie Dick, Piepenturmweg 5, 33100 Paderborn
Ansgar Köb, Borchener Str. 84, 33098 Paderborn
Roland Linde, Pfulstr. 10, 32805 Horn-Bad Meinberg
Dr. Andreas Neuwöhner, Fechteler Str. 12d, 33100 Paderborn
Dr. Michael Ströhmer, Faulensieksweg 11a, 33034 Brakel
Peter Tilly, Lüneburger Str. 32a, 29223 Celle
Claudia Weskamp, Am Hilligenbusch 45, 33098 Paderborn

E-Mail-Adresse: PeterTilly@aol.com

ISSN: 1437-6660

Für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge zeichnen die Autoren ver-
antwortlich.

INHALT

Aufsätze

- JÖRG HEGER, „...in selten vorkommendem Grade verseucht...“
Paderborner Wassernöte am Ende des 19. Jahrhunderts (Teil 2).....92
- DIETMAR KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös? Paderborner Männergesangsvereine im Wandel der Zeiten.117

Miszellen

- GUIDO M. BERNDT, Die Heiratspolitik der hasdingischen Herrscher-Dynastie. Ein Beitrag zur Geschichte des nordafrikanischen Vandalenreiches.....145
- CLAUDIA WESKAMP, Akkulturation. Probleme einer germanisch-romanischen Kultursynthese in Spätantike und frühem Mittelalter.....155
- SIMONE BUCKREUS, „Kunigunde, empfang die Krone – Szenen einer Krönung in der Kaiserpfalz Paderborn“. Von der Idee zur Präsentation.....159
- ALHEYDIS PLASSMANN, „Der Dynastiewechsel von 751“. Internationales Symposium vom 10. bis 13. April 2002 an der Universität Bonn162

Rezensionen 169

Vereinsnachrichten 172

Autorenverzeichnis 175

Wichtiger Hinweis zum letzten Heft

Im letzten Heft wurde der Beitrag „Vom Sachüberrest zum großen Ganzen“ von Wulff E. Brebeck versehentlich in einer unkorrigierten Fassung abgedruckt. Die Redaktion entschuldigt sich bei den Leserinnen und Lesern für die vielen sinnentstellenden Fehler, Textlücken und anderen Unzulänglichkeiten.

„...in selten vorkommendem Grade verseucht...“ Paderborner Wassernöte am Ende des 19. Jahrhunderts

(Teil 2)

von Jörg Heger

Aspekte der Paderborner Wassernöte – Die zentrale Trinkwasserversorgung in den Jahren des Typhus

Auch in Paderborn traten immer wieder epidemische Krankheiten auf, unterschritten indes dabei bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein das besorgniserregende Maß: Die Erkrankten stammten nur teilweise aus der Stadt selbst oder konnten geheilt werden.⁴¹ Dennoch versuchte die Stadt bereits in den 70er Jahren durch den Erlass von Polizeiverordnungen die „Beseitigung derjenigen miasmatischen Einflüsse, welche zur spontanen Entwicklung ansteckender Krankheiten geeignet sind, resp. deren Weiterverbreitung begünstigen“⁴², zu erreichen. Derartige Bestimmungen konnten allerdings nicht verhindern, daß die Zahl der (bekannt gewordenen) Typhuserkrankungen ab 1884/85 deutlich anstieg – ohne daß sich zwischen Einheimischen und Zugereisten differenzieren ließe –, einen ersten Höhepunkt 1885/86 erreichte und sich von da an auf relativ hohem Niveau stabilisierte.⁴³ Eine negative Zäsur schließlich erbrachten die Jahre 1893/94, in denen es zu einer regelrechten Erkrankungswelle kam: 188 Fälle

Vorgetragen im Rahmen des *Historischen Gesprächskreises* am 29.01.2002, für die engagierte Diskussion und die kritischen Hinweise sei den Teilnehmern gedankt.

- ⁴¹ So verweist SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 186f. darauf, daß es zwar 1881 eine erste für vier Ordensschwester tödlich verlaufende Häufung von Fällen der Flecktyphuserkrankung gegeben hat, doch diese Epidemie wurde durch Auswärtige in die Stadt getragen. Auch 1882 trat der Typhus im Kreis Paderborn „nur sporadisch“, innerhalb der Stadt selbst nur in einem Fall auf, vgl. dazu SCHULTZ-HENKE: General-Verwaltungs-Bericht über das Medizinal- und Sanitätswesen des Regierungsbezirks Minden für das Jahr 1882. Minden 1884, hier S. 27.
- ⁴² Abgedruckt bei HÜSER, Stadtgeschichte, S. 111. Fraglich ist an dieser Stelle jedoch, welche Bedeutung der Begriff „miasmatisch“ besitzt. Sollte er im engeren Sinne gebraucht sein, d.h. die Verbreitung bestimmter Krankheiten durch „schlechte Lüfte“ meinen, so wäre dies eine Erklärung für eine gewisse Indifferenz in der Frage der Abwassereinleitung.
- ⁴³ Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, daß in den 80er Jahren im gesamten Regierungsbezirk Epidemien auftraten und ein deutliches Ansteigen der Mortalitätsrate festzustellen ist. Vgl. dazu HAGEMANN, Josef: Die große Kindersterblichkeit vor rund 100 Jahren im Amtsbezirk Borgentreich. In: Die Warte 56 (1987), S. 33–35, bes. S. 35. Schon in den 60er Jahren war eine Landstadt wie Salzkotten von der Cholera heimgesucht worden, 25 Menschen starben. Hierzu vgl. GROTHOF-HENZE, R: Die Cholera wütet in Salzkotten. In: Die Warte 15 (1954), S. 69f. Sowohl die Epidemien in Borgentreich als auch in Salzkotten waren durch mangelnde Hygiene und verseuchtes Wasser hervorgerufen worden, das in diesen Fällen allerdings aus Brunnen und Flußläufen entnommen wurde. Die Verhältnisse in Paderborn lagen also durchaus noch im Rahmen des „Üblichen“.

wurden registriert⁴⁴, die tatsächliche Zahl mag aufgrund der Dunkelziffer von nicht gemeldeten oder erkannten Krankheitsfällen noch höher gelegen haben.

Offensichtlich wurde dieser Anstieg ursächlich auf das Leitungswasser zurückgeführt, das durch die 1887/88 in Betrieb genommene Wasserkunst geliefert wurde. Der Verwaltungsbericht für das Geschäftsjahr 1893/94 mußte nicht nur konstatieren, daß „der Typhus am stärksten und zwar Mitte September 1893 auftrat“⁴⁵, darüber hinaus sah sich die Kommunalverwaltung zu einem Dementi gezwungen, um den Verdächtigungen des Leitungswasser entgegenzutreten. Denn obgleich zugegeben werden mußte, daß die „wirkliche Ursache der Seuche [...] nicht [habe] erkannt werden können“, könne es „jedoch [...] als festgestellt erachtet werden“, so hieß es apodiktisch, „dass das Leitungswasser die Krankheitskeime nicht in sich getragen hat.“

Unwiderrprochen blieb diese rabulistische Argumentation indes nicht, der „General-Bericht über das öffentliche Gesundheitswesen des Regierungsbezirks Minden für die Jahre 1892–1894“⁴⁶ dokumentiert, daß die Regierungsbehörde zu einem diametral entgegengesetzten Befund gelangt war: „die Tatsache, daß fast sämtliche infizierte Häuser der städtischen Wasserleitung angeschlossen waren, ließ von Anfang an diese um so mehr als gemeinsame Quelle der Krankheit vermuthen, als nur ganz vereinzelte Erkrankungen in solchen Häusern beobachtet wurden, die ihr Trinkwasser aus Brunnen entnahmen. Dazu kam, daß die sofort vorgenommene Untersuchung des Leitungswassers nur in chemischer Hinsicht befriedigend ausfiel, während die bakteriologische Untersuchung eine die zulässige Zahl weit überschreitende Zahl an Bakterienkolonien [...] ergab und daher auf die Verunreinigung desselben hindeutete.“

Für die städtischen Behörden ergab sich damit ein unmittelbarer Handlungsdruck, der sich zunächst auf die Beseitigung des bereits seit den 1850er Jahren bekannten baulichen „Uebelstand[es]“, d.h. die fehlende Einfassung der Trinkwasserquellen, bezog. „Außerdem wurde eine regelmäßige bakteriologische Untersuchung, nach den einzelnen Quellen getrennt, angeordnet [...]“ Neben diesen, auf unmittelbare Umsetzung abzielenden Anweisungen eröffnete die Regierung eine weitere, längerfristig umzusetzende Handlungsperspektive für ein ebenso altbekanntes, seitens der Mindener Regierung bereits seit Jahren wiederholt vorgetragenes Problem: „[U]m die Stadt aber vor ähnlichen explosionsartig auftretenden Epidemien auch für die Zukunft zu schützen, [sei] neben einer steten sorgfältigen Kontrolle der Wasserleitungen vor allem eine anderweitige Regelung der Abwasserverhältnisse erforderlich [...]“ Diese ließen in sanitärer Hinsicht, wie der Bericht weiterhin monierte, „sehr viel“ zu wünschen übrig. Einer dezidierten Handlungsanweisung indes enthielt sich die vorgesetzte Behörde in

⁴⁴ So die Auflistung im General-Bericht 1892–1894, S. 67; SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 186f., nennt hingegen nur 166 Fälle.

⁴⁵ Die Verwaltungsberichte für den Zeitraum von 1886–1895 finden sich im Sammelband StdtAPB A VI 4849.

⁴⁶ General-Bericht 1892–1894, S. 71f.; dazu auch MELZER, Historische Formen der Wasserversorgung, S. 76f.

diesem Fall: Eine angesichts der kontrovers diskutierten Frage der optimalen Abwasserentsorgung – der von Pettenkofer vertretenen These, daß eine kontrollierte Einleitung der Abwässer in die Flüsse sich nicht als gesundheitsschädlich für die Untertanler erweisen werde, stand die „Raubbau-Theorie“ Liebig's gegenüber, deren national-ökonomischer Impetus auf eine Nutzbarmachung der menschlichen Abgangsstoffe für die Landwirtschaft abzielte⁴⁷ – verständliche Zurückhaltung. Sie sollte indes dafür sorgen, daß der „Uebelstand“⁴⁸ einer fehlenden Abwasserentsorgung in Paderborn auch weiterhin auf der Agenda blieb und dort angesichts der zu erwartenden Kosten eines umfangreichen Kanalisationsprojektes auch verbleiben mußte.⁴⁹

Größeren Spielraum hingegen besaß die Stadt bei der Erfüllung der zweiten Forderung: Ende November 1892 bereits beschlossen die politischen Gremien der Stadt, in periodischen Abständen bakteriologische und chemische Untersuchungen des Leitungswassers durchführen zu lassen.⁵⁰ Kurz vor Ostern 1893 schließlich, also noch bevor die Typhusepidemie ihren Höhepunkt erreichen sollte, erhielt der Chemiker Volmer den Auftrag, „die für die Stadt nöthigen chemischen Arbeiten fortan zu übernehmen.“⁵¹ Das Dienstverhältnis, das noch im Mai 1893 auch auf „die hygienische Controlle der hiesigen Pumpbrunnen“ ausgeweitet wurde⁵², scheint gleichwohl bereits zu Beginn eine Störung erfahren zu haben, wie dem Schreiben Volmers vom August zu entnehmen ist: Das durch den Chemiker in Paderborn eigens errichtete Labor war nicht ausgelastet, zudem plante die Stadt, einen weiteren auswärtigen Chemiker zu

⁴⁷ Zu Fragen der Kanalisation und der verschiedenen Abwasserbeseitigungsmethoden bis zur Jahrhundertwende vgl. die Darstellungen bei KRABBE, Kommunalpolitik, S. 30–36; MÜNCH, Stadtthygiene, S. 45–48.

⁴⁸ So der Kreisarzt Benthau in einem Schreiben an den Reg.Präs. in Minden vom 07.12.1902, StADT IP 684.

⁴⁹ HÜSER, Stadtgeschichte, S. 117f. Nur im Ükern- und Riemekeviertel war die Anlage von Abwässerkanälen weiter fortgeschritten. Vgl. dazu auch die Mitteilung Franckenbergs, die bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 175f. zitiert wird. Diese Problematik war aber weitverbreitet, wie bereits ein Beispiel aus der näheren Umgebung zeigt: So kam es in den 1890er Jahren zu einer juristischen Auseinandersetzung zwischen den Städten Herford und Bielefeld um den Bau einer Kanalisation in Bielefeld, durch die die Abwässer ungeklärt in Lutterbach und Aa geleitet worden und auch der Untertanler Herford in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Herford selbst kann als Beispiel dafür angeführt werden, daß mit Hilfe privater Initiatoren schon recht frühzeitig auch in kleineren Städten Abwassersysteme eingerichtet werden konnten. Zu Herford vgl. KRULL, Regine/ WINKLER, Heidrun: Der Herforder Untergrund: Kanalisation, Wasser, Gas und Strom. In: 1200 Jahre Herford. Spuren der Geschichte, hg. v. Th. HELMER-CORVEY u. Th. SCHULER. Herford 1989 (Herforder Forschungen 29), S. 437–480, hier S. 449–452; jetzt auch BÜSCHENFELD, Jürgen: „Der Fall einer außerordentlich großen Massenvergiftung von Fischen ...“ Gewässerverschmutzung in Herford 1880–1900. In: HJb für den Kreis Herford 2 (1994), S. 121–144.

⁵⁰ Acta betr. Wasseruntersuchungen: Außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.1892; Beschlußfassung des Magistrats vom 19.11.1892.

⁵¹ Diese Mitteilung Volmers vom August 1893 findet sich in der Akte 2905 des Paderborner Stadtarchivs – Medicinalwesen. Die Anstellung eines besonderen Chemikers behufs Untersuchung von Nahrungsmitteln, Brunnen p.p. (1893–1918).

⁵² Mitteilung Volmers an den Magistrat vom 02.05.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

beauftragen. Zwar waren die Einwendungen Volmers erfolgreich – so lehnte der Magistrat schon am 12. September die Einrichtung eines vom preußischen Innenministerium vorgeschlagenen „öffentlichen, chemischen Untersuchungsamtes zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“ mit dem Hinweis ab, es sei „bereits an hiesiger Stelle ein Chemiker vorhanden“⁵³, entsprechende Überlegungen wurden indessen auch weiterhin diskutiert. Im Verlauf der Herbstmonate wurden – möglicherweise angeregt durch eine Mitteilung des Hygienischen Institutes in Kassel⁵⁴ – verschiedene Institute und „Städte in der Größe der Stadt P[aderborn]“⁵⁵ um weitere Informationen hinsichtlich der Einrichtung eines derartigen Untersuchungsamtes ersucht. Am 28.12.1893 wurde denn auch ein Beschluß gefaßt, der zur Einrichtung eines gemeinsamen chemischen Untersuchungsamtes der vier Kreise Büren, Höxter, Paderborn und Warburg geführt hätte. „Im Hinblick auf den Umstand aber, daß das neue Institut in die Stadt Warburg gelangt, mit der dortigen landwirtschaftlichen Schule in engste Verbindung gebracht, und dadurch mit den Interessen der Stadt Paderborn in Widerspruch stehen würde“, revidierte man diesen Beschluß jedoch bereits wenige Tage später.⁵⁶ Somit war die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens dieser vier Kreise, eines Erfahrungsaustausches, der gerade im Hinblick auf Fragen der Wasserqualität, der Hygiene und der Gesundheit um so notwendiger gewesen wäre, da Krankheitserreger sich bekanntlich nicht an Kreisgrenzen zu halten pflegen, vergeben worden. Zwar sind die Ursachen für das Scheitern dieses Projektes im Rückgriff auf den Magistratsbeschluß nicht zu eruieren, vermutet werden kann indes, daß Kompetenzstreitigkeiten hier eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben.⁵⁷ Stattdessen wurde nun beschlossen, ein eigenes Kreis-Untersuchungsamt unter der Ägide Volmers aufzubauen, die Fragen der technischen⁵⁸ und finanziellen Ausstattung⁵⁹ sollten jedoch dauerhaft Gegenstand der Auseinandersetzung bleiben.

Volmer selbst wird dabei kein schwerer Vorwurf zu machen sein. Seine Eingaben an den Magistrat bezeugen zwar, daß er seine eigenen finanziellen Interessen durchaus zu wahren wußte, ein solches Verhalten kann jedoch eher als ein Aspekt der Professi-

⁵³ Abdruck des Schreibens des Innenministeriums in Berlin vom 26.07. mit Bitte um Stellungnahme von Seiten des Paderborner Magistrats und einer Zusammenfassung des entsprechenden, ablehnenden Magistratsbeschlusses vom 12.09.1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁴ Mitteilung des hygienischen Institutes zu Cassel an die Bürgermeisterämter und Polizeiverwaltungen der Stadt- und Landgemeinden vom Oktober 1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁵ So der Magistratsbeschluß vom 14.11.1893, StdtAPB A 2905.

⁵⁶ Zusammenfassungen der entsprechenden Beschlüsse in StdtAPB A 2905.

⁵⁷ Erschwert wird diese Beurteilung noch dadurch, daß keine Mitteilungen über die Interessen der weiteren drei involvierten Kreise vorliegen.

⁵⁸ Vgl. etwa die Bitte Volmers vom 23.12.1894 um bestimmte technische Geräte, die zwar in Paderborn vorhanden waren, aber zumindest zeitweilig an anderer Stelle gebraucht wurden, StdtAPB A 2905. Ein gemeinsames Amt hätte die Möglichkeit der Entzerrung solcher Ausstattungsgengpässe geboten.

⁵⁹ Vgl. den Magistratsbeschluß vom 21.05.1895, Acta betr. Wasseruntersuchungen; weiterhin die Mitteilung Volmers an den Magistrat der Stadt am 15.04.1897, StdtAPB A 2905.

onalisierung im Umgang mit der Wassernot angesehen werden, als daß es a priori Verantwortungsbewußtsein bei der Wahrnehmung der ihm anvertrauten Aufgaben ausgeschlossen hätte. Deutlich wird dies, zieht man verschiedene Presseberichte aus dem Jahr 1893 hinzu und vergleicht diese mit den Äußerungen Volmers.

So veröffentlichten die beiden Paderborner Lokalblätter, das *Westfälische Volksblatt* und der *Paderborner Anzeiger*⁶⁰ immer wieder zum Teil recht umfangreiche Artikel, die sich mit der Paderborner Wasserversorgung, dem Ausbruch von Cholera und Typhus und insbesondere der Frage beschäftigten, ob und inwieweit ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Leitungswasser und den ausgebrochenen Epidemien des Jahres 1893 bestünde. Der *Paderborner Anzeiger* berichtete etwa in seiner Ausgabe vom 20. September 1893⁶¹ in sehr knapper Form, daß „[d]er Typhus [...] seit einiger Zeit in ganz ungewohntem Maße in unserer Stadt verbreitet“ sei. Die öffentlich diskutierte Vermutung, das Trinkwasser sei für den Ausbruch der Epidemie verantwortlich, habe nun jedoch durch „behördlich angestellte Untersuchungen“ widerlegt werden können. Diese hätten ergeben, „daß das Wasser frei von allen schädlichen Substanzen ist, wie es auch besonders bei dem Leitungswasser nicht anders zu erwarten war.“ Wie zum Beweis wurde vermerkt, daß das Wasser ohne an die Luft zu treten, abgefangen werde, Verunreinigungen, so der Tenor, seien damit auszuschließen. Unerwähnt blieb hingegen, daß ein zuverlässiger Schutz des Wassers bereits durch die unzureichende bauliche Absicherung der Quellen und Sammelbassins der städtischen Wasserleitung nahezu ausgeschlossen war.⁶² Klang in diesem Zusammenhang nochmals die überkommene Miasmentheorie an, so führte der Verfasser die Epidemie – dieser Begriff wurde bezeichnenderweise ebenso wenig verwendet wie „Seuche“ – gerade nicht auf verschmutztes Trinkwasser zurück: „Sollte der Grund in dem Genusse unreinen Obstes zu suchen seien, so wird der Typhus wohl zu bald verschwinden, indessen ist größte Aufmerksamkeit, besonders bei Kindern, empfehlenswert.“⁶³

Eine ganz analoge Tendenz zeigt sich auch in dem Artikel des *Westfälischen Volksblattes* vom 21. September 1893.⁶⁴ Es wurde zwar konstatiert, daß bis zum 19. September 1893 insgesamt „80 Fälle zur Anzeige gebracht“ wurden, doch ebenso prononciert

⁶⁰ Zu diesen beiden Presseorganen, die jeweils einen katholischen, später zum Zentrum hin tendierenden Standpunkt vertraten, siehe HÜSER, Stadtgeschichte, S. 129–131.

⁶¹ *Paderborner Anzeiger*, 7. Jg., Nr. 75, 20. September 1893.

⁶² Auf diese Problematik verwies die Mindener Regierung mehrfach; vgl. das Schreiben des Regierungspräsidenten v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1892, StdtAPB A 3193; folgend das Schreiben der Polizei-Verwaltung an den Magistrat vom 02.11.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁶³ Mit derartigen Vermutungen stand der Verfasser jedoch keineswegs allein da. Auch in Salzkotten wurde die Choleraepidemie des Jahres 1866 auf den Verzehr des Obstes zurückgeführt. Der Pharmaziestudent Henze stritt in seinem Heimatort für die Anerkennung der Theorie Kochs und wurde dafür bespöttelt, doch letztlich konnte er sich durchsetzen. GROTHOF-HENZE, Cholera in Salzkotten, S. 69f. Somit hätte bekannt sein können, daß eine „Obsttheorie“ die Ursachen der Erkrankungen kaum erklären konnte.

⁶⁴ *Westfälisches Volksblatt*, 45. Jg., Nr. 260, 21. September 1893.

wurde im folgenden darauf verwiesen, daß es sich lediglich um typhusartige Erscheinungen gehandelt habe, über den Typhusverdacht hinaus sei „überhaupt“ noch nichts erwiesen, zudem sei bereits ein „großer Theil“ der Erkrankten wieder genesen. Schließlich hätten auch die „mit größter Vorsicht und in ausgedehntester Weise“ vorgenommenen chemischen Untersuchungen keinen Anlaß zu Bedenken gegeben, „vielmehr erwies sich gegen das Frühjahr noch [!] ein besserer Zustand des Wassers.“ Demgegenüber seien die hiesigen Zustände in der auswärtigen Presse „übertrieben“ dargestellt worden, weder durch solche Berichte noch durch die „Gerüchte, welche in der Stadt colportiert werden und auf Aufbauschung beruhen“, sollten sich die Leser, so wurde empfohlen, beunruhigen lassen. Zwar wurde hier das nicht zu leugnende, der Seuchencharakter der Erkrankungen konzediert, doch nur um die Situation zugleich zu entschärfen: Der „milde Charakter“ der Seuche lasse ihr baldiges Verschwinden erwarten, „wenn die Bürgerschaft die Behörden und die Aerzte in ihrem eifrigen Bestreben zur Abstellung unterstützt.“

Mit ihrer frühzeitig ausgesprochenen Entwarnung bildete die Paderborner Presse indes keine Ausnahme. Die publizistische Bewältigung der Situation kann vielmehr als Wiedergabe der offiziellen Position verstanden werden, wie sie vom Kreisphysikus auch gegenüber den Paderborner Ärzten⁶⁵ und wenige Tage darauf vor der in einer Sondersitzung zusammengekommenen Sanitätskommission⁶⁶ formuliert wurde.

Eine gewisse Dissonanz in diesem einheitlichen Lobgesang auf die Qualität des Paderborner Leitungswassers brachte nun jedoch das namentlich gegen die Berichterstattung des *Paderborner Anzeigers* gerichtete Schreiben des Chemikers Volmer an die Paderborner Polizeiverwaltung vom 20. September. Obgleich auch Volmer in seiner Funktion als Leiter des Kreis-Untersuchungsamtes sich außerstande sah, „einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem hier augenblicklich vorhandenen Typhus oder ähnlichen Erkrankungen und dem gesteigerten Keimgehalt des Wassers direkt nachzuweisen“, hielt er es „in dubio [...] für durchaus inopportun, wenn der Paderborner Anzeiger in einer heutigen Nummer durch vorzeitiges Anpreisen unseres Wassers die Bevölkerung zu dessen vertrauensvollen Genusse ohne Rückhalt geradezu auffordert.“⁶⁷ Bestärkt wurde Volmer in seinem Zweifel an der uneingeschränkt zu befürwortenden Verwendung des Paderborner Wassers auch durch den „heftigen Streit der Wassertheoretiker“ Robert Koch und Max v. Pettenkofer.⁶⁸

⁶⁵ Mitteilung des Kreisphysikus Dr. Georg an die hiesigen Ärzte vom 19.09.1893, Acta der Polizeiverwaltung zu Paderborn betreffend das Medicinalwesen: Typhus, Vol. II. StdtAPB A 3191.

⁶⁶ Sitzung der Gesundheitskommission vom 22.09.1893, StdtAPB A 1390.

⁶⁷ Bericht über die chemisch-hygienische Vorprüfung, Bericht über den bakteriologischen Befund vom 20. bzw. 21.09.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁶⁸ Zu den Hintergründen dieser Auseinandersetzung vgl. etwa EVANS, Tod, S. 618–638; v. SIMSON, Flußverunreinigungsfrage, S. 370–390, bes. 382–384; zuletzt auch WEYER VON SCHOULTZ, Martin: Die Gelsenkirchener Typhusepidemie und ihr gerichtliches Nachspiel. In: Stadt, Krankheit, Tod. Geschichte der städtischen Gesundheitsverhältnisse während der epidemiologischen Transition

Während dieser in den Cholera- und Unterleibstypusbazillen chemische Giftstoffe vermutete, die durch Verdünnung mit Flußwasser neutralisiert werden könnten, so daß es im Hinblick auf die Stadtreinigung und die angestrebte Verbesserung der hygienischen Verhältnisse sinnvoll und hinsichtlich der Rechte der Untieranlieger vertretbar erscheinen mußte, die Abwässer in die Flüsse, die sog. Vorfluter, einzuleiten, solange nur die Verdünnungsquote und die Fließgeschwindigkeit hoch genug waren⁶⁹, identifizierten Koch und die auf ihn zurückgehende „Berliner Schule“ im verschmutzten Wasser den Infektionsweg von Cholera, Milzbrand und Unterleibstypus. Diese Trinkwassertheorie hatte sich zwar „in den 1890er Jahren noch nicht universell durchgesetzt“⁷⁰, dennoch spiegelte sich etwa im Wirken der kgl. Wissenschaftlichen Deputation in Preußen bereits die Theorie Kochs wider.⁷¹

Vor dem Hintergrund dieser wissenschaftlich noch weithin offenen Fragestellung konnte Volmer der Verwendbarkeit des Wassers nicht uneingeschränkt zustimmen und empfahl daher, „zur Sicherheit [...] das Wasser zur Zeit von Epidemien nur in gekochtem Zustand zu genießen“ – eine Position, die von der Sanitätskommission und der Polizeiverwaltung zunächst ebenfalls übernommen werden sollte.⁷²

Überformt wurde die wissenschaftliche Kontroverse in Paderborn zudem durch einen Kompetenzstreit der verschiedenen Verwaltungsbehörden und Körperschaften – mitunter nicht gerade die günstigste Voraussetzung für ein effizientes Verwaltungshandeln. Ohne den Magistrat einzubeziehen, beschloß die Sanitätskommission der Empfehlung des Regierungspräsidenten zu folgen und ein zweites Gutachten über die Qualität des Paderborner Leitungswassers bei der agrikulturchemischen Versuchsanstalt in Münster unter der Leitung von Professor Josef König einzuholen. Auf diesem Weg erhoffte man insbesondere, ein sicheres Ergebnis der bakteriologischen Untersuchung erhalten zu können – eine Kompetenz, die Volmer nach Ansicht der Behördenvertreter offensichtlich nicht besaß.⁷³ Dieser Schritt lag dabei durchaus nahe, hatte sich die Münsteraner Einrichtung doch unter der Ägide des auf dem Gebiet der Abwasser-

(vom 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert), hg. v. Jörg VÖGELE u. Wolfgang WOELK. Berlin 2000 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 62), S. 317–335, hier S. 317–322.

⁶⁹ Ein weiteres Argument Pettenkofers war die bis heute in ihren Grundzügen gültige These von der Selbstreinigungskraft der Flüsse.

⁷⁰ v. SIMSON, Flußverunreinigung, S. 382.

⁷¹ Ebd., S. 384.

⁷² Sitzung der Sanitätskommission vom 22.09.1893, StdtAPB 1390; Schreiben der Polizei-Behörde an den Magistrat vom 22.09.1893, Acta betr. Wasseruntersuchungen.

⁷³ Schreiben der Polizeiverwaltung an Prof. Dr. König, Münster vom 07.10.1893. Der Magistrat wurde zwar bereits am 22.09. durch die Polizeiverwaltung über diesen Schritt in Kenntnis gesetzt, fühlte sich indes bei der eigentlichen Auftragsvergabe übergangen und erhob seinerseits ob dieser vermeintlichen Kompetenzverletzung eine entsprechende Beschwerde beim Landrat (Schreiben vom 17./24.10.1893), die von diesem am 14.12.1893 zugunsten der Polizeiverwaltung abgelehnt wurde. Bereits im Vorfeld waren bei der Beauftragung Volmers die Kompetenzen zwischen Magistrat und Polizeiverwaltung strittig geblieben, vgl. hier das Schreiben Volmers an den Magistrat vom 20.09.1893; dokumentiert ist der gesamte Vorgang in Acta betr. Wasseruntersuchungen.

untersuchung und -reinigung weithin als Experten anerkannten König zum „wichtigste[n] Umweltinstitut der Provinz“ Westfalen entwickelt, auf dessen Kompetenz die in ‚Umwelt‘- und Hygienefragen zunehmend überforderten Kommunalverwaltungen regelmäßig zurückgriffen.⁷⁴

Das Gutachten des renommierten Wissenschaftlers schien nun die in Paderborn vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Ergebnissen Volmers zu bestätigen.⁷⁵ Es beinhaltete nicht allein eine explizite Kritik an dessen Methoden, sondern schloß überdies das Leitungswasser – mit einer geringen Einschränkung allerdings – als Ursache der Typhusepidemie aus: „Reines Quellwasser als Ursache von Infektionskrankheiten anzusehen, ist schon an sich verfehlt und unwahrscheinlich. Wenn das aber der Fall ist, so muß sich die Krankheit gleichmäßig über das ganze Gebiet verbreiten, welches das betr. Wasser braucht. Das ist aber meist nicht der Fall, so werden demnach nur einzelne Straßen und Häuser befallen, während andere verschont bleiben. Wie sich in dieser Hinsicht der jetzige Fall dort [d.h. in Paderborn] verhält, weiß ich nicht. Es ist aber kaum anzunehmen, daß ein Wasser von der Beschaffenheit der Paderborner Quellen Ursache des Typhus sein soll.“

Es kann nur vermutet werden, ob König nicht zu einem anderen Urteil hätte gelangen müssen⁷⁶, wäre ihm die „Verbreitung der Krankheitsfälle über die ganze Stadt“⁷⁷ bekannt gewesen. So aber schien die noch Anfang Oktober dem Regierungspräsidenten als „gemeinsame Quelle der Krankheit“ verdächtige städtische Wasserleitung forthin über jeden Zweifel erhaben, Volmer hingegen „widerlegt“ und als ‚Pannikmacher‘ desavouiert.⁷⁸

Dessen äußerst polemisch gehaltenes Gegengutachten blieb indessen wirkungslos.⁷⁹ Zwar konnte er auf die weiterhin bestehenden baulichen Mängel bei der Absicherung der Wasserreservoirs – und damit ein seitens der Regierung wiederholt vorgebrachtes Gravamen – ebenso verweisen wie auf die Untauglichkeit einer die lokalen Witte-

⁷⁴ Vgl. zur Bedeutung der LSV KÖNIG, J.: Die landwirthschaftliche Versuchs-Station in Münster i. W. in ihrer Entwicklung während der ersten 25 Jahre. Eine Denkschrift. Münster 1896, hier S. 1–6, nachfolgend zit. als KÖNIG, Versuchsstation; zuletzt BÜSCHENFELD, Flüsse, S. 142f.; GILHAUS, Schmerzenskinder, S. 400–403, das Zitat hier S. 402.

⁷⁵ Gutachten Königs vom 07.10.1893, Acta betr. Wasserversorgung; aufschlußreich für die von König eingenommene Position: DERS.: Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Flüsse. Berlin 1903, hier S. 10ff.

⁷⁶ Nicht zu thematisieren ist an dieser Stelle das von König verwendete Verfahren, vgl. dazu allgemein BÜSCHENFELD, Flüsse, S. 179.

⁷⁷ Schreiben des Regierungspräsidenten v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1893, StdtAPB A 3193.

⁷⁸ Vgl. den Magistratsbeschluß vom 10.10.1893 sowie das Schreiben des Magistrats an den Landrat vom 17./24.10.1893, in dem auf eine analoge ‚Verfehlung‘ Volmers verwiesen wird. Dieser habe „übrigens schon einmal vor mehren Jahren Sanitätskommission und Poliz.-Verwaltung durch angebliche Cloaken und den Zusammenhang mit den Brunnen der Stadt in unnöthige Aufregung versetzt.“

⁷⁹ Gutachten Volmers vom 17.10.1893, adressiert an die kgl. Regierung in Minden, hier zit. nach der dem Magistrat übergebenen Vorlage, Acta betr. Wasseruntersuchung.

rungsverhältnisse ausblendenden Ferndiagnose Königs, allein der Stil dürfte wenig zur Glaubwürdigkeit Volmers beigetragen haben. So mag der sarkastische Vorwurf, die städtischen Behörden hätten „den Brunnen, in welchen das Kind gefallen ist, endlich vorschriftsmäßig [zugedeckt] und dann erst einen auswärtigen Gutachter herbei[geholt], der letzteres bezeugt, ohne von dem vorhergehenden unterrichtet zu sein“, deren Vorgehensweise zutreffend charakterisieren, die Glaubwürdigkeit der Kommunalbehörden konnte Volmer auf diesem Wege jedoch nicht erschüttern.

Konsequenterweise meldeten die Paderborner Zeitungen denn auch in der zweiten Oktoberwoche Vollzug: Basierend auf höchster wissenschaftlicher Autorität und von Amts wegen beglaubigt erschien das Leitungswasser wieder als vollends vertrauenswürdig und mit gutem Recht dem Gebrauch der Paderborner zu empfehlen.⁸⁰

Entgegen der sich hier äußernden Beschwörung des „rein[en] und gut[en]“ Wassers⁸¹ blieb bei den Verantwortlichen offensichtlich ein gewisses Unsicherheitsgefühl zurück, das sich primär an der weiterhin ungeklärten Problematik der Abwasserentsorgung festmachen ließ: Angesichts der jüngsten Epidemie und gleichsam parallel zur ‚Trinkwasserfrage‘ sollte nun auch die Abwasserproblematik gelöst werden.⁸² Es galt „eine[r] allmähliche[n] Verjauchung des Untergrundes“ vorzubeugen, wenngleich, wie es einschränkend hieß, „vielleicht keine ungünstige Beeinflussung der Wasserleitungsquellen zu befürchten ist.“⁸³ Die gesetzliche Grundlage, um zum einen die undichten Abortgruben durch „gemauerte, wasserdichte und verdeckte“ zu ersetzen und zum anderen das private Entleeren dieser Gruben zu unterbinden, sowie den Abtransport und die Beseitigung in die öffentliche Verantwortung zu überführen, bildete die „Polizei-Verordnung vom 19. Oktober 1893 betreffend die Abortgruben“.⁸⁴ Deren Zielsetzung war eindeutig: Das virulente Problem der ebenso ungeliebten wie notwendigen Abortgruben sollte nun endgültig und einheitlich geregelt werden, Ausnahmen wurden demgemäß eng definiert, der Umgang mit den Gruben einer peniblen Regelung unterworfen. Auch wenn Bestimmungen wie Paragraph 2, der festlegte, daß die „[...] Abortgruben und Eimer [...] nicht bis über den Rand gefüllt werden [dürfen] und [sie] vor

⁸⁰ So wurde im Westfälischen Volksblatt vom 13.10.1893 eine Untersuchung des Wassers veröffentlicht, die zu dem Schluß gelangte, daß „sich nach dem chemischen wie bakteriologischen Befund nichts gegen die Wässer erinnern [lasse]; sie sind rein und gut.“ Ein nahezu identisches Urteil wurde in der gleichen Zeitung bereits einige Tage zuvor, am 09.10.1893 (45. Jg., Nr. 278), und damit unmittelbar nach Eintreffen des Gutachtens von König am 07.10. veröffentlicht.

⁸¹ Symptomatisch ist es in diesem Zusammenhang auch, wenn die Untersuchungsfrequenz herabgesetzt wird. Statt „mindestens zweimal wöchentlich“ (Schreiben des Reg.Präs. v. Lüpke an den Landrat Jentsch vom 03.10.1893, Acta betr. Wasserversorgung) sollten einzelne Quellen und Zapfstellen der Wasserleitung „künftig [...] nur bakteriologisch im Zwischenraum von 8 Tagen“ untersucht werden, die chemische Untersuchung sollte nur noch einmal erfolgen; vgl. Schreiben des Reg.Präs. v. Pilgrim an den Landrat Jentsch vom 10.11.1893.

⁸² Dazu SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 192f.

⁸³ Schreiben des Landrates Jentsch an den Reg.Präs. v. Pilgrim vom 16.10.1893, StdtAPB A 3193.

⁸⁴ Diese Polizeiverordnung findet sich in der Sammlung: Polizei-Verordnungen, Ortstatute, Regulative, etc. der Stadt Paderborn. Paderborn 1894, S. 83ff.

jedem Ausfließen des Inhalts zu bewahren“ seien, heute merkwürdig überflüssig anmuten, dürfen sie doch als instruktive Hinweise auf mehr oder minder weit verbreitete Zustände gelesen werden.⁸⁵

Ganz offensichtlich hatte die Epidemie doch eine gewisse Wirkung entfaltet, die Stadt ergriff nun in Einzelbereichen die Initiative, um die schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Daß die Stadt als Ordnungsmacht eingreifen und Geld- oder Haftstrafen androhen mußte, wirft zudem ein bezeichnendes Licht auf das Hygiene- und Umweltverständnis vieler Einwohner, diese mußten offenbar zur Einhaltung bestimmter, auch zum damaligen Zeitpunkt bereits unstrittiger Grundregeln der Hygiene gezwungen werden. Damit aber schreibt die Polizeiverordnung auch ein Stück Mentalitätsgeschichte: Einem gestiegenen Problembewußtsein, einer Veränderung der Wahrnehmung von Schmutz, stand eine noch immer weitverbreitete Indifferenz in Fragen der Hygiene gegenüber.

Die zunehmende Problemsensibilisierung der Behörden manifestierte sich auch in den nun im zweiwöchigen Turnus vorgenommenen Untersuchungen des Leitungswassers. Die vorliegenden Gutachten⁸⁶ zeugen von einer zunehmenden Professionalisierung hinsichtlich der Wassergüteuntersuchungen, man gewann Routine im Umgang mit der Frage der Wasserreinheit. Dies wiederum setzte eine bestimmte Infrastruktur, ein technisches und begriffliches Instrumentarium und nicht zuletzt eine Vorstellung bestimmter Kriterien voraus, nach denen die Wasserqualität bestimmt werden sollte.

In einem ersten Abschnitt wurden von Volmer diejenigen Wetterbedingungen dokumentiert, die am Tag der Wasserentnahme selbst und während des zwischen der aktuellen und der vorhergehenden Untersuchung liegenden Zeitraumes herrschten. Zusätzlich hielt er die Zahl der Keime und separat die der Faulkeime fest, die er an den Quellen der Wasserkunst und an einem Zapfhahn der Wasserleitung fand. Um etwaige äußere Einflüsse als Fehlerquelle der Messung ausschließen zu können, wurden im Laboratorium selbst noch einmal Kontrollmessungen durchgeführt. Abschließend folgte eine Beurteilung der Wasserqualität, das maßgebliche Kriterium bildete dessen Verwendbarkeit als unmittelbar zu konsumierendes Trinkwasser.

Dieses Untersuchungsergebnis wurde von Volmer zumeist auf die während der Untersuchungsperiode vorherrschenden Witterungsbedingungen zurückgeführt. Für die am 25.12.1895 entnommene Wasserprobe etwa gelangte er in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die „Quellen [...] wiederum einen gar nicht abzustreitenden Parallelismus mit den Witterungsverhältnissen [zeigen]. Da die geringen Niederschläge der

⁸⁵ In diese Kategorie gehört auch § 5: „das Befriedigen der natürlichen menschlichen Bedürfnisse auf öffentlichen Strassen, Plätzen, Wegen, allen Gassen, Eckwinkeln, an der Strasse liegenden Bauplätzen und Höfen ist verboten, auch sind die Höfe von sonstigem Unrath stets rein zu halten.“

⁸⁶ Die Gutachten sind in der städtischen Akte betreffend die Brunnenpumpen und Wasserleitungen, deren Untersuchungen auf gesundheitsschädliche Substanzen, Vol. II (1896–1929), StdtAPB A 2904 gesammelt.

letzten Woche in Folge des anhaltenden Frostes den Quellen kein Schmelzwasser zuführten, und die übereisten, keimreichen oberen Erdschichten daher nicht ausge- laugt wurden, so zeigt sich sofort ein sehr geringer Keimgehalt in der Quellprobe. Der höhere Gehalt der Leitungsproben an Keimen erklärt sich durch das in Folge des Fros- tes bewerkstelligte Außerbetriebsetzen der öffentlichen Laufbrunnen und Hydran- ten.“⁸⁷ Neben den primären Witterungsbedingungen trat folglich noch ein weiterer, davon abhängiger Faktor hinzu und beeinflusste die Wasserqualität: Offenbar erwies sich das Leitungssystem selbst als ein permanenter Risikofaktor, da „Circulation in der Stadtleitung [...] nur zur Verhütung einer Keimvermehrung hinreichend, aber nicht zur Verminderung geeignet“⁸⁸ war.

Auch des ursächlichen Wirkungszusammenhanges zwischen einer von außen ein- dringenden Verunreinigung und dem gefährlichen Auftreten der Keime im Leitungswasser war sich Volmer bewußt, wenn er für die anschließende Untersuchungsperiode konstatierte, daß das Ergebnis der Untersuchung „in hohem Grade bezeichnend für die Herkunft der Keime durch direkte Einschwemmung der keimreichen Schmutzstof- fe in die Quellen“ sei.⁸⁹ Im Untersuchungsbericht für den Zeitraum vom 28.02.–14.03. konnte dieser Ursache-Wirkungszusammenhang schließlich weiter konkretisiert wer- den: In dem insgesamt nur „ziemlich befriedigenden Ergebnis“ fand er „wiederum eine Bestätigung der Annahme, daß die Schmutzstoffe nicht etwa aus der Ferne (Eller- bach etc.), sondern aus der Stadt selbst stammen, daß also unsere Quellen von Natur rein sind, aber vor seitlichen Einflüssen, die aus dem näherliegenden Stadtterrain stammen, nicht geschützt sind.“⁹⁰

Damit aber rückt die städtische Umwelt in den Mittelpunkt des Interesses. Zwar fällt der Begriff „Umwelt“ an dieser Stelle nicht, dennoch artikuliert sich in aller Deut- lichkeit ein in der Krisensituation entstandenes ‚Umweltbewußtsein‘, ein Verständnis für die Gefährdung der menschlichen Existenz durch die drohende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zwar wies Volmer der Natur noch keinen eigenständigen Wert zu, dennoch ging seine Einsichtsfähigkeit weit über das bisher in den Quel- len deutlich gewordene Maß hinaus. Zudem lehnte er dezidiert alle Versuche ab, die Beeinträchtigung des Wassers auf Eingriffe außerhalb Paderborns zurückzuführen und somit die Stadt und ihre Bewohner auf Kosten des Umlandes zu exkulpieren – eine, wie sich am Beispiel der Paderborner Presse zeigen ließ, keineswegs selbstverständliche Reaktion.

⁸⁷ Wasseruntersuchung vom 03.01.1896 bezogen auf den Zeitraum bis zum 28.12.1895, StdtAPB A 2904.

⁸⁸ So mußte Volmer für die Untersuchungsperiode vom 14.–28.1.1896 eine „bedenkliche Menge an Fäulnisbakterien“ konstatieren; vgl. die Wasseruntersuchung für den Zeitraum vom 14.–28.01.1896, StdtAPB A 2904.

⁸⁹ Wasseruntersuchung vom 19.02.1896, StdtAPB A 2904.

⁹⁰ Wasseruntersuchung vom 22.03.1896, StdtAPB A 2904.

Mit dieser Auffassung konnte sich Volmer indes gegenüber der Paderborner Sanitätskommission nicht durchsetzen, erneut wurde Prof. König zum Zweitgutachter bestellt.⁹¹ In einem Schreiben an die Stadt vom 11. April 1896 stellte dieser – freilich ohne Namen zu nennen – nicht nur generell die Befähigung der Chemiker in Frage, eine wissenschaftlich fundierte Wasseruntersuchung durchzuführen, von erheblicher Relevanz für die Paderborner Auftraggeber dürfte vor allem sein Resümee gewesen sein, daß sich „weder gegen die chemische Zusammensetzung noch gegen den bakteriologischen Befund [des Quellwassers in Paderborn] etwas sagen lasse.“⁹² Mit Verweis darauf, daß es „bis jetzt nicht oder nur vereinzelt mit Sicherheit gelungen [sei], die Typhusbazillen in einem Grund- oder Quellwasser überhaupt nachzuweisen“, galt die „Streitfrage“ um die Qualität des Paderborner Leitungswassers für den Experten als „erledigt“, den zuständigen Stellen verbleibe nunmehr die Aufgabe, „zur Mitentscheidung einen Bakteriologen vom Fach, nicht aber einen ungenügend vorgebildeten Dilettanten heranziehen zu wollen“⁹³ – eine boshafte Spitze, die sicherlich auf Volmer abzielen sollte.

Den unmittelbaren Anlaß für den Briefwechsel zwischen dem Magistrat der Stadt und der Münsteraner Autorität König bildete eine erneute Typhusepidemie. 1895 war die Anzahl bekannt gewordener Krankheitsfälle zwar zurückgegangen, doch diese Entspannung der Lage sollte nicht von Dauer sein. Schon 1897/98 stieg die Zahl der registrierten Fälle geradezu dramatisch an: 45 gegenüber 2 Fällen für den Berichtszeitraum 1896/97 waren aktenkundig geworden.⁹⁴ In einer solch kritischen Situation konnte es nicht verwundern, wenn – wie der *Paderborner Anzeiger* in seiner Ausgabe vom 21. September 1898 registrieren mußte – „[u]nsere Wasserverhältnisse [...] seit kurzem das Hauptgesprächsthema in allen Gesellschaften“ geworden sind.⁹⁵ Mit der ansteigenden Zahl der Erkrankungen scheint auch das Leitungswasser wieder in Verdacht geraten zu sein. „Die Erkrankungen werden vielfach“, so vermeldete der Artikel weiter, „auf das Wasser zurückgeführt, trotzdem chemische Untersuchungen dargethan haben, daß dasselbe keinerlei schädliche Bestandteile enthält. Von den vier an verschiedene Chemiker gesandten Proben sind drei als vollständig gut befunden, die vierte nicht ganz als einwandfrei, aber direct schädlich auch nicht.“ Nähere Aufschlüsse über Art und Weise der Untersuchung und eine detaillierte Analyse der Ergebnisse bot der Bericht hingegen nicht, er setzte vielmehr die schon 1893 erprobte Strategie

⁹¹ Beschluß der Sanitätskommission vom 18.04.1895 (StdtAPB A 1390), eine Auflistung der Gutachten und der daraus entstandenen Kosten liegt StdtAPB A 2905 bei; vgl. auch die Aufstellung in KÖNIG, Versuchstation, S. 56.

⁹² StdtAPB A 2904.

⁹³ So König in einem Schreiben an die Polizeiverwaltung vom 27. 04.1896, StdtAPB A 2904.

⁹⁴ Siehe dazu die Auflistung bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 187; eine ausführliche Untersuchung der Epidemie von 1898 legte der Hygieniker Gärtner 1902 vor; vgl. GÄRTNER, A.: Die Quellen in ihrer Beziehung zum Grundwasser und zum Typhus. In: *Klinisches Jb* 9 (1902), S. 335–496, hier für Paderborn S. 434–454.

⁹⁵ *Paderborner Anzeiger*, 12. Jg., Nr. 76, 21.09.1898.

der Beruhigung fort. In einer absurden, schon nur mehr zynisch zu nennenden Rechnung wird die Zahl derer, die das Leitungswasser getrunken haben, ohne Symptome der Krankheit zu zeigen, mit der geringen Mortalitätsrate kontrastiert: „Paderborn hat jetzt eine Civilbevölkerung von ca. 22 000, von der die große Mehrzahl das Wasser stets genutzt hat, was soll dem gegenüber die geringe Zahl der Erkrankungsfälle und erst recht der Sterbefälle?“

Ob dieser Art der Berichterstattung tatsächlich ein bewußter Täuschungsversuch zugrunde lag oder ob hier nicht der Zustand einer idealisierten Vergangenheit auf die eigene Gegenwart projiziert und deren Unzulänglichkeit eher unbewußt überdeckt wurde, kann nicht mit letzter Sicherheit entschieden werden, zu berücksichtigen bleibt jedoch, daß der *Paderborner Anzeiger* durchaus Grund hatte, die behauptete Kausalität zwischen Wasser und Typhusepidemie zu bezweifeln. Der Experte König verwarf die noch immer nicht eindeutig verifizierte Theorie Kochs und bestärkte den politisch Verantwortlichen, den damaligen Bürgermeister Plassmann, in seiner Annahme, das Paderborner Wasser könne nicht für den Ausbruch der Epidemie verantwortlich sein.⁹⁶ Dabei wurden alternative Erklärungsansätze innerhalb der städtischen Gremien durchaus diskutiert, ohne daß indessen entsprechende Handlungsoptionen entwickelt worden wären. Folgerichtig setzte sich innerhalb der städtischen Kollegien die Auffassung durch, „dass die Quellen unserer Leitung unter einer undurchlässigen Schicht hervorkommen, sodass eine Verunreinigung durch Schmutzstoffe aus der Stadt sehr unwahrscheinlich ist.“⁹⁷

Nach dem damaligen Wissensstand „unwahrscheinlich“, aber eben nicht völlig ausgeschlossen. Zudem wurde dieser herrschenden Auffassung in Paderborn – etwa durch Volmer – dezidiert widersprochen. Die mangelnde Kenntnisnahme entsprechender Untersuchungsergebnisse aber führte zur Ausbildung einer kaum mehr kritisch hinterfragten Sicherheit, die Handlungsalternativen und ein konsequentes Vorgehen gegen die gleichwohl erkannten Defizite als überflüssig erscheinen lassen mußte.⁹⁸ Plassmann benannte die Probleme zwar, doch im Vertrauen auf längst schon nicht mehr unstrittige Prämissen wurde deren Lösung ausgesetzt, die Frage nach Handlungsalternativen blieb ausgespart. So ist es schließlich symptomatisch für diese Politik der trügerischen Hoffnungen, wenn die eigene Verantwortung vom wichtigsten politischen Repräsentanten der Stadt an andere Stellen delegiert wurde. Die Möglichkeit, daß durch menschliche Versäumnisse die natürlichen Lebensgrundlagen wie sauberes Trinkwasser gefährdet würden, konnte auch Plassmann mitunter nicht mehr ausschlie-

⁹⁶ Ein Teil des Briefwechsels Plassmann-König vom Herbst 1898, gesammelt in der Akte StdtAPB A 2904, ist abgedruckt bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 184ff.

⁹⁷ Vgl. den Brief Plassmanns an König vom 21.11.1898, zit. nach SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 185f., hier S. 185.

⁹⁸ So verlor auch die weiterhin bestehende Problematik der undichten Abortgruben an Virulenz, „[w]enn aber eine undurchlässige Schicht oberhalb des Quellwassers ist, können diese Verhältnisse [d.h. die undichten Abortgruben u.ä.] dem Wasser nicht schaden“, vgl. ebd., S. 186.

Ben, diese Verunreinigung aber konnte nicht in den städtischen Verhältnissen ihre eigentliche Ursache haben, möglich erschien nur, „dass aus den Dörfern bei Grundsteinheim Krankheitserreger in das hiesige Quellwasser gelangen.“⁹⁹

Es ist diese Form einer nicht allein als Oberflächenphänomen zu begreifenden mentalen Erstarrung, die die lange währende Kontinuität der Wasserversorgung erklärt. Das aus der frühen Neuzeit überkommene Prinzip der Versorgung mit Trinkwasser, welches direkt und ohne aufbereitet zu werden, den Flüssen entnommen wurde, existierte nicht nur fort, sondern wurde sogar noch ausgebaut, die Menge des durch die städtische Leitung abgegebenen Wassers stieg signifikant an¹⁰⁰, obgleich dessen Verunreinigung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte.

Eine zunehmende Professionalisierung wurde vorrangig auf dem Feld der Diagnostik, bei der Erstellung von Wassergutachten erreicht: Mit Beginn des Jahres 1907 erhielt die Stadt das Angebot des Chemikers Fritz Schreiber.¹⁰¹ Dieser teilte dem Magistrat mit, daß er „beabsichtige in Paderborn ein Laboratorium zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie Gebrauchsgegenständen“ zu errichten, falls der Magistrat einen derartigen Vertrag mit ihm abschließen wolle. Schreiber trat jedoch kaum als Bittsteller auf, er konnte darauf vertrauen, „seitens der Regierung weitestgehende Förderung zu erhalten“. In Minden bestand offenbar das Interesse, die Untersuchung der Lebensmittel und des Trinkwassers in verschiedenen Kreisen der Region einheitlich zu regeln und ein Institut mit allen dort zu erledigenden Untersuchungen zu betrauen. Obgleich dieses projektierte Institut unter privater Ägide geführt werden sollte, wurde Schreiber bedeutet, daß er damit rechnen dürfe, die Untersuchungen sowohl in Paderborn als auch in weiteren nördlichen Kreisen durchführen zu können. Eventuell wollte man auf diese Weise versuchen, die 1894 gescheiterten Pläne zur Einrichtung eines von verschiedenen Kreisen gemeinsam getragenen chemischen Laboratoriums doch noch zu verwirklichen. Neben der Protektion durch die kgl. Regierung in Minden konnte Schreiber auch auf die hervorragenden Beurteilungen durch seinen bisherigen Arbeitgeber verweisen, der ihm attestiert hatte, ein „zuverlässiger Analytiker [zu sein], mit allen chemischen, mikroskopischen und bakteriologischen Arbeiten [vertraut]“¹⁰². Ausgestellt wurde dieses Zeugnis durch den Professor an der kgl. Universität und Vorstandsmitglied der Versuchsstation Dr. König. Somit bekam Paderborn nun tatsächlich nach Beilegung der offensichtlich obligatorischen Vertrags-

⁹⁹ Ebd., S. 186. Tatsächlich ging auch Gärtner in seiner erst 1902 publizierten Studie von einer Übertragung des Typhus über das Wasser aus. Ob dieses jedoch innerhalb der Stadt verunreinigt worden sei oder die Krankheitserreger über unterirdische Wasserströme zugeführt worden seien, mußte auch er weiterhin offenlassen.

¹⁰⁰ So stieg die Wasserabgabe zwischen 1894/95 und 1895/96 um etwa 18,6% an. Vgl. dazu die Darstellung bei GRAHN, Städtische Wasserversorgung, S. 265.

¹⁰¹ Mitteilung F. Schreibers an den Paderborner Bürgermeister Plassmann vom 20.01.1907, StdtAPB A 2905. Zu diesem Zeitpunkt war Schreiber Oberassistent an der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt für die Provinz Westfalen in Münster.

¹⁰² Zeugnis für Fritz Schreiber vom 08.10.1906, StdtAPB A 2905.

schwierigkeiten den bereits seit einem Jahrzehnt geforderten „Bakteriologen vom Fach“,¹⁰³

Will man ein erstes Zwischenresümee hinsichtlich der Frage ziehen, wie sich in Paderborn die hygienischen Verhältnisse im Bereich der zentralen Trinkwasserversorgung insbesondere in den epidemisch markanten 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts entwickelt haben, so läßt sich den Behörden und Konsumenten ein evidenter Mangel an Einsichtsfähigkeit attestieren. Dies allein als Resultat fehlenden positiven Wissens anzusprechen, dürfte zu kurz greifen, schließlich wurden vereinzelte Zweifel artikuliert und es gab Versuche, die als unhygienisch erkannten Zustände zu verändern. Eine kritische Auseinandersetzung mit tradierten Lösungswegen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung wurde unter den Bedingungen der gesundheitlichen Verhältnisse jedoch noch nicht erzwungen. Nur in wenigen Ausnahmefällen wurden diese Zweifel an der Sauberkeit des Wassers tatsächlich auch in Handlungen umgesetzt, und nur ganz vereinzelt sind Verantwortliche wie Volmer bereit gewesen, dieses Nicht-Wissen auch einzugestehen. Eine attentistische Grundposition, der Wunsch, an den bekannten Vorstellungen des guten und reinen Wassers festhalten zu können, und nicht zuletzt die wirkungsmächtige Überzeugung, daß eine ‚Eintrübung‘ der Verhältnisse nur auf eine außerhalb des eigenen Identifikationsraumes zu suchende Ursache zurückzuführen sein könne, verhinderten ein konsequentes Vorgehen gegen die gleichwohl manifesten Unzulänglichkeiten.

Die Verhältnisse an den Paderborner Brunnen

Das Leitungssystem garantierte indes keine flächendeckende Versorgung der Stadt mit Trink- und sonstigem Brauchwasser. Bis in die 1920er Jahre hinein erwiesen sich die Paderborner Brunnen als eine ebenso notwendige¹⁰⁴ wie problematische weitere Versorgungsart, die einer regelmäßigen Kontrolle bedurfte.¹⁰⁵ Das Problembewußtsein der Kommunal- und Polizeibehörden beschränkte sich dabei nicht auf die öffentlichen Brunnen. Auch nachdem mit dem Geschäftsjahr 1893/94 keine öffentlichen Pumpen mehr in Betrieb waren¹⁰⁶ und die Zahl der Hausanschlüsse der Wasserleitung signifikant zunahm¹⁰⁷, wurden die Kontrollen der nunmehr ausschließlich privaten Brunnen fortgesetzt und Ende der 1920er Jahre sogar nochmals intensiviert.¹⁰⁸ Anhand der vorliegenden Gutachten muß die Qualität des an den Brunnen geförderten Trinkwas-

¹⁰³ Siehe dazu den zwischen Schreiber und der Stadt abgeschlossenen Vertrag vom 14.05.1907, StdtAPB A 2905.

¹⁰⁴ Vgl. die Hinweise im General-Bericht 1892–1894, S. 111.

¹⁰⁵ So wurden beispielsweise 1891/1892 insgesamt 117 öffentliche und private Brunnen untersucht; vgl. das Protokoll zur Sitzung der Sanitätskommission vom 14.04.1893, StdtAPB A 1390.

¹⁰⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Paderborn für das Geschäftsjahr 1893/94, S. 49.

¹⁰⁷ Vgl. hier auch den General-Bericht 1892–1894, S. 114.

¹⁰⁸ So lassen sich für die letzten zwei Monate des Jahres 1927 insgesamt 32 Untersuchungsberichte nachweisen. Bezeichnenderweise blieben lediglich zwei Brunnen unbeanstandet, die übrigen sollten entweder sofort oder auf absehbare Zeit geschlossen werden, StdtAPB A 2904.

sers im allgemeinen als schlecht eingeschätzt werden¹⁰⁹, ein derart drastisches Urteil wie sie die eingangs bereits vorgestellte Untersuchung aufwies, blieb keineswegs eine Ausnahmeerscheinung oder auch nur auf das 19. Jahrhundert beschränkt. So gelangte der für Paderborn zuständige Bakteriologe noch 1912 bei der Untersuchung eines Brunnens in der Krämerstraße zu einem selbst im Wortlaut vergleichbaren Urteil, als er befand, daß „[d]as Wasser [...] vollständig unbrauchbar als Trink- und Gebrauchswasser [sei], es unterscheide[...] sich durch nichts von dem Wasser der Abwasserkanäle.“¹¹⁰ Auch erwies sich die gesundheitsgefährdende Qualität des aus verunreinigten Brunnen gewonnenen Trinkwassers bis in die 20er Jahre hinein oftmals nur als ein Symptom einer allgemeinen hygienischen Verwahrlosung, Häuser mit verschmutzten Trinkwasserbrunnen stellten sich den Beobachtern in diesem Sinne als ‚hygienische Brennpunkte‘ dar.¹¹¹

Dort, wo das Eingreifen der Behörde die an einem privaten Brunnen herrschenden hygienischen Verhältnisse zum Gegenstand öffentlichen Interesses machte, konnte sich auch das Verhalten der Anwohner, der Brunnennutzer, als zunehmend problematisch erweisen. Das Spektrum der nicht erst aus heutiger Perspektive erklärungsbedürftigen Verhaltensweisen im Umgang mit dem potentiellen Gesundheitsrisiko Brunnenwasser reichte von der illegalen Wiederöffnung eines aus gesundheitspolitischen Erwägungen geschlossenen Brunnens¹¹², über die ausdrückliche Bitte, einen typhusverdächtigen Brunnen dennoch nutzen zu dürfen¹¹³, bis hin zur Klage „einer Reihe“ von Brunnenbesitzern und -interessenten gegen die Verfügung der Stadt Paderborn, aufgrund derer ihre typhusverdächtigen Brunnen zuvor geschlossen worden waren.¹¹⁴

Ohne daß die hygienischen Verhältnisse an den Paderborner Brunnen durch diese nur knapp skizzierten Beispiele auch nur annähernd zu erfassen wären, zeigt sich doch bereits, daß die städtischen Behörden und die Brunnennutzer in der ‚Brunnenfrage‘ mitunter von kaum zu vereinbarenden Prämissen ausgingen. Während die Behörden auf die pädagogische Wirksamkeit des ‚Schockeffekts‘¹¹⁵ vertrauten und den eventuell

¹⁰⁹ Zu solch pauschalen Urteilen gelangen auch die General-Berichte für die Jahre 1889–1891, S. 118 und 1892–1894, S. 111. Zu berücksichtigen bleibt indes, daß in der Regel ohnehin lediglich die auffällig gewordenen Brunnen erfaßt wurden, entsprechende statistische Aussagen die tatsächlichen Verhältnisse an den Brunnen nur unvollständig wiedergeben.

¹¹⁰ Das Zitat stammt aus dem Untersuchungsbericht betreffend des Brunnens in der Krämerstraße 12, vom 15.2.1912.; zu vergleichbaren Urteilen siehe etwa die Untersuchungsberichte vom 20.02.1896 (Grundstück A 245); 15.10.1907 (Kleppergasse 5); 07.06.1909 (Hathumarstraße 14), StdtAPB A 2904.

¹¹¹ Vgl. etwa das Gesuch der Bewohner des Hauses Hathumarstraße 10 an den Magistrat vom 17.10.1922, StdtAPB A 2904.

¹¹² Vgl. die Mitteilung der Ortspolizei vom 22.02.1896 über einen entsprechenden Fall in der Stückerstraße, StdtAPB A 2904.

¹¹³ So das Gesuch des Maurers Thiele an die Stadt vom 15.12.1920, StdtAPB A 2904.

¹¹⁴ Über die Häufung der Brunnenschließungen und die nachfolgenden juristischen Auseinandersetzungen berichtet das Westfälische Volksblatt vom 29.11.1920, 71. Jg., Nr. 290.

¹¹⁵ So wurde den Kreisärzten geraten „Das Vorhandensein dieser Verunreinigungen [der Brunnen durch Abortgruben] womöglich augenscheinlich zu machen und den Beweis für die Richtigkeit

bis zur Anordnung der Schließung des Brunnens und Zwangsanschluß des betreffenden Gebäudes¹¹⁶ an die städtische Wasserleitung reichenden Eingriff mit gesundheitspolitischen Erwägungen rechtfertigten, mußte ein entsprechendes Vorgehen bei den Brunnenbesitzern auf Skepsis stoßen. Das läßt sich als Ausdruck eines ebenso notwendigen wie verfestigten Habitualisierungseffektes verstehen, setzte doch der Umgang mit verschmutztem Wasser eine gewisse Akzeptanz derartiger Verhältnisse voraus und förderte sie zugleich. Daneben konnte eine behördliche Intervention als Bruch gewachsener Traditionen, eine Verfügung zur Schließung eines Brunnens auch als Beendigung der eigenen ökonomischen Unabhängigkeit aufgefaßt werden.¹¹⁷

Will man die hier lediglich angedeuteten unterschiedlichen Verhaltensweisen im Umgang mit den Trinkwasserverhältnissen an den Paderborner Brunnen genauer erfassen, so ist man auf Einzelfälle verwiesen. Zwei in den einschlägigen Akten gut dokumentierte Vorgänge aus den 1880er Jahren sollen nachfolgend betrachtet werden.

Vom gesundheitsschädlichen Wasser und sonstigen schlechten Flüssigkeiten – Kategorien des Verwaltungshandelns am Beispiel des Brunnens in der Weberstraße

„Der öffentliche Brunnen in der Weberstraße hat, weil derselbe gesundheitsschädliche Wasser führt, polizeilich geschlossen werden müssen.“ Auf den ersten Blick scheint diese lakonische Mitteilung der Polizeiverwaltung an den Magistrat der Stadt vom Juni 1885¹¹⁸ in aller Prägnanz einen ebenso gerechtfertigten wie erfolgreichen Eingriff zur Abwendung einer gesundheitlichen Gefährdung widerzuspiegeln. Tatsächlich aber findet sich in diesem Zusammenhang weder ein Hinweis auf die zukünftige Wasserversorgung der Weberstraße noch auf die bereits allzu problematische Geschichte dieses Brunnens.¹¹⁹

Bereits 1863 hatte ein Vertreter der Brunnenbesitzer die Behörden der Stadt über die offenkundige Verschmutzung des Brunnens durch ungehindertes Einströmen von Regenwasser vermischt mit Mistjauche in Kenntnis gesetzt. Verantwortlich dafür

der Vermutung zu führen und auf diese Weise die zweifelnden Interessenten nicht nur zu überzeugen, sondern auch willfähriger zur Abstellung der Mißstände zu machen.“ Schreiben des Reg.Präs. an die Kreisärzte vom 30.04.1905, Acta betreff die Ableitung von Spüljauche (1877–1906), STaD IP 1580.

¹¹⁶ Zu entsprechenden Anordnungen der Sanitätskommission siehe beispielsweise das Protokoll der Sitzung vom 10.07.1896, StdtAPB A 1390.

¹¹⁷ Aufschlußreich ist in diesen Zusammenhang das Schreiben des Paderborner Bürgers Sander vom 09.11.1894, StADT IP 684.

¹¹⁸ Dieses und die folgenden Zitate stammen aus der Mitteilung der Polizei-Verwaltung an den Magistrat der Stadt Paderborn vom 22.06.1885. Die Hinweise zum Magistratsbeschluß vom 23.06.1885 finden sich in einem Randvermerk zu dieser Mitteilung, StdtAPB A 907.

¹¹⁹ Die Vorgänge sind dokumentiert bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 26f. Der betreffende Brunnen befand sich im gemeinsamen Besitz einer Interessentengemeinschaft. Deren finanzielle Unterstützung durch die Stadt in den 30er und 60er Jahren hatte noch keine Auswirkungen auf die Besitzverhältnisse.

machte er das zerstörte Straßenpflaster im Brunnenbereich, für dessen Unterhalt jedoch die Stadt aufkommen mußte.¹²⁰ Die Reaktion der Behörden war nicht unproblematisch: Erst 1868 wurde ein städtischer Zuschuß für eine verbesserte bauliche Absicherung des Brunnens gewährt, ohne daß auf diese Weise die tatsächliche Ursache der Verschmutzung behoben worden wäre, wie sich 1885 zeigen sollte, als die polizeiliche Untersuchung ergab, „daß die Verunreinigung des Wassers durch abfließende Jauche aus Dungstätten des Nachbarn herbeigeführt ist.“¹²¹ Zwar läßt sich der polizeilichen Mitteilung nicht entnehmen, ob die Behörde selbst die Initiative ergriffen oder erst auf eine entsprechende Anzeige hin gehandelt hatte, evident ist jedoch die mit der letztlich angeordneten Schließung des Brunnens verfolgte Zielsetzung: Es war die Abwehr gesundheitsgefährdender Risiken, die einen so weitreichenden Eingriff in die privaten Besitzstände gestattete.

Die weitere Vorgehensweise der Behörden läßt sich mit diesem Grundsatz allerdings kaum vereinbaren. In dessen Konsequenz hätte eine Verlegung und Sicherung der für die Ungenießbarkeit des Wassers ursächlich gewordenen Dunggrube oder aber zumindest eine dauerhafte Schließung des Brunnens gestanden. Gerade diese Alternative jedoch war ersichtlich nicht die Lösung, die innerhalb der Behörden ungeteilte Zustimmung fand. Es ist vielmehr anzunehmen, daß im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Wasserversorgung in der Weberstraße aufrecht zu erhalten, eine andere Handlungsweise präferiert wurde. So schlug der zuständige Stadtbrunnenmeister Banmann vor, den Brunnen mittels „fetttem Thon“ abzudichten, ein Vorschlag, der auch bei Polizeiverwaltung und Magistrat Unterstützung fand.¹²²

Wie notwendig demgegenüber die Entwicklung eines schlüssigen Alternativkonzeptes gewesen wäre, sollte sich bereits wenige Wochen später erweisen, da der zuständige Stadtbrunnenmeister die Unzulänglichkeit der bisherigen Lösungsversuche eingestehen mußte.¹²³ Zwar sei der Brunnen nun „mit fettem Thon umgeben. Trotzdem wird das

¹²⁰ Tatsächlich befand sich das Paderborner Straßennetz bis in das 19. Jh. hinein in einem selbst für die Zeitgenossen beklagenswerten Zustand. Die meisten Straßen waren ungepflastert, „[n]otwendige Reparaturen wurden jahrelang nicht ausgeführt.“ Ab 1820 wurden die wichtigsten Straßen neu oder erstmals gepflastert, diese Baumaßnahmen zogen sich bis in die 40er Jahre. Finanziert wurden sie durch das Pflastergeld, das als öffentliche Taxe bis 1841 an den Stadttoren eingezogen wurde. Dazu MARON, Wolfgang: Vom Ende des Fürstbistums bis zur Gründung des Deutschen Reiches (1802–1871). In: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3: Das 19. und das 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, hg. v. Karl HÜSER. Paderborn u.a. 1999, S. 3–100, hier S. 40f. Einige instruktive Hinweise, die zwar den Zustand des ersten Jahrzehnts des 19. Jh.s beschreiben, aber dennoch zumindest für zahlreiche Nebenstraßen auch darüber hinaus gegolten haben dürften, finden sich bei KEINEMANN, Friedrich: Das Hochstift Paderborn am Ausgang des 18. Jahrhunderts. Verfassung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit und soziale Welt. 1. Teilband. Bochum 1995 (Dortmunder Historische Studien 10), S. 275.

¹²¹ Schreiben der Polizeiverwaltung an den Magistrat vom 22.06.1885, StdtAPB A 907.

¹²² Mitteilung der Polizeiverwaltung an den Magistrat vom 22.06.1885; Beschluß des Magistrats vom 23.06.1885, StdtAPB A 907.

¹²³ Schreiben des Stadtbrunnenmeisters Banmann an den Magistrat der Stadt Paderborn vom 07.07.1885, StdtAPB A 907.

Eindringen schlechter Flüssigkeiten dadurch nicht verhindert werden können [...].“ Banmann führt den Mißerfolg der von ihm initiierten Maßnahme insbesondere auf den schlechten baulichen Zustand des Brunnens zurück, dessen Fortexistenz von ihm jedoch weiterhin nicht in Frage gestellt wurde. Er offerierte dem Magistrat vielmehr einen gegenüber dem ersten Lösungsversuch nur wenig modifizierten Ansatz, für dessen Realisierung er vor allem auf das Argument der Kostenersparnis verweisen konnte: Der Brunnen sollte nun mit einem Stein umschlossen, und so vor dem Eindringen der ominösen schlechten Flüssigkeiten geschützt werden. Auch dieser Vorschlag wurde ohne genauere Untersuchung durch den Magistrat gebilligt¹²⁴, bildete allerdings noch keineswegs die endgültige Lösung der langwierigen Brunnenfrage. Es muß überdies fraglich bleiben, ob selbst die nachfolgende Zementierung des Brunnens geeignet war, die Trinkwasserqualität auf Dauer sicherzustellen¹²⁵, schließlich enthält der gut dokumentierte Vorgang keinerlei Hinweise auf eine Verlegung der Dungstätten, auch wurde die Gefahr der völligen Grundwasserverseuchung, gegen die eine Zementierung der Brunnenwände kaum eine angemessene Maßnahme gewesen sein dürfte, nicht thematisiert.

Das Verhalten der Behörden blieb somit widersprüchlich: Zwar erschien eine Übernahme der durch die zahlreichen Nachbesserungsarbeiten erheblich angestiegenen Kosten notwendig¹²⁶, doch zu einer grundlegenden strukturellen Veränderung, die einer latenten Verseuchung des Grundwassers vorgebeugt hätte, gelangte man nicht. Die Entscheidungen über die konkreten Fragen der Wasserversorgung vor Ort wurden zentral in der Magistratssitzung, damit aber auch ‚am grünen Tisch‘ und in Abhängigkeit von den Vorarbeiten der subsidiären Beamten getroffen. Sowohl bei diesen als auch in den schließlich entscheidungsrelevanten Gremien fehlte aber offensichtlich das notwendige Wissen um die komplexen Zusammenhänge des natürlichen Wasserhaushaltes. Symptomatisch für diese Problematik ist die Wortwahl, mit welcher der Zustand des Wassers beschrieben wurde. Während man es zu Beginn noch unmißverständlich als „gesundheitsschädlich“ einstufte, wurde später lediglich von „schlechten Flüssigkeiten“ gesprochen – eine Verschiebung der Bewertungskategorien, die auch das letztlich ungenügende Handeln des Magistrats geleitet haben dürfte.¹²⁷

¹²⁴ Der Beschluß des Magistrats vom 13.07.1885 findet sich wiederum als Randnotiz zu dem Schreiben Banmanns.

¹²⁵ Schreiben des Stadtbrunnenmeisters Banmanns an den Magistrat vom 10.11.1885 und Bemerkung zum entsprechenden Magistratsbeschluß vom 26.11.1885, StdtAPB A 907.

¹²⁶ Während der ursprüngliche Kostenvoranschlag Banmanns vom 07.07.1885 (StdtAPB A 907) noch von 82 Mark ausging, fielen im November Kosten von 94 Mark an, zuzüglich der Kosten für die bis dahin bereits ausgeführten, untauglich gebliebenen Arbeiten.

¹²⁷ Die Verantwortlichkeit der Anwohner wird dadurch selbstverständlich nicht gemindert. In noch deutlicherem Maße wird das Versagen gerade der traditionellen Brunnengemeinschaften am Beispiel des Brunnens vor dem Westertor ersichtlich, vgl. dazu die ausführliche Dokumentation der Vorgänge bei SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 41–46.

Von ekelhaften Gedanken und langen Schwätzereien – Überlegungen zur Wahrnehmung von Verschmutzung und Zuschreibung von Verantwortlichkeit am Beispiel des Brunnens auf der Französischen Neustadt

Als ein besonders markantes Beispiel der Paderborner Wassernot am Ausgang des 19. Jahrhunderts kann der Brunnen auf der Französischen Neustadt gelten, läßt sich doch hier der Fokus auf die unmittelbar Betroffenen richten und aufzeigen, in welcher Weise sie auf die evidente Verschmutzung des von ihnen genutzten Brunnens reagierten.¹²⁸

Die ‚Schmerzgrenze‘ der unmittelbar Betroffenen lag dabei offensichtlich hoch, dies läßt sich zumindest einem Gesuch entnehmen, das einzelne Nutznießer des Brunnens an die Stadt gerichtet hatten. Als Zeugin für die erheblich beeinträchtigte Qualität des dort geschöpften Wassers wurde eine Anwohnerin angeführt, die 23 Jahre hindurch das immer wieder stark verunreinigte Wasser genutzt oder doch zumindest keinen Versuch unternommen hatte, diesen Mißstand beheben zu lassen.¹²⁹ Verständlich wird dieses ‚bemerkenswerte‘ Verhalten, berücksichtigt man die näheren Umstände der Wasserversorgung in diesem aus lediglich zwölf Häusern bestehenden Außenbezirk Paderborns.¹³⁰ Wie die Anwohner in ihrem Gesuch an den Magistrat vom 18. Juli 1874 hervorhoben, existierte zu diesem Zeitpunkt „[a]uf der ganzen französischen Neustadt [...] nur ein einziger Brunnen“.¹³¹ Aus Sicht der Anwohner erschien es folglich „[a]us doppelter Rücksicht [...] wünschenswerth, daß dieser Brunnen gereinigt und mit einem Ringe versehen würde; um erstens bei vorkommender Feuersbrunst Wasser in der nächsten Nähe zu haben und zweitens, um den Einwohnern daselbst, die genöthigt sind das Wasser weit zu holen, eines der nöthigsten Lebensbedürfnisse zu gewähren.“¹³² Die Bitte um Löschwasser, aber auch um sauberes Trinkwasser wird als eine „billige und gerechte“ angesehen, zumal die Stadt als Besitzerin auch für die Unterhaltung des Brunnens verantwortlich zeichne.

Artikulierte sich hier ein bereits deutlich ausgebildetes Bewußtsein um die Gefährdung der menschlichen Existenz, wenn das Lebenselement Wasser fehlt oder verunreinigt ist, so wird man das Verhalten der Anwohner nicht in erster Linie auf ein erschreckendes Maß an Indifferenz oder Bequemlichkeit zurückführen können; es war vielmehr die auch in quantitativer Hinsicht mangelhafte Trinkwasserversorgung, wel-

¹²⁸ Dieser Vorfall ist dokumentiert in der Akte des Bürgermeisteramts zu Paderborn betreffend die Brunnen und Pumpen, betreffend den Brunnen auf der französischen Neustadt (1874–1892), StdtAPB A 906 und der Akte betr. den Abfluß aus Viehställen auf öffentliche Wege etc., StADT IP 688.

¹²⁹ Diese Erklärung einer Frau Schäfers ging zeitgleich mit dem ersten Gesuch aller Brunnennutzer vom 18.07.1874 bei der Stadt ein, eine weitere Erklärung stammt vom 20.03.1876.

¹³⁰ Eine anschauliche Beschreibung der Topographie findet sich zu Anfang des Schreibens der Witwe Bannenbergs an die kgl. Regierung in Minden vom 09.05.1876, StADT IP 688.

¹³¹ Schreiben vom 18.07.1874, StdtAPB A 906.

¹³² Ebd.

che eine langjährige Akzeptanz und Nutzung des verschmutzten Wassers nahezu unumgänglich machte.

Mitunterzeichnerin dieses ersten Gesuchs war auch eine Witwe Bannenbergs. Als Besitzerin der sich in unmittelbarer Nähe des Brunnens befindenden Abortgrube hatte sie sich dabei zu deren Verlegung verpflichtet.¹³³ Um „die Arbeiten behufs Reinigung resp. Instandsetzung des Brunnens auf der französischen Neustadt [...] in Angriff“ nehmen zu können, so konstatierte der zuständige Polizeikommissar am 30. Juli, sei die Witwe Bannenberg als Eigentümerin gehalten, „nunmehr ihre Dungstätte schleunigst beseitigen resp. an eine andere Stelle verlegen zu lassen.“ Dieses schien zunächst auch völlig unproblematisch zu sein. „Die W[itwe] Bannenberg versprach mir“, so konnte er zufrieden vermelden, „die Verlegung der Düngergrube unverzüglich ausführen zu lassen.“¹³⁴ Bekräftigt wurde diese Zusage noch am 11. September, da sich die Betroffene bereit erklärte, ihre „Düngergrube in der Weise zu verlegen, daß eine Verunreinigung des an meinem Hause befindlichen Brunnens durch dieselbe daraufhin nicht mehr möglich ist.“¹³⁵

Zwei Dinge sind nun bemerkenswert: Erschien die Verlegung der Grube noch im Juli als – mitunter nur zeitweilig notwendige – Maßnahme, um die beschlossenen Säuberungs- und Instandsetzungsarbeiten durchführen zu können, so ergab sich im September eine wesentlich andere Situation. Nun war die Grube als Quelle der Verunreinigung ausgemacht, allein aus diesem Grund sollte sie verlegt werden. Allerdings unternahm die Witwe Bannenberg entgegen ihrer mehrfach erneuerten Zusicherungen nichts, damit noch vor dem nahenden Wintereinbruch die Arbeiten am Brunnenschacht beginnen konnten.

Tatsächlich scheinen die weiteren Auseinandersetzungen, aber auch die Arbeiten während des Winters 1874/75 geruht zu haben, die nächste Nachricht in dieser diffizilen Frage stammt erst vom 22. Februar des Folgejahres.¹³⁶ Frau Bannenberg erneuerte zu diesem Zeitpunkt zwar ihre prinzipielle Bereitschaft vom September, gleichzeitig jedoch nahm sie eine bedeutende Modifizierung vor. Sie sei „auch noch heute erbötig, dieselbe zu verlegen“, beantrage jedoch, so gab sie zu Protokoll, „daß zunächst der Brunnen resp. die Pumpe [...] völlig hergestellt wird und wenn das Wasser dann unrein ist oder einen schlechten Geschmack bekommen sollte“ und sie diese Anzeichen bemerke, „dann will ich“, so ließ sie verlauten, „die Verlegung der Düngergrube sofort bewirken.“ Solange dies allerdings nicht geschehen sei, müsse sie sich gegen die Verlagerung der Grube „entschieden verwahren“. Ganz offensichtlich wähnte sich die Witwe Bannenberg mit ihrer Position im Recht und scheute konsequenterweise auch vor einer Konfrontation mit den Ordnungsbehörden nicht zurück.

¹³³ So noch in ihrem Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 09.05.1876, StADT IP 688.

¹³⁴ Schreiben des zuständigen Polizeikommissars vom 30.07.1874, StdtAPB A 906.

¹³⁵ Polizeiliche Erklärung der Witwe Bannenberg vom 11.09.1874, StdtAPB A 906.

¹³⁶ Erklärung der Witwe Bannenberg vom 22.02.1875, StdtAPB A 906.

Der hygienische Mißstand war während des Winters somit unverändert geblieben, die dafür Verantwortliche jedoch hatte ihr Verhalten deutlich korrigiert. Überzeugt davon, daß ihre Dunggrube nicht ursächlich mit der Verschmutzung des Brunnens zusammenhänge und vermutlich nicht zuletzt auch mit Blick auf die für sie entstehenden Kosten einer Verlegung¹³⁷, verweigerte sie jede Kooperation oder stellte doch zumindest Forderungen, deren Erfüllung das ursprüngliche Verhältnis umgekehrt hätten. Durch ihre Vorleistungen hätte die Stadt quasi beweisen müssen, daß die Dunggrube den soeben wiederhergestellten Brunnen erneut verunreinigen konnte. Der Erfolg dieser Verzögerungstaktik lag indessen auf der Hand, denn im Laufe des Jahres 1875 kam es zu keiner Lösung dieser verfahrenen Situation, lediglich der Brunnen selbst wurde gereinigt.

Erst zu Beginn des folgenden Jahres wurde dieser Stillstand aufgebrochen durch die Aussage verschiedener Anwohner, daß der Brunnen schon seit längerer Zeit mit der betreffenden Dunggrube „in Verbindung“ gestanden habe. Infolgedessen, so die Zeugen dieser evidenten und uns heute erschreckenden Verschmutzung weiter, sei das dortige Wasser bis zu der letztthin erfolgten Reinigung „ganz dick“ gewesen, habe „braun ausgesehen“, zudem sei „ein übler Geruch“ von ihm ausgegangen. „Aus diesem Grunde, da das Wasser seiner Seits einen solch üblen Geruch hatte, war der Brunnen ganz in Verfall geraten.“ Die Beschwerdeführenden waren infolgedessen zeitweilig gezwungen, das Wasser aus einem entfernten Brunnen zu holen.¹³⁸

Obleich keine wissenschaftlich fundierte Untersuchung dieses „Augenscheinurteil“ verifizierte, wirft es dennoch ein bezeichnendes Licht auf die herrschenden hygienischen Zustände, aber auch auf die Art und Weise, wie die Verantwortlichen und Betroffenen damit umgingen. Den Brunnennutzern war die Ursache bekannt, die Verantwortliche indes nicht willens, die Verlegung der Grube durchführen zu lassen, so daß die betroffenen Anwohner diesen Zustand über einen längeren Zeitraum hinnehmen mußten.

Nun jedoch forderten sie Konsequenzen: Die Witwe Bannenberg sollte angehalten werden, die Grube zu verlegen.¹³⁹ Erst auf diesen Vorschlag hin wurde von seiten des Polizeikommissars angeordnet, daß Frau Bannenberg ihren Abort binnen einer Frist von 14 Tagen in ihren Garten, in „eine genügende Entfernung von dem Brunnen“ zu verlegen habe, wobei die Definition des „genügenden“ Sicherheitsabstandes offenbar der Betroffenen anheimgestellt werden sollte.¹⁴⁰

Diese aber zeigte erneut wenig Einsicht und ließ sich auch durch die angedrohte „energisch[e]“ Reaktion der Behörden nicht beeindrucken. Sie weigerte sich jedoch

¹³⁷ Daß der finanzielle Aspekt für die Verweigerungshaltung keine unerhebliche Rolle gespielt haben dürfte, zeigt sich noch im Schreiben der Witwe Bannenberg an die kgl. Regierung in Minden vom 06.05.1876, StADT IP 688.

¹³⁸ Erklärung der Witwe Schäfers und weiterer Anwohner vom 30.03.1876, StdtAPB A 907.

¹³⁹ Erklärung der Anwohner vom 30.03.1876, StdtAPB A 906.

¹⁴⁰ Polizeiverfügung Nr. 857 vom 10.04.1876, StdtAPB A 906.

nicht einfach, der Verfügung nachzukommen, sondern konterte ihrerseits mit einem Gegengutachten, das vom Apotheker Brandt und dem „rühmlichst bekannten, auch von der Stadtbehörde bei ähnlichen Arbeiten wiederholt verwendeten Geologen Glidt“¹⁴¹ erstellt wurde. Mit diesem Gutachten, in dem nun die These vertreten wurde, daß aufgrund der im Wasser nur spärlich gefundenen Stoffe, darunter „am allerwenigsten Jauche“, die von der Stadt unterstellte Verunreinigung „durch den Erdboden“ eine „absolute Unmöglichkeit“ darstelle und demgegenüber aus der langjährigen Vernachlässigung durch die Brunnengemeinschaft resultieren müsse, versuchte die Witwe Bannenberg zuerst gegenüber der Stadt Paderborn und – als ihr dies nicht gelang – schließlich auf dem Weg einer Beschwerde bei der Regierung in Minden den wissenschaftlich fundierten Beweis ihrer Unschuld an der Brunnenverunreinigung anzutreten.¹⁴²

Erst als sich die Mindener Regierung trotz des durch die Witwe Bannenberg betriebenen Aufwandes der Argumentation der städtischen Behörden anschloß und in der Verunreinigung des Brunnens durch die „ekelerregend“ nahe Dunggrube die eigentliche Ursache seines nachfolgenden Verfalls identifizierte¹⁴³, konnte die langwierige Auseinandersetzung schließlich entsprechend der unmißverständlichen Anweisung, „nunmehr ohne weitere Verzögerung die Witwe Bannenberg energisch zur Beseitigung der Dungstätte anzuhalten“, beendet werden.¹⁴⁴

Der Fall des Brunnens auf der Französischen Neustadt zeigt nicht allein, daß die betroffenen Anwohner mangels vorhandener Alternativen auch über längere Zeiträume auf ihnen zumindest verdächtig erscheinende Wasserquellen zurückgreifen mußten, ebenso aufschlußreich ist die Auseinandersetzung für das Beharrungsvermögen der Verursacher derartiger Verunreinigungen. Dabei zeichnete sich die Witwe Bannenberg nicht einmal durch eine übermäßige Ignoranz den vorhandenen Problemen gegenüber aus, auch wird man ihr Verhalten kaum als „lange [...] Schwätzerei“¹⁴⁵ qualifizieren können. Allein der Umstand, daß sie ihre Position mit einem Gutachten wissenschaftlich zu untermauern versuchte und damit auf das Instrumentarium zurückgriff, dessen sich ihre Kontrahenten in den Paderborner Behörden bedienten, zeigt mit welchem

¹⁴¹ So die Witwe Bannenberg in ihrem Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 06.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴² Das Gutachten selbst findet sich in den betreffenden Akten nicht, es wird jedoch von der Witwe Bannenberg sowohl in ihrem Schreiben an die Stadt vom 18.04.1876 (StdtAPB A 907), als auch in ihrer Eingabe bei der Regierung in Minden vom 06.05.1876 (StADT IP 688) ausführlich zitiert.

¹⁴³ Vgl. das Schreiben des Bürgermeisters, der von dem „ekelhaften Gedanken“ der unmittelbaren Nähe von Brunnen und Abort sprach, an die kgl. Regierung in Minden vom 18.05.1876, daraufhin der ablehnende Bescheid der Regierungsbehörde an die Witwe Bannenberg vom 26.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴⁴ So die Anweisung der kgl. Regierung an die Stadt Paderborn vom 26.05.1876. Im Juni 1876 wurde die Grube mit Bauschutt aufgefüllt, vgl. die Mitteilung des Polizeiwachtmeisters Granthoff vom 03.06.1876, StdtAPB A 906; zur weiteren Entwicklung des Brunnens vgl. SCHRÖDER, Wasserversorgung, S. 32.

¹⁴⁵ So jedoch der Tenor des an die kgl. Regierung gerichteten Schreibens des Paderborner Bürgermeisters vom 18.05.1876, StADT IP 688.

Aufwand und taktischem Geschick¹⁴⁶ die Auseinandersetzungen um die Paderborner Wassernöte geführt werden konnten.¹⁴⁷

Versuch eines Resümees

Tatsächlich gelöst wurden die Paderborner Wassernöte indessen nicht, zu bruchstückhaft, zu unwissenschaftlich – will man bewußt eine anachronistische Bewertungskategorie anbringen – blieb das Wissen auf Seiten der lokalen Experten, politischen Entscheidungsgremien und nicht zuletzt der Bevölkerung, zu unsicher auch die Einschätzung der Gesamtsituation angesichts eines ungeklärten Forschungsstreites. Den Umstand jedoch, daß Pettenkofer und Koch bzw. ihre Schulen noch immer um die Ursachen der Epidemien stritten – Krankheiten, die die Städte doch ohnehin seit Menschengedenken heimgesucht hatten, so mag man eingewendet haben –, ist den damaligen Entscheidungsträgern nicht zuzurechnen, ebenso wenig wie das ‚Fehlen‘ eines expliziten Umweltbewußtseins, dessen sich erst der aufgeklärte Bürger des 21. Jahrhunderts in trügerischer Selbstüberschätzung rühmen mag und dessen Selbstvergewisserung nicht zuletzt auch diese Skizze motiviert.

Um so drängender aber erhebt sich somit die Frage nach den Bewertungskriterien damaligen Handelns – eines Handelns, dessen eigentliche Rahmenbedingungen unklar bleiben: Welche finanziellen Ressourcen standen der Stadt beispielsweise zur Verfügung, welche Versuche der Einflußnahme auf die Entscheidungen etwa der Sanitätskommission gab es, ohne daß sie ihren Niederschlag auch in den Akten gefunden hätten? Warum wurde der um ein Gutachten gebetene Experte König nicht über die eigentlichen Umstände der Typhusepidemie informiert, welches Wissen schließlich existierte in den städtischen Behörden tatsächlich? Die Liste der unbeantworteten und vermutlich kaum je zu beantwortenden Fragen ließe sich nahezu beliebig verlängern.¹⁴⁸

Mit aller Vorsicht wird man indes sagen dürfen, daß das Thema „Wassernöte“ in Paderborn lange Zeit wenig akut erschien. Die Sanitätskommission setzte sich nur zeitweilig mit der Frage von Wasserver- und Abwasserentsorgung auseinander, die Polizeibehörden entwickelten schließlich keine einheitliche Linie hinsichtlich des Umgangs mit der Verschmutzung der Trinkwasserquellen und auch den Einwohnern der

¹⁴⁶ Überdies scheint die Witwe Bannenberg die Aussagen der Gutachter auch ganz bewußt zu ihren Gunsten verändert zu haben, vgl. das Schreiben des Bürgermeisteramtes in Paderborn an die kgl. Regierung in Minden vom 18.05.1876, sowie das Schreiben des Apothekers Wolf an die Paderborner Polizeiverwaltung vom 19.05.1876, StADT IP 688.

¹⁴⁷ Die Vorgehensweise der Witwe Bannenberg stellt dabei keinen singulären Fall dar, ganz ähnlich ging auch der Paderborner Sander vor, um die drohende Schließung seines Brunnens zu verhindern, vgl. dessen Schreiben an die kgl. Regierung in Minden vom 09.11.1894 und das darauf reagierende Schreiben der Polizeiverwaltung vom 20.11.1894, StADT IP 684.

¹⁴⁸ Um ein Beispiel zu geben, sei darauf verwiesen, daß bereits eine Aufstellung über die in Paderborn abonnierten medizinischen Fachzeitschriften – was noch nichts über deren tatsächliche Rezeption besagen mag, aber bereits ein Hinweis auf Kenntnisstand und Teilhabe an der wissenschaftlichen Diskussion – ist unmöglich erscheint.

Stadt erwies sich die unmittelbare Nähe von Brunnen und Abortgrube nur selten als Problem, zu sehr war sie alltägliche Erfahrung, zu hoch lag die Schmerzgrenze, zu groß aber auch erschien die Gefahr, mit der städtisch verordneten Schließung des eigenen Brunnens auch ein Stück Selbständigkeit einzubüßen. Zu „gut“ und zu „rein“ waren auch die Paderborner Wasser, die das Leitungssystem speisten, als daß sie nicht ausschließlich zu unrecht von einer mißgünstigen auswärtigen Presse verdächtigt werden konnten – dies zumindest suggerierten die lokalen Medien, die ihrerseits auf offizielle Verlautbarungen zurückgriffen. Die Bevölkerung nun – auch am Ende dieser Konsumtionskette – mag es dankbar aufgenommen haben, zumal anerkannte Autoritäten der Zeit das Urteil zu bestätigen schienen. Daß König über die tatsächlichen Umstände der Paderborner Epidemie nicht informiert war, wurde hingegen entweder verschwiegen oder war nicht bekannt.

Aus der zeitspezifischen Verantwortung aber wird man Verwaltung und Einwohner gleichwohl nicht entlassen dürfen, hieße es doch, die Vorgaben und kritischen Hinweise der Mindener Regierung ebenso zu ignorieren wie die Normen der städtischen Verordnungen, die Vorbehalte Volmers oder auch das taktisch versierte Vorgehen der Witwe Bannenberg.

Katholisch oder nationalreligiös? Paderborner Männergesangvereine im Wandel der Zeiten

Dietmar Klenke

„Wo man singt, da laß Dich nieder! Böse Menschen haben keine Lieder.“¹ Dieser Leitspruch erfreute sich in der deutschen Gesangskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts großer Beliebtheit. Vor allem traf dies auf die Männergesangvereine zu. Die Paderborner Sänger machten da keine Ausnahme. Mit ihrem Gesang verbanden diese Vereine mehr als nur Freude am Singen. Sie schrieben ihm besondere moralische Qualitäten zu. Er schien imstande zu sein, Gemeinschaften zu stiften und diese Gemeinschaften sittlich zu veredeln. Im Zeichen höherer Ideale sollte der einzelne im Gesangsverein weltanschaulichen Halt und persönliche Geborgenheit finden. Beides, ausgedehnte Geselligkeit und weltanschaulich-politische Einbindung, machte die besondere Gemeinschaftsqualität aus. Unabhängig von den überkommenen konfessionellen Verhältnissen setzte sich in den deutschen Sängervereinen ein vaterländisch-nationalreligiöses Weltbild durch, das sich von Beginn an aufs Engste mit dem bürgerlichen Liberalismus verband. Auch in katholischen Regionen wurden die Sängervereine zu exponierten Trägern nationalreligiösen Gedankenguts.

Der Frage, ob dies auch für Paderborn gilt, wollen die nachfolgenden Ausführungen nachgehen. Bis heute steht die Stadt außerhalb ihrer Stadtmauern in dem Ruf, besonders „schwarz“ zu sein. Demnach wäre zu vermuten, daß auch die in der jüngeren Geschichte in den Sängervereinen repräsentierten Kreise der Stadtbürgerschaft eher im transnationalen Papsttum und im Heilsanspruch der Papstkirche ihren höchsten weltanschaulichen Bezugspunkt gesucht haben als in nationalreligiösen Vorstellungen, die die deutsche Nation im Rahmen einer gottgefühten Weltordnung zum höchsten Bezugspunkt erklärten. Trifft für die jüngere Geschichte der Stadt tatsächlich zu, daß man „schwarz“ im Sinne des transnationalen katholischen Universalismus und Konservatismus gedacht hat oder handelt es sich dabei um ein verzerrendes Klischeebild? Am Beispiel der Männergesangvereine läßt sich diese Frage insoweit gut beantworten, als diese Variante der lokalen Vergesellschaftung repräsentativer Ausdruck der selbstbewußten und gehobenen Bürgerkreise war, in Paderborn ebenso wie andernorts. Zugespitzt lautet die Frage: Waren die in der lokalen Bürgerwelt verwurzelten Männergesangvereine Träger eines genuin katholischen Gesinnungsmilieus oder repräsentierten sie andersgeartete Ideenwelten? Inwieweit im angeblich „schwarzen“ Paderborn bei den Gesangsvereinen „vaterländisches“ Ideengut mit im Spiel war, will der folgende Beitrag unbeeindruckt von allen Klischeevorstellungen klären.

¹ Dietmar Klenke, *Der singende „deutsche Mann“, Gesangsvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler*, Münster u. a. 1998, S. 211.

Grundsätzliche Bedenken, die die politikgeschichtliche Bedeutsamkeit des Untersuchungsgegenstandes „Männergesangverein“ in Zweifel ziehen, lassen sich mit dem Argument entkräften, daß im heutigen Geschichtsbewußtsein das Wissen um die Politisierung des Vereinswesens im 19. und frühen 20. Jahrhundert auf Grund eines tiefgreifenden Mentalitätswandels nach 1945 verloren gegangen ist und daß die einstmals denkbar weit verbreiteten Sängervereine wie ein empfindlicher Seismograph auf allgemeine Zeitfragen und politische Krisen reagiert haben.

Sängervereine als männerbündische Gegenwelten gegen die Zumutungen der bürgerlichen Konkurrenzmoderne

Kennzeichnend auch für die Paderborner Sängervereine war die männerbündische Abschließung. Sie stellte eine bedeutsame Seite des Innenlebens dar. Im Zeitalter gewaltiger sozialer und technisch-ökonomischer Veränderungen bedurfte es starker ausgleichender Kräfte und Bindungen, die die verunsichernden Wirkungen und Risiken der aufsteigenden Industrie- und Marktgesellschaft auffingen und gegen den mächtigen Trend der Anonymisierung, Individualisierung und Wettbewerbsorientierung Halt und Geborgenheit vermittelten. Das heißt: die männlichen Träger der modernen Wettbewerbsgesellschaft entschärften ihre Konkurrenzbeziehungen, indem sie eine gemeinschaftliche Gegenwelt männerbündischer Bindungen aufbauten. Dies taten sie an prominenter Stelle in Männergesangvereinen, die sich als „sangesbrüderlicher“ Gegenentwurf zur ebenfalls männlich geprägten Erwerbs- und Wettbewerbswelt verstanden. Das war dem Anspruch nach eine Gegenwelt familienähnlicher Gemeinschaftlichkeit, die um ihrer Festigkeit willen höherer Sinnbezüge bedurfte. Und diese fand sie, beginnend in der Restaurationsära der 1820er Jahre, in einer nationalreligiös-vaterländischen Gedankenwelt mit deutlich liberalen Beimengungen.

Den männerbündischen Charakter mag ein satirisches Lied veranschaulichen, das 1898 auf dem Stiftungsfest des „Sängerbundes“, des damals größten Paderborner Männergesangvereins, vorgetragen wurde.² Als melodische Vorlage diente hier das Studentenlied „O alte Burschenherrlichkeit“, und dabei stand die männerbündische Aura der damaligen Universitätskultur Modell. Darin spiegelte sich der relativ hohe Anteil von Akademikern in diesem Verein. Die Satire thematisierte die unterschwellige Spannung, die zwischen der männerbündischen Abschließung des Vereins und der ehelich-familiären Rolle seiner Mitglieder bestand. In der Satire prallten die beiden gemeinschaftlichen Gegenwelten der beruflichen Konkurrenzsphäre, die Ehe und der Geselligkeitsverein, hart aufeinander; denn der Liedtext warf die Frage auf, ob man bei einem geplanten Festessen wie auf den allwöchentlichen Vereinsabenden unter sich bleiben oder aber die Damen hinzuziehen sollte. In satirischer Verzerrung klang an,

² Lied „Mit ohne – oder mit mit?“ anlässlich des Stiftungsfestes des Paderborner Männergesangvereins „Sängerbund“ am 9.11.1898, in: StadtA (=Stadtarchiv) Paderborn, V 19/8.

daß die Anwesenheit des anderen Geschlechts, und sei es nur auf einem Vereinsfest, die Intensität der männerbündischen Bindungen beeinträchtigen könne. Süffisant hieß es dazu, daß die „alten Herren“ mit den „jungen Herrn“ lieber allein seien und daß man ohne die Ehefrauen „besser kneipen“ könne.

Zwei Strophen widmete das Lied der kontroversen Aussprache über diese Frage, und dann ließ es in der Abstimmung die Freunde der Damenwelt siegen. Damit war allerdings keineswegs der männerbündische Charakter des Vereinsalltags und der Auftritte in Frage gestellt; denn die Damenwelt wurde als „Zierde“ des fraglichen Vereinsfestes bezeichnet und erhielt damit den Status eines dekorativen Fremdkörpers zugeschrieben, der nur zu herausgehobenen Anlässen hinzuzuziehen war. An dieser Stelle berief sich das männerbündische Prinzip auf „gute deutsche Sitte“, wonach die Damenwelt „Sängerfeste“ zu verschönern hatte. Bemerkenswerterweise bekräftigte man diese Anschauung mit einem Martin Luther zugeschriebenen Leitspruch, der im deutschen Sängermilieu des späten 19. Jahrhunderts weithin bekannt war. Zitiert sei die gesamte Strophe, in die dieser Leitspruch – in Anführungszeichen gesetzt – eingebettet war: „Fürwahr, ein rechtes Sängerfest / nach guter Deutscher Sitte / die Damen nimmer fehlen läßt / in sangesfroher Mitte. / Wer nicht zum Sang liebt Weib und Wein – / der soll ein rechter Narre sein! / Das Wort von tausend Jahren / thät seinen Wert bewahren.“ In einem mehrheitlich aus Katholiken bestehenden Verein bezog man sich hier auf den Wertekanon eines Diskurses, der in der damaligen bürgerlichen Öffentlichkeit in einem eindeutig vaterländisch-nationalreligiösen Deutungskontext stand, nicht aber in einem spezifisch katholischen.

Ursprünge des Paderborner Männergesangs in der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung

Die deutschen Männergesangvereine, die Paderborner eingeschlossen, waren ein bedeutsamer Vermittlungsraum für politisch-weltanschauliche Botschaften.³ Vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung begriffen sich diese Vereine als Sprachrohr des aufstrebenden liberalen Bürgertums und der Nationalbewegung. In Opposition zum adligen Herrschaftsstand und zur kirchlichen Hierarchie verbreiteten sie die Vision einer freien Bürgergesellschaft und eines machtvollen nationaldeutschen Einheitsstaates. Das war eine Kampfansage an die überkommenen Ordnungsmächte, an Adel und Kirche.

An die Spitze der Gesangvereine trat eine Schicht bildungsbeflissener, aufstiegsorientierter Bürger, die die Vorstände und die Chorleiterposten besetzten und die Masse

³ Vgl. zum Thema allgemein: Klenke (wie Anm. 1); Ders., „Die friedliche Leier neben dem kriegerischen Schwert“. Westfälische Männergesangvereine als Träger der Erinnerungskultur im 19. und 20. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen, Bd. 51, 2001, S. 107–148; Ders., Der Gesangverein, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, hg. v. Etienne François/Hagen Schulze, München 2001, S. 392–407.

der mittelständischen Vereinssänger mit ideellen Gemeinschaftsvorstellungen versorgten. Obenan stand die vaterländisch-nationale Ideenwelt. Um den herrschenden Adel zu diskreditieren, griff die Führungsschicht die deutsche „Vielstaaterei“ frontal an: Diesem System warf sie fundamentales Versagen vor und damit zugleich dem Adel. Dabei erwies sich als wirkungsvollstes Kampfangument, die außenpolitische Lage Deutschlands zu dramatisieren und die politische Zersplitterung in eine Vielzahl von Adelsstaaten als schwerwiegenden wehrpolitischen Risikofaktor an den Pranger zu stellen. Auf diese Weise konnte sich in den Rankämpfen der Eliten vor allem die aufsteigende bürgerliche Bildungsschicht als vaterländisch gesinnte wehrmoralische Elite profilieren und politische Führungsansprüche geltend machen. Dafür stellten die Sängervereine ein gut geeignetes Aktionsfeld bereit, weil sie eine gefühlsbetonte kommunikative Brücke zwischen politischer Gesinnung und politikfernem Lebensalltag schlugen.

Kommunikationstheoretisch betrachtet boten die Sängervereine den Vorteil, daß sie hinter der Fassade scheinbar unpolitischer Geselligkeit liberale und nationalpolitische Ideen verbreiten konnten. Deshalb eigneten sie sich unter den repressiven Bedingungen der Adelherrschaft vorzüglich als Sammelbecken der bürgerlichen Opposition, die angesichts des Verbotes politischer Vereinigungen einen getarnten Kommunikations- und Aktionsraum benötigte. Der Gesang wurde dabei zum Träger verschlüsselter Botschaften. In den außerordentlich repressiven 1830er Jahren entwickelte sich der Gesangverein sogar zum bedeutsamsten, fast monopolartigen Ausdrucksmedium der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung.

Die Sängerbewegung als nationalreligiöse Deutungsmacht

Mit Blick auf Paderborn als Bischofssitz verdient ein weiteres Charakteristikum der Sängerbewegung besondere Beachtung. Von elementarer Bedeutung war für das Selbstverständnis der Sängerbewegung, daß sie die überkommenen kirchlich-religiösen Bezüge des Chorgesangs in nationalreligiöse umformte. Wenn Geistliche hier Gefahren für die kirchlich gebundene Religionsausübung witterten, dann taten sie das nicht ohne Grund. Denn es zeigte sich nach 1815, daß das „nationalreligiöse“ Sinnstiftungsangebot in aufstrebenden Bürgerkreisen attraktiver wirkte als das der Kirchen, die mit dem Odium ihrer obrigkeitlichen Traditionen behaftet waren. Die neue nationalreligiöse Gemeinschaftsidee verstand sich als grundlegender weltanschaulicher Ordnungsentwurf, der die deutsche Nation als übergeordneten politisch-moralischen und zugleich gottunmittelbaren Bezugsrahmen begriff und dabei liberale Vorstellungen eines selbstverantwortlichen bürgerlichen Gemeinnsinns einschloß. Dieses letztlich religiöse Bezugssystem schloß eine vaterländische Gemeinschaftsverpflichtung ein bis hin zu einer Aufopferungsethik, deren Idealbild der opferbereite Krieger war. Dieser vor allem von der bürgerlichen Bildungsschicht propagierte Entwurf trat der überkommenen adligen und kirchlichen Herrschaftslegitimation „von Gottes Gnaden“ herausfordernd entgegen. D. h. es baute sich eine spannungsgeladene Konkurrenz um

die höchsten politischen Sinnbezüge auf: hier der aufsteigende Bürgerstand, dort die überkommenen Stände des Geburtsadels und des Klerus. Die Rankämpfe der Eliten erhielten mit dem vaterländischen Sendungsbewußtsein des Bürgertums eine neue Dimension.

Aus bürgerlicher Sicht boten die vielen Adelsstaaten und die Konfessionsspaltung keine angemessene Antwort mehr auf die wirtschaftlichen, sozialen und verteidigungspolitischen Probleme des deutschsprachigen Raumes. Mit Blick auf die fortgeschrittene westeuropäische Staatenwelt stellten diese Probleme eine schwerwiegende Herausforderung dar, die die bürgerliche Nationalbewegung als nationalen Selbstbehauptungsdiskurs thematisierte. Im Rahmen dieser Bewegung wuchs den Sängern seit den 1830er Jahren eine bedeutsame propagandistische Rolle zu: Sie machten aus der Vision eines machtvoll geeinten Deutschland ein expressives, gefühlswirksam gestaltetes Kampfinstrument.

In diesem Zusammenhang wurde die historische Deutung der damaligen Gegenwart zum Dreh- und Angelpunkt des Selbstverständnisses; demzufolge ließ sich die deutsche Geschichte durch das Erbübel der Uneinigkeit charakterisieren; nationale Uneinigkeit aber widersprach dem göttlichen Willen. Die Verantwortung für die Uneinigkeit schrieb man dem Herrschaftsegoismus des Adels und dem konfessionell gespaltenen Klerus zu. Dem Erbübel der Uneinigkeit lastete man den Niedergang Deutschlands seit dem Mittelalter an. Folgerichtig verknüpfte die bürgerliche Bildungselite ihre nationalen Wiederaufstiegsvisionen mit der Forderung nach der nationalen Einigung, die sie zum universellen Heilmittel aller nationalen Gebrechen erklärte. Dafür stellte sie das Konzept einer heilsgeschichtlich fundierten Nationalreligiösität bereit. Demnach fügte sich die nationale Einigung der Deutschen in den göttlichen Heilsplan ein und mußte gottgefügt zu einem strahlenden Zukunftsreich führen. Die überkommenen Konfessionen hatten in einer einheitlichen Nationalreligiösität aufzugehen.

Auch in den katholischen Regionen Westfalens ging dieses neuartige Weltbild zu Lasten des überkommenen konfessionellen Selbstverständnisses, hier des Ideals einer nationenübergreifenden Papstkirche. Auch in Sängervereinen mit vorwiegend katholischen Mitgliedern kannten die Vorstellungen von der Vergangenheit fast nur noch einen national-, nicht mehr einen konfessionengeschichtlichen Bezugsrahmen. An die Stelle der konfessionellen Kirchen- und Heiligengeschichte trat eine nationaldeutsche Heilsgeschichte, die vor allem vaterländische ‚Heilige‘ kannte, allen voran die Helden und Märtyrer der vaterländischen Kriegs- und Militärgeschichte.

Aufstieg der Sängerbewegung in Paderborn

In Paderborn zeigten sich erste Ansätze einer nationalreligiösen Umorientierung innerhalb des Bürgertums vor allem in der Gründung des Männergesangsvereins „Liedertafel“ im Jahre 1838. Vorläufer dieses Sängervereins sind im 1824 gegründeten „Musikverein Paderborn“ zu suchen, der einen gemischten Chor unterhielt und gelegentlich auch Männerchorliteratur darbot, u. a. das „Schwertlied“ von Carl Maria von We-

ber, das zu den erstrangigen Erkennungszeichen der deutschen Nationalbewegung in ihrer Frühphase zählte.⁴ Drei Gründungsmitglieder des Musikvereins zählten zu den Gründern der „Liedertafel“. Dieser Verein schloß sich umgehend den „Vereinigten Norddeutschen Liedertafeln“ an, die in dieser extrem repressiven Ära im nordwestdeutschen Raum ein überregionales Kontaktnetz knüpften, das ebenfalls im Zeichen der Nationalbewegung stand.⁵ Juristen des Paderborner Oberlandesgerichts, vor allem jüngere, sowie andere Akademiker und Repräsentanten des gehobenen Bürgertums bestimmten das soziale Profil dieses gemischtkonfessionellen, aber mehrheitlich katholischen Vereins.⁶ Die Gründung war Teil der ersten großen Ausbreitungswelle der Sängerbewegung im westfälischen Raum. Bemerkenswert ist daran, daß sich nunmehr auch in katholischen Bürgerkreisen die nationalreligiöse Ideenwelt zu verbreiten begann. Bereits unmittelbar nach der Vereinsgründung sangen die Paderborner Liedertafler die Vaterlandshymne „Was ist des Deutschen Vaterland?“⁷ In diesem Lied präsentierte sich die deutsche Nation als gottgewollte Gemeinschaft. War von „deutschem Sinn“ die Rede, dann klang darin an, daß die nationale Verbundenheit als das höchste Gemeinschaftsprinzip auf Erden zu gelten hatte, nicht die Gemeinschaft der supranationalen heilsbringenden römischen Kirche oder die fürstlichen Territorialstaaten von „Gottes Gnaden“. Die Hymne stellte eingangs die Frage nach der Gestalt und Ausdehnung des deutschen Vaterlandes. Sie wirkte herausfordernd, weil allein der „deutschen“ Sprache der Rang zugesprochen wurde, das Fundament eines künftigen Nationalstaates bilden zu können, und damit stieg allein die Sprachgemeinschaft in den Rang eines höchsten gottgewollten Gemeinschaftsprinzips auf. Gewachsenen Territorien wie Preußen oder Österreich wurde dies ausdrücklich abgesprochen, was auf eine Kampfansage an die Territorialherrschaft hinauslief. Das Lied mündete in den mahnenden Appell, daß jeder Deutsche im Sinne eines göttlichen Auftrags „wacker“ und „mutig“ für die deutsche Nation einzutreten habe. Bereits vor der Revolution von 1848 wurde dieses Lied zur heimlichen Nationalhymne der Deutschen. Ihre Attraktivität bestand vor allem darin, daß sich dort kampfbetonte Appelle und religiöse, gebetsartige Wendungen mischten. Dies verlieh dem nationalen Sendungsbewußtsein der singenden Männer die höheren Weihen der Gottgefälligkeit.

⁴ Festbuch zur Jahrhundertfeier des Musikvereins Paderborn, Paderborn 1928, S. 4f., 8f.; Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838 bis 1888, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel. Festgabe zur 50jährigen Jubiläums-Feier 1888, verfaßt von Liedervater A. Baumann, Anhang 3.

⁵ Klenke, Westfälische Männergesangsvereine (wie Anm. 3), S. 112ff.

⁶ Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838 bis 1888 (wie Anm. 4).

⁷ Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 15.12.1838, in: StadtA Paderborn, V 19/14, Bl. 34ff. Text und Partitur des Vaterlandshymnus „Was ist des Deutschen Vaterland“, in: Klenke (wie Anm. 1), S. 68.

Erscheinungsdatum: 5.11.1859

Westfälisches

Kirchen-

Blatt.

Das Westfäl. Volksblatt erscheint jeden Mittwoch, wenigstens einen halben Bogen stark, und kostet halbjährlich hiersebst 10 *Sgr.* durch die Post 12 *Sgr.*



Für das 2. u. 4. Quarta werden auch $\frac{1}{4}$ jährige Abonnements angenommen. — Inserate werden gegen 9 *Sgr.* für die gespaltene Zeile oder deren Raum aufgenommen.

zwölfter

Jahrgang.

Beilage zu № 45.

(Früher unter dem Titel „Westfälisches Volksblatt.“)

Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier. *)

Unbekümmert um den Vorwurf, welchen man dem Schreiber dieser Zeilen ganz sicherlich machen wird: „er sei ein Liebhaber der Finsterniß und Feind der Aufklärung“ (Phrasen, die für jeden vernünftigen Menschen schon längst ihren Werth verloren haben), erlaubt sich derselbe an das geehrte Paderborner Publikum einige Fragen zu richten. Nach welchem Maßstabe meßt ihr den Werth und Nutzen jeglichen Dinges, wenn ihr Christen, Katholiken sein wollt? oder nach welchem Maßstabe müssen wir, wenn unsere hl. Religion uns nicht bloß in der Kirche, sondern auch überall heilig sein soll, die Verdienste eines Schriftstellers beurtheilen? Antwort: Nach der Stellung, die jedes Ding und jeder Schriftsteller zu unserer hl. Religion einnimmt. Welche Stellung nimmt der gerade jetzt, in allen deutschen Städten so hoch gepriesene Schiller in dieser Beziehung ein? Antwort: Offenbar eine sehr geringe; man denke an seine „Götter Griechenlands“, an seine, von Entstellungen der historischen Wahrheit und von Haß gegen die kathol. Kirche strotzende „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ und „seine Geschichte der Niederlande.“ (Sich auf einige schöne Gedanken, die der Dichter zur Ausstaffirung seiner „Maria Stuart“ und „Jungfrau von Orleans“ ge-

*) Es scheint, als ob in Paderborn die Vernunft der Gedankenlosigkeit weichen solle. Während in andern Städten die „Schillerfeier“ — die Feier des hundertjährigen Geburtstages des bereits am 9. Mai 1805 verstorbenen Dichters Friedrich v. Schiller — auf die Räume eines Concertsaales oder Theaters — wo sie sicherlich ganz hingehört — beschränkt bleibt, will man in Paderborn zur Vorfeier des Festes am Abend des 9. Nov. einen Fackelzug zu einer auf dem hiesigen Marktplatz aufzustellenden „Schillerbüste“ veranstalten und Angesichts unsers ehrwürdigen Domes den „Cultus des dichterischen Genius“ vollziehen. Solches Possenspiel, welches die katholische Bevölkerung unserer Bischofsstadt nur mit Unmuth betrachten kann, richtet eine an sich nicht übele Sache denn doch geradehin zu Grunde und zieht sie in das Lächerliche hinab. Und da hat man so oft an der Heiligen- und Reliquien-Verehrung der katholischen Kirche etwas auszusetzen, zu mäkeln an der Ehre, womit die Katholiken den Träger einer heroisch geübten sittlichen Tugend zu umgeben sich verpflichtet halten, während man sich herbeiläßt, mit dem Andenken einer genialen geistreichen Persönlichkeit fast Götzencult zu treiben!

Abbildung 1 s. Seite 125

1840, gut zwei Jahre nach der Gründung, zeigten die Paderborner Liedertafler, daß sie ganz im Trend der deutschen Sängerbewegung lagen. Über Deutschland ging eine Welle der nationalen Erregung hinweg, an der auch die Paderborner Sänger Anteil hatten. Auch sie sangen das vielerorts erklingende Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“.⁸ Der Auslöser war der provokative Ruf französischer Nationalisten nach der Rheingrenze. Weil die Sänger in der akuten Bedrohungslage die Situation um 1800 wiederzuerkennen glaubten, ließ ihr Gesang die „heil'gen Männerschlachten“ der Napoleonischen Ära wiederaufleben, und im Zusammenhang damit die Vorstellung, daß Gott damals im Interesse der Deutschen als „Sklavenbandenbrecher“ eingegriffen habe;⁹ so drastisch formulierte es im Februar 1841 ein Gesang der Paderborner Liedertafel. Indem man sich auf diese heroische Zeit rückbesann, festigte man den Glauben an die Befreiungskriege als heilsgeschichtliche Wendezeit.

Die Sänger wußten die Provokation der französischen Nationalisten als willkommene Gelegenheit zu nutzen, um ihrer Forderung nach einem wehrhaften und mächtigen Nationalstaat Nachdruck zu verleihen. Gegenüber dem einigungsunwilligen Fürstenstand verband sich damit die bürgerliche Interessenperspektive, der es um die Durchsetzung politischer Mitwirkungsansprüche gegenüber dem Adel ging. Der neue antifranzösische Akzent wirkte auch als Anreiz, die Errichtung eines Hermannsdenkmals im nahegelegenen Fürstentum Lippe zu unterstützen, wobei die Figur des „Hermann“ zum Symbol „deutscher“ Selbstbehauptung gegenüber „überfremdenden“ romanischen Einflüssen wurde. Vor diesem Hintergrund übernahm die Paderborner Liedertafel bereitwillig den Auftrag, für die Norddeutschen Liedertafeln die Fortschritte beim Bau dieses Denkmals zu beobachten und die Mitwirkung bei der Einweihungsfeier anzubieten.¹⁰

Als im Frühjahr 1848 die Revolution ausbrach, verlagerten sich die politischen Aktivitäten von den Sängervereinen in die neu geschaffenen revolutionären Gremien. Verstärkt traten die Sängervereine erst in dem Moment wieder in Erscheinung, als sich der Krieg mit Dänemark zuspitzte und entsprechend mobilisierend wirkte. Unter dem Eindruck der dänischen Seeblockade warb auch die Paderborner Liedertafel für den Aufbau einer deutschen Kriegsflotte, indem sie im August 1848 ein Benefizkonzert

⁸ Männerchorlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“, in: Volksliederbuch für Männerchor, hg. auf Veranlassung Seiner Majestät Des Kaisers Wilhelm II, Bd. 1, Leipzig 1907, S. 296ff.; vgl. auch: Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 13.2.1841, in: StadtA Paderborn, V 19/14.

⁹ „Deutscher Gesang“, in: Lieder der Paderborner Liedertafel, gesungen beim Festmahle am 13.2.1841, in: V 19/14.

¹⁰ Der Auftrag, den Bau des Hermannsdenkmals zu beobachten, wurde den Paderborner Sängern auf dem Pyrmonter Sängerfest der Norddeutschen Liedertafeln von 1841 erteilt. Vgl. Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 5.

veranstaltete, dessen Erlös einem nationalen Flottenfonds zugeführt werden sollte.¹¹ (siehe Titelbild) Als die Werbekampagne im Fiasko des preußischen Rückzugs aus Schleswig-Holstein endete und in Malmö ohne Beteiligung der revolutionären Frankfurter Reichsregierung ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, sahen die Sänger in diesem nationalpolitischen Mißerfolg bereits die Niederlage der gesamten Revolution angelegt. Nach der Revolution zeigte die Paderborner Liedertafel resignative Rückzugstendenzen; dies war auch andernorts zu beobachten.

Das nationalpolitische Wendejahr 1859 als Geburtsstunde des „schwarzen Paderborn“

Das Jahr 1859 wurde für die Sängervereine wie für die gesamte deutsche Nationalbewegung zu einem Wendejahr von epochaler Bedeutung. Der Rückschlag, den der nationale Gedanke mit der Niederschlagung der Revolution erlitten hatte, schien mit einem Male überwunden, als der italienische Einigungskrieg ausbrach. Man bewunderte die nationale Tatkraft der Italiener und ließ sich davon anstacheln. Andererseits aber befürchtete man, möglicherweise gegen Napoleon III., den mächtigen Verbündeten Italiens, am Rhein antreten zu müssen. Die Anschauung verbreitete sich, daß man es bei der Politik des französischen Kaisers mit einer dem Napoleonischen Zeitalter vergleichbaren Bedrohungslage zu tun habe. Angesichts der Unruhe, die die zwielichtige Kriegspolitik Napoleons III. ausgelöst hatte, erhielt der Ruf nach der nationaler Einigung zusätzliche Dringlichkeit. Auch die deutschlandweit stattfindenden Schillerfeiern vom November 1859 standen noch im Bann dieses Krieges. Auf der Paderborner Schillerfeier ließ die örtliche „Liedertafel“ zu Ehren Schillers u. a. die Kampfhymne „Was ist des Deutschen Vaterland?“ erklingen. Sie zeigte damit, wie sehr sie Schiller für die nationalreligiösen Visionen der bürgerlichen Oppositionsbewegung zu vereinnahmen wußte und wie wichtig sie den Appell nahm, gegen Gefahren fest zusammenzustehen.¹²

Weil nun diese Schillerfeier wie auch andernorts ganz im Zeichen eines „nationalen“ Helden- und Heiligenkultes stand und in Paderborn mit einem Fackelzug in der Tradition religiöser Lichtsymbolik eingeleitet wurde, witterte die katholische Kirche vor Ort sogleich Konkurrenz, und ihre Kirchenzeitung ritt gegen die sich nunmehr auch in Paderborn offensiv breitmachenden nationalreligiösen Tendenzen polemische Attacken.¹³ (siehe Abb. 1) Im Visier hatte sie das gesamte liberal-nationalreligiöse Gesinnungsmilieu der besseren bürgerlichen Kreise, die bereits ihre kirchlich-

¹¹ Plakat: Konzert für die Deutsche Flotte, von der Paderborner Liedertafel am 27.8.1848 veranstaltet, in: StadtA Paderborn, V 19/22.

¹² An meine verehrten Kollegen im Schiller-Komitee hierselbst, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 19.11.1859; Hundert Jahre Paderborner MG V 1838–1938, Festschrift 1938, S. 20.

¹³ Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: Westfälisches Kirchenblatt (Paderborn), Beilage zu Nr. 45 vom 5.11.1859, S. 353f.; Nachrichten, in: Westfälisches Kirchenblatt vom 19.11.1859, S. 746f.; Drei Abfertigungen, in: Westfälisches Kirchenblatt, Beilage zu Nr. 47 vom 19.11.1859, S. 369.

katholischen Bindungen gelockert hatten;¹⁴ an vorderster Front verkörperten die „Liedertafel“, die Richterschaft, die Gymnasiallehrer und der „Anzeiger für den Kreis Paderborn“ diese Kreise, die im Juli 1860 auch in Paderborn einen „Deutschen Verein“ als informelle Ortsgruppe des „Nationalvereins“ aus der Taufe hoben und seit 1859 auf eine kleindeutsche Einigung unter preußischer Führung setzten.¹⁵ Aus katholischer Perspektive, so die örtliche Kirchenzeitung, waren die vom „deutschen“ Geist angesteckten Paderborner Katholiken auf dem besten Wege, der Kirche in gleichem Maße untreu zu werden wie die katholischen Italiener, die sich just zu diesem Zeitpunkt anschickten, dem Papst im Rahmen ihrer nationalen Einigungsbestrebungen den Kirchenstaat und damit die angestammte weltliche Herrschaftsbasis zu entreißen. Hier schien sich europaweit eine liberal-nationale Front zu formieren, die das Papsttum und die römische Kirche in ihrer transnationalen Unabhängigkeit bedrohten.

Es war der Schillerkult und es waren die ihn tragenden liberal-nationalen Kreise vor Ort und deren Sprachrohr, der „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, die Ende 1859 im katholischen Kirchenmilieu Paderborns Befürchtungen aufkommen ließen, daß der sich fortschrittlich gebärdende europäische Liberalnationalismus mit der drohenden Vernichtung des Kirchenstaates zum Sturmangriff auf den transnationalen Katholizismus blies. Schon im Sommer 1859 hatte der Paderborner „Anzeiger“ auf das katholische Milieu zunehmend herausfordernd gewirkt; dort hatten sich Protestanten und kirchenferne Katholiken zusammengefunden, um gegen den überkommenen Konfessionalismus nationale Visionen zu verbreiten. Dem diente auch die Konstruktion eines Geschichtsbildes, das den sogenannten katholischen „Ultramontanismus“ bis ins 16. Jahrhundert zurückdatierte und dieser Haltung die Hauptverantwortung für die damalige Glaubensspaltung und die nachfolgende Schwächung Deutschlands anlastete.¹⁶ „Ultramontane“ Papsttreue trat hier als konservative *und* antinationale Gesinnung in Erscheinung. Diese Denktradition konfrontierte der „Anzeiger“, der sich als publizistisches Pendant zur „Liedertafel“ begriff, mit einem oppositionellen Reformprogramm, das das „wurmstichige Gebäude des deutschen Fürstenbundes“ in einen „deutschen Volksbund“ umgestalten wollte, der auch gegen sämtliche Gefahren, die von außen drohten, gewappnet sein sollte, vor allem gegen den alten französischen Widersacher.¹⁷

Nimmt man diesen publizistischen Hintergrund in den Blick, dann wundert kaum, daß die katholischen Gegenattacken auch den Schillerkult in den Mauern der eigenen

¹⁴ Einige flüchtige Gedanken (wie Anm. 13), S. 354.

¹⁵ Elsaß und Lothringen, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 24.8. u. 27.8.1859; Kommentar auf der Kopfseite, in: ebd. vom 31.8.1859; Eingesandt!, in: ebd. vom 24.9.1859 (In diesem Beitrag wird ausdrücklich für das Programm des sich formierenden Deutschen Nationalvereins geworben); Bericht „Der deutsche Verein in Paderborn“, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 11.7.1860.

¹⁶ Elsaß und Lothringen, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 24.8.1859.

¹⁷ Kommentar auf der Kopfseite, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn vom 31.8.1859.

Bischofsstadt in den Bedeutungszusammenhang der europaweiten liberal-nationalen Bestrebungen stellten. Bereits unmittelbar vor der örtlichen Schillerfeier diffamierte die Kirchenzeitung den geplanten Fackelzug als „Götzenkult“ und ließ keinen Zweifel daran, daß die Verehrung für Schiller einem ausgewiesenen Gegner des Katholizismus zuteil wurde.¹⁸ Der Kirchenzeitung lag die „Verehrung der Heiligen“ weitaus mehr am Herzen als eine „Apotheose“ Schillers.¹⁹ Sie bedauerte daher, daß im örtlichen Schiller-Komitee die katholisch gesinnte Minderheit den symbolträchtigen Fackelzug nicht hatte verhindern können. Bezeichnenderweise kam als Argument gegen den Schillerkult auch die bereits angesprochene politische Großwetterlage ins Spiel, namentlich die Bedrohung des Kirchenstaates durch die italienische Nationalbewegung. Diesbezüglich war zu vernehmen, daß es in einer Zeit, in der der Papst aufs Äußerste bedrängt sei, „Wichtigeres“ zu tun gebe, als dem Genius Schillers „Weihrauch zu streuen“.²⁰ Bei allem Verständnis für die Nationalbewegung glaubte die Paderborner Kirchenzeitung alle liberal-national Denkenden mahnen zu müssen, daß „das Band des Vaterlandes“ und der „Stammesgemeinschaft“ hinter der transnationalen „katholischen Einheit“ und Solidarität zurückzustehen habe.²¹

Knapp vier Wochen nach der Schillerfeier richtete das aufgeschreckte Paderborner Kirchenmilieu eine von Hunderten von Kirchgängern unterzeichnete Adresse an den preußischen Prinzregenten. Sie enthielt die Bitte, der Monarch möge den Heiligen Vater gegen die liberalen Nationalisten in Italien unterstützen.²² (siehe Abb. 2) Man wollte damit ein Zeichen setzen, daß sich auch in Deutschland eine konservative Abwehrfront gegen die liberal-nationalistischen Oppositionsbewegungen in Europa bildete. Es gab diese Solidaritätsbewegung für den Papst in fast allen katholischen Bistümern, aber als Initiatoren der Solidaritätsadressen traten zumeist nicht einzelne Städte in Erscheinung, sondern kirchliche Gliederungen wie Bistümer und Pfarreien. Das Besondere der Paderborner Situation bestand darin, daß die örtliche Initiative beanspruchte, für die gesamte weltliche Gemeinde zu sprechen, statt korrekterweise katholische Gliederungseinheiten zu nennen. Auf diese Weise drängte sich der überregionalen, vom Liberalnationalismus beherrschten Medienöffentlichkeit der fälschliche Eindruck auf, daß die gesamte Stadt Paderborn, nicht nur die bistums- und papsttreuen Katholiken den weltlichen Herrschaftsanspruch des Papstes verteidigten. Das war ein Etikettenschwindel, der in der deutschen Öffentlichkeit Folgen hatte. Denn diese die

¹⁸ Einige flüchtige Gedanken (wie Anm. 13), S. 353f.

¹⁹ Nachrichten, in: Westfälische Kirchenzeitung vom 19.11.1859, S. 747.

²⁰ Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 369.

²¹ Nachrichten, in: Westfälisches Kirchenblatt vom 3.12.1859, S. 778.

²² Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinz Regenten, in: Westfälisches Kirchenblatt, Beilage zu Nr. 49 vom 3.12.1859, S. 385ff.

Erscheinungsdatum: 3.12.1859

Westfälisches Kirchen-Blatt.

Das Westfäl. Volksblatt erscheint jeden Mittwoch, wenigstens einen halben Bogen stark, und kostet halbjährlich hier selbst 10 *Sgr.* durch die Post 12 *Sgr.*



Für das 2. u. 4. Quarta werden auch $\frac{1}{4}$ jährige Abonnements angenommen. — Inserate werden gegen 9 *Sgr.* für die gespaltene Zeile oder deren Raum aufgenommen.

Zwölfter

Jahrgang.

Beilage zu № 49.

(Früher unter dem Titel „Westfälisches Volksblatt.“)

Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinz Regenten.

Gleichzeitig mit der Adresse an den heiligen Vater wurde in unserer Stadt von einem Kreise katholischer Männer eine Adresse an Se. Königl. Hoheit den Prinz-Regenten entworfen, worin der Wunsch und die Bitte ausgesprochen ist, Se. Königl. Hoheit möge nicht dulden, daß man den heil. Stuhl seines Besitzthums beraube und möge bei den andern Großmächten eintreten für die Rechte des heiligen Vaters, des geistlichen Oberhauptes von zwei Fünftheilen seiner Unterthanen. Bedeckt mit 737 Unterschriften von kathol. Bürgern aller Stände unserer Stadt ist diese Adresse am 30. v. M. abgegangen und freuen wir uns, nunmehr den Wortlaut derselben nachstehend veröffentlichen zu können:

Se. Königl. Hoheit

Throne wagen die unterzeichneten Katholiken mit folgender unterthänigsten Bitte sich zu nähern:

Se. Königl. Hoheit ist es wohl bekannt, welche Stellung der Regent des Kirchenstaates, unser hl. Vater, in der katholischen Kirche einnimmt, wie er in Sachen des Glaubens das Band ist, welches alle Glieder der Kirche unter einander verbindet, der Mittelpunkt, um den sich Alle schaaren, die Auctorität, der alle Katholiken sich demüthig und freudig unterwerfen, sobald dieselbe über Zweifel des Glaubens endgültig entschieden hat. Offen und ohne Rückhalt dürfen wir dieses Geständniß ablegen gegenüber einem Herrscher, der nicht achtet auf die verläumderischen Worte derjenigen, welche darin eine staatsgefährliche Lockerung der Unterthanenpflichten erblicken, gegenüber einem Herrscher, der mit seinem offenen, klaren Blicke erkennt, wie der Gehorsam, ein unheilbares Gut, nicht auf einem Felde, dem Felde der Religion, wanken darf, ohne daß damit zugleich die Idee und Pflicht des Gehorsams gegen jede andere Obrigkeit im tiefsten Grunde verletzt wird. — Und diese geheiligte Macht des Papstes, man hat sie anzutasten gewagt; frevlerische Hände haben zu zerreißen gesucht, noch nicht das geistige Band, das uns Katholiken an den hl. Stuhl knüpft,

Abbildung 2 s. Seite 127

Stadt vereinnahmende Solidaritätsadresse der Kirchengänger schien Paderborn aus dem Meer der anderen mehrheitlich katholischen Städte und Gemeinden herauszuheben. So erklärt sich, daß der liberalnationale „Kladderadatsch“, das deutschlandweit stark beachtete satirische Wochenblatt aus Berlin, ausgerechnet den Paderbornern zu der zweifelhaften Ehre verhalf, sie auf seiner Kopfseite zum Adressat eines Spottgedichtes auf die papsttreue Solidaritätsbewegung zu machen. (siehe Abb. 3) Seither, seit den leidenschaftlichen Debatten des Umbruchjahres 1859, wurden die „Paderborner“, angestoßen vom „Kladderadatsch“, in der liberalnationalen Öffentlichkeit Deutschlands zum Inbegriff der Papstgläubigkeit. Das Klischeebild vom „schwarzen“ Paderborn begann sich, massenmedial vermittelt, in der Konfrontation zwischen bürgerlichem Liberalnationalismus und transnationalem päpstlich-katholischem Machtanspruch durchzusetzen. Die dritte Strophe des Gedichtes trieb den Spott auf die Spitze. In direkter Anspielung auf die Paderborner Adresse an den preußischen Prinzregenten forderte sie mit beißender Ironie dazu auf, das protestantische Preußen solle den Papst gegen die katholisch geprägten Staatsgewalten in Italien verteidigen. Mit anderen Worten: Ein monarchischer Repräsentant des aus katholischer Sicht „ketzerischen“ Protestantismus sollte ins „Kriegshorn“ blasen, um den Kirchenstaat zu retten. Die „Paderborner“ wurden hier zum Inbegriff eines doktrinär verbohrt und rückwärtsgewandten Papismus.

Der „nationale“ Zeitgeist, der im Papst europaweit eine der letzten Bastionen des untergehenden Ständezitalters erblickte, fand in Paderborn vor allem in den gebildeten Bürgerkreisen Anklang, darüber hinaus aber selbst in der Redaktion der Paderborner Kirchenzeitung. Diese kritisierte am Gesangsvortrag der „Liedertafel“ für die örtliche Schillerfeier, daß die Österreich gewidmete Zeile in der Hymne „Was ist des Deutschen Vaterland“ in einer Variante vorgetragen wurde, die Österreichs Kriegsruhm nicht gebührend zur Geltung kommen ließ.²³ Von einer „unpatriotischen Änderung“ des Gesangstextes war die Rede. An diesem Einwand war bemerkenswert, daß die Kirchenzeitung ihre Sympathie für das Habsburger Herrscherhaus nicht mit dessen katholischem Charakter begründete, sondern mit nationalpolitischen Argumenten, die auf den innerdeutschen Gegensatz zwischen Preußen und Österreich und auf die kriegerischen Verdienste der Habsburger für die deutsche Nation zielten, nicht aber auf die Verdienste Österreichs für das Papsttum.²⁴ Solch eine Verengung der Perspektive kam einer indirekten Verbeugung vor dem „nationalen“ Zeitgeist gleich.

²³ An meine verehrten Kollegen (wie Anm. 12); Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 372; Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 17; Hundert Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 20. Statt von Österreich als einer „an Siegen und an Ehren reichen“ Monarchie zu singen, hatte der Vortrag der Liedertafel nur ein „an Kämpfen und an Ehren reiches“ Österreich genannt. Selbst solch kleine Änderungen wurden genauestens registriert und im Kampf zwischen den Kleindeutschen und Großdeutschen ausgeschlachtet.

²⁴ An meine verehrten Kollegen (wie Anm. 12); Drei Abfertigungen (wie Anm. 13), S. 371f.; Westfälisches Kirchenblatt (Paderborn) vom 23.5.1860, S. 164f.

Nr. 57.

Berlin, den 11. December 1859.

12. Jahrgang.

Kladderadatsch.

Wochenkalender.

Montag, den 12. December.
Der Teufel, wenn er Gelege macht,
Nimmt weißlich auf die Horn Bedacht,
Daß selbst die Guten und die Weisen
Den Bau bewundernd müssen preisen.

Dienstag, den 13. December.
Keine Frage so häßlich auf der Welt,
Daß sie nicht Einem doch gefällt.
Kein Unfuss, darin nicht doch am Ende
Ein Narr noch tiefe Weisheit fände.

Mittwoch, den 14. December.
Löhnt mir, Graf Derindur,
Diesen Zwiepalt der Natur:
Wie kann man gegen die Duschler toben
Und doch die Werke der Duschler loben?



Wochenkalender.

Donnerstag, den 15. December.
Ich ich' — und wenn ich zu meinem Heile
Den Geist des Raketenboms riefe —
In den Regalatten, Zeile für Zeile,
Rur Rogala, aber — keine Liefel!

Freitag, den 16. December.
Denkst du: der neue Wein wird besser,
Wenn du ihn süßst auf alte Häßer?
Oder denkst du: das alte Gebräu
Wird durch neue Gefäße neu?

Sonnabend, den 17. December.
Das Hause immer weiter mag
Sich pflanzen unabhellig,
Und mo zum Leufel der Spiritus,
Da ist's und bleibt es — — Effig!
Kladderadatsch.

Humoristisch-satyrisches Wochenblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich mit Ausnahme der Bechentage. — Man abonniert mit 21 Sgr. vierteljährlich für 15 Nummern in allen Buchhandlungen, sowie bei den Postanstalten des In- und Auslandes. — Einzelne Nummern (wenn solche vorhanden) à 21 Sgr.

An unsre lieben Paderborner.

Gelesen haben wir mit Schmerz
Die rührenden Adressen,
Und alles Leid, das euer Herz
Durchdolcht, gar wohl ermessen.
Wir wollen auch, ihr frommen Herrn,
Euch condoliren herzlich gern,
Und hülßen euch noch gern —
Ihr lieben Paderborner!

Wir sind verpflichtet, eurem Weh
Zu feuern! — Warum? Darum!
Wir haben ja die Bulle „de
Salute animarum!“
Ja, wir, ein protestant'scher Staat,
Wir schlossen einst ein Concordat
Und denken deß' auch fern —
Ihr lieben Paderborner!

Wir sind verpflichtet, gegen die
Kathol'schen Staatsgewalten,
Wir keher, gegen Anarchie
Den röm'schen Stuhl zu halten!
Geduld! Geduld! Wir lassen gleich
Für des heil'gen Vaters weltlich Reich
In unsre Kriegeshörner —
Ihr lieben Paderborner!

Wir ziehen ihm zu Hilfe aus,
Ist's auch nicht heut und morgen!
Wir haben erst im eignen Haus
Noch Einiges zu besorgen.
Und bis dahin fällt, glaubt es nur,
In der Geschichte Stundenuhr
Wohl manches Hundert Hörner —
Ihr lieben Paderborner!

Auch fehlen uns zum Kriege bloß
Ein Thaler und acht Groschen!
Sind die erst da, dann geht es los,
Dann tapfer drauf gedroschen!
Dann geht im Kosinantenrott
Ganz Preußen drauf, als Don Quixote,
Und zwar als ganz moderner —
Ihr lieben Paderborner!

Einstweilen saßt euch mit Bedacht,
Und bombardirt indessen
Des bösen Feindes Uebermacht
Mit feuriger — Adressen!
Denkt: Jedem ist sein Ziel gesetzt;
Auch Satanus läuft noch zulicht
Sich selber ab die Hörner —
Ihr lieben Paderborner!

Kladderadatsch.

Als 1860 die nationale Erregung im Lichte der französischen Annexion Nizzas und Savoyens hohe Wellen schlug, erging sich auch das Paderborner Kirchenblatt in Spekulationen über erneute französische Expansionsabsichten am Rhein. Sie warnte Napoleon davor, die Deutschen entlang der Konfessionsgrenzen zu spalten; dahinter schien das Kalkül zu stehen, ein solcherart geschwächtes Deutschland besser angreifen zu können.²⁵ Hier zeigte sich, daß sich auch der katholische Blickwinkel mehr und mehr vom nationalistischen Sog dieser Jahre mitreißen ließ; die akute Kriegsangst mobilisierte die Erinnerung an die Kriegskatastrophen des Napoleonischen Zeitalters und war geeignet, die konfessionellen Unterschiede zurückzustufen. Diesen Trend trugen an vorderster Front die Sängervereine mit. Der Grundtenor war, daß die nationale Einheit über alle Standes- und Konfessionsgrenzen hinweg die höchste politische Maxime zu sein habe, dies vor allem mit Blick auf die außenpolitischen Herausforderungen, die als sehr schwerwiegend empfunden wurden.

Paderborner Sänger im Kulturkampf: ein mißlungener Spagat zwischen „vaterländischem“ Empfinden und „ultramontaner“ Parteinahme

Nach der Reichsgründung hielten auch die Paderborner Sänger das Gesangsrepertoire aus der Kampfzeit der Nationalbewegung lebendig, vor allem den kampfbetonten vaterländischen Treue- und Opfergedanken. Vom nationalgeschichtlichen Wendepunkt der Befreiungskriege bis zum deutsch-französischen Krieg schien eine heilsgeschichtliche Inkubationszeit gereicht zu haben, die mit der Vollendung des nationalen Aufbauwerks durch den Hohenzollern-Kaiser endete. Der deutsche Kaiser schien die nationalen Visionen des Bürgertums wahrgemacht zu haben. Von der nationalen Einigung versprachen sich die nationalliberal denkenden Sänger durchschlagende gesellschaftliche Fortschritte. In der nationalen Einigung erblickten sie die Existenzbasis der Deutschen, und die Bewahrung dieser Existenzgrundlage deuteten sie als religiös begründete Pflicht.

Auch unter den Bedingungen des Kulturkampfes blieb nationalreligiöses Denken in der gehobenen Bürgerwelt Paderborns lebendig. Als die Paderborner Liedertafel im Frühjahr 1871 eine Fastnachtsveranstaltung in eine patriotische Feier umwidmete, obendrein mit patriotischen Liedern an der örtlichen Friedensfeier mitwirkte und schließlich 1872 im Festzug der ersten Paderborner Sedanfeier mitmarschierte, tat sie mit solchen Aktivitäten ihre ‚vaterländische‘ Gesinnung kund.²⁶ Die Beteiligung an der Sedanfeier wog um so mehr, als bereits zu diesem Zeitpunkt der Kulturkampf zwischen Staat und Kirche ausgebrochen war und dieselben nationalliberalen Kräfte, die reichsweit die Sedanfeiern ausrichteten, zugleich auch die treibende Kraft der Jesuitenverfolgung waren. Glaubenstreue Katholiken hätten sich wohl kaum bereitgefunden,

²⁵ Westfälisches Kirchenblatt vom 28.3.1860, S. 103; 23.5.1860, S. 164f.

²⁶ Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 24ff.

sich mit den erbitterten Gegnern ihrer Kirche in einem Festzug zusammenzufinden. Von der Jesuitenverfolgung ließ sich die örtliche Liedertafel ebensowenig beeindrucken wie von der rabiatischen staatlichen Verfolgung der katholischen Kirchenführer, die in den Jahren 1873–76 mehrere Höhepunkte erlebte. Selbst 1875, als der Kulturkampf seinen Gipfelpunkt erreichte, setzte die Liedertafel ein deutliches ‚vaterländisches‘ Zeichen, indem sie die Wiederaufnahme in die Vereinigten Norddeutschen Liedertafeln beantragte, nachdem sie sich 1865 aus diesem Verband zurückgezogen hatte, weil sie sich Auftritte auf Sängerfesten nicht mehr zugetraut hatte und die Festorte zu weit entfernt lagen.²⁷ Das Wiederaufnahmegesuch von 1875 zog automatisch den Beitritt zum Deutschen Sängerbund nach sich, der im Kulturkampf als Stütze des staatstragenden Nationalliberalismus zu den entschiedenen Gegnern des „ultramontanen“ Katholizismus zählte.²⁸ (Das Etikett „ultramontan“ war ein Kampfbegriff der Liberalen, mit dem sie papsttreue Katholiken als rückständig und national unzuverlässig abwerteten.) Auch eine Sängerfahrt zum Hermannsdenkmal im Jahre 1876 läßt sich als symbolischer Akt deuten: Dahinter verbarg sich das öffentliche Bekenntnis zur „deutschen“ Abwehr „romanischer“ Einflüsse, zu denen man im damaligen nationalpolitischen Diskurs auch die Römische Kirche zählte.²⁹ Auch zu dieser Zeit bestand die Paderborner Liedertafel größtenteils aus Katholiken. Bezeichnend ist, daß die Paderborner Männerchorsänger auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes die Wiedereingliederung in das reichsweite „vaterländische“ Verbandswesen der Männergesangsvereine betrieben und dafür auch den Aufwand des Probesingens auf dem Sängerfest der Norddeutschen Liedertafeln auf sich nahmen, statt sich an ihrem Wohnort für die bedrängte Bischofskirche zu engagieren.

Als 1876 katholische Mitglieder aus der Liedertafel austraten und den Konkurrenzverein „Sängerbund“ gründeten, taten sie dies nur widerwillig und nur auf äußeren Druck hin.³⁰ Bis zum Sommer 1876 hatten sie über den Gegensatz zwischen dem nationalreligiösen Geist ihres Vereins und dem papsttreuen Selbstverständnis ihrer bedrängten Kirchenführer lieber hinweggeschaut; jedenfalls hatten sie keinerlei Veranlassung gesehen, aus der Liedertafel auszutreten und im Konflikt zwischen Nationalstaat und supranationaler Kirche für die Kirche Partei zu ergreifen. Erst als es 1876 vereinsintern zu einer antipäpstlichen Provokation kam und die örtliche katholische Presse diesen Vorfall hochspielte, kehrten die kirchentreueren Vereinsmitglieder ihrem Verein widerwillig den Rücken. Der Vorfall hatte darin bestanden, daß ein ehemaliges protestantisches Mitglied der Liedertafel anlässlich eines Besuchs in Paderborn im Kreise seiner ehemaligen Sangesbrüder die Meinung geäußert hatte, daß er die Paderborner

²⁷ Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4), S. 21f.

²⁸ Hundert Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 21.

²⁹ Ebd., S. 34.

³⁰ Margit Naarmann, Die Bischofsstadt Paderborn im Kulturkampf 1871–1882, Paderborn 1992, S. 56ff.; Klenke (wie Anm. 1), S. 153ff.

Katholiken für so aufgeklärt halte, daß man mit ihnen sogar ein „Pereat“ auf den Papst ausrufen könne.³¹ Auf diese launige Bemerkung hin hatte sich zunächst keinerlei Protest geregt; erst als das „Pereat“ infolge einer Indiskretion dem katholisch orientierten „Westfälischen Volksblatt“ zu Gehör kam, glaubten nolens volens einige Mitglieder ihrem Verein den Rücken kehren zu müssen. Gleichwohl blieb in der Liedertafel eine beachtliche Anzahl von Katholiken zurück, die größtenteils zur alteingesessenen Paderborner Honoratiorenschicht zählten.³² Bei dem Provokateur und ehemaligen Mitglied handelte es sich um den protestantisch und nationalliberal gesinnten Richter Kolkmann, von dem die Vereinsbrüder seit langem gewußt haben dürften, daß er gegenüber der katholischen Kirche vor Ort eine feindselige Haltung einnahm. Immerhin hatte Kolkmann bereits 1868 eine kritische Studie über die Diözese Paderborn veröffentlicht und vermutlich ging auch auf ihn ein 1873 im Berliner „Kladderadatsch“ veröffentlichtes Spottgedicht auf den Paderborner Kulturkampf-Bischof Konrad Martin zurück.³³ Darin wurde der Widerstand des Bischofs gegen die Kulturkampfgesetze und dessen persönliche Opferbereitschaft als unehrlicher religiöser Bekennermut verspottet, hinter dem sich die niederen Motive der Geltungssucht und Habgier zu verbergen schienen. Indem die Liedertafler selbst auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes ihrem ehemaligen Vereinsbruder Kolkmann respektvoll bis freundschaftlich begegneten, machten sie deutlich, daß sie sich aus dem unseligen Konflikt zwischen Kirche und Staat lieber heraushalten und am liebsten beides, Katholizismus und nationale Gesinnung, versöhnt sehen wollten. Einerseits wollten sie ihrer christlichen Religiosität keineswegs abschwören, andererseits aber fühlten sie sich geschmeichelt, als ihnen ihr ehemaliger Vereinsbruder Kolkmann mehr Nationalgeist und Liberalität bescheinigte, als das durch den Kulturkampf klischeehaft verfestigte Bild vom „schwarzen“ Paderborn erwarten ließ. Zur Verbreitung dieses Klischeebildes trugen vor allem die nationalliberalen Medien bei, die sich als Speerspitze des Kulturkampfes begriffen.

Bemerkenswerterweise erklang auch im neuen Gesangverein „Sängerbund“, den 1876 die stärker kirchengebundenen Katholiken gründeten, keinerlei Liedgut, das den katholischen Abwehrstandpunkt offensiv zum Ausdruck gebracht hätte, auch nicht unmittelbar nach der Abspaltung. Auch sonst war an keiner Stelle von einer spezifisch

³¹ Protokoll der Generalversammlung der Paderborner Liedertafel vom 24.7.1876, in: StA Paderborn, V 19/4. [Pereat (lat.) = Er möge zugrunde gehen.]

³² Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel mit Ein- und Austrittsdatum, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel (wie Anm. 4); Bestand: Einwohnerkarteien der Stadt Paderborn, in: StadtA Paderborn. Für mindestens zehn der zurückbleibenden Liedertafel-Mitglieder ist die katholische Konfessionszugehörigkeit zweifelsfrei nachzuweisen; sie gehörten mehrheitlich der gehobenen Bürgerschicht an, in der die nationalliberale Orientierung auch während des Kulturkampfes nicht verloren ging.

³³ Naarmann (wie Anm. 30), S. 32; Hannelore Noack, Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten; antisemitische Aufwiegelung durch Verteufelung der Juden, Paderborn 2001, S. 129f.

katholischen Sicht die Rede. Mit anderen Worten: Es fehlte eine klare Parteinahme für die bedrängte Kirche vor Ort. Wenige Monate nach der Neugründung erklang in einem Konzert des „Sängerbundes“ in bewährter vaterländischer Tradition „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda.³⁴ Dort verspürte die „Brust“ ein „heilig Drängen“, wenn es galt, für das „deutsche“ Vaterland einzutreten. Opfergeist im religiösen Sinne verband sich dort allein mit dem Vaterland, und das Lied ließ keinen Zweifel daran, daß es als religiöses Gebet zu begreifen war, das „auf Andachtsschwingen“ den vaterländischen, nicht aber den katholischen Geist Gott nahebringen wollte.³⁵ Diese nationalreligiöse Botschaft läßt sich als indirekte, dennoch aber klare Parteinahme für den religionspolitischen Primat des Nationalstaates im Machtkampf mit dem supranationalen Heilsanspruch der Papstkirche deuten. Unübersehbar griff der „Sängerbund“ 1883 auch den Gedanken einer vaterländischen Heilsgeschichte wieder auf, als er ein damals deutschlandweit beliebtes Chorwerk mit dem Titel „Barbarossa“ aufführte.³⁶ Der Text griff die Kyffhäuser-Sage auf. Friedrich Barbarossa personifizierte dort den heilsgeschichtlichen Glauben an den deutschen Wiederaufstieg. Ungeduldig im Kyffhäusergebirge wartend, blickte Kaiser Barbarossa der Wiedergeburt des Deutschen Reiches entgegen und forderte von seinen Nachfahren, nach außen machtbewußt aufzutreten.

Die vergleichsweise gute Quellenlage zu den Paderborner Vereinsverhältnissen zeigt eindrücklich, daß sich selbst die kirchennahen Katholiken unter den Paderborner Sängern aus der Konfrontation zwischen Klerus und Staat heraushielten und daß diese Kreise ihre angestammte Kirche vor dem beeindruckenden Hintergrund des nationalen Aufstiegs nur zu gern in ihr nationalreligiöses Weltbild integriert gesehen hätten, gleichsam als eine Art Nationalkirche. Als der Kulturkampf abflaute, kehrten sie ihre nationalreligiösen Denktraditionen um so freudiger heraus, d. h. die Neigung, das Deutsche Kaiserreich heilsgeschichtlich als Zielpunkt des göttlichen Weltenplans zu überhöhen. Auch wenn sie katholisch blieben, so tat sich doch eine wachsende Kluft auf: auf der einen Seite die überkommene religiöse Ritualwelt und der transnationale Heilsanspruch des Papsttums, und auf der anderen Seite die fortschreitende nationalreligiöse Integration in das kleindeutsche Kaiserreich. Im Lichte dieses Zwiespaltes wur-

³⁴ Abend-Unterhaltung des Paderborner Sängerbundes vom 29.11.1876, in: StadtA Paderborn, V 19/17.

³⁵ Partitur von „Das deutsche Lied“, komp. von Johann Wenzel Kalliwoda, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 10ff.

³⁶ Stiftungsfest des Sängerbundes (Paderborn) vom 16.10.1883, in: StadtA Paderborn, V 19/17. Vgl. auch: Männerchor „Barbarossa“, nach einem Gedicht von E. Geibel, komp. von F. Jakobs, Textabdruck, in: Festbuch: 1. Westfälisches Provinzial-Sängerbundesfest in Dortmund, 3. und 4. Juli 1910, S. 14, 21.

de die katholische Ritualpraxis zu einer leeren Hülse, in der der transnationale Kern des Glaubensverständnisses mehr und mehr verblaßte.³⁷

Unbefriedigend ist die Überlieferung zu den zwei um 1870 gegründeten Gesangsvereinen. Wie sich die beiden, der MGV „Eintracht“ und der MGV „Gutenberg“, während des Kulturkampfs verhalten haben, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Erst für die Wilhelminische Ära wird die Überlieferung dichter. In dieser Zeit ähnelten auch diese Vereine den älteren Sängervereinen sehr stark. Auch ihr Gesangsrepertoire zeigte im Hinblick auf politisch-weltanschauliche Botschaften einen ähnlich vaterländischen Einschlag wie das der „Liedertafel“ und des „Sängerbundes“. Vor dem I. Weltkrieg gehörten „Eintracht“ und „Gutenberg“ dem „Ostwestfälischen Sängerbund“ an; das war ein Sängerverband mit Sitz in Soest, der sich überkonfessionell als „deutscher“ Verband verstand.³⁸

Sehr gut läßt sich das Wirken des MGV „Liederkrantz“ rekonstruieren;³⁹ er ging 1893 aus einer Gruppe ehemaliger Kirchenchorsänger hervor, verlor aber sehr rasch sein konfessionelles Profil. Bereits auf dem Stiftungsfest von 1895 nahmen die damals reichsweit populären „Altniederländischen Volkslieder“ großen Raum ein;⁴⁰ besungen wurde dort der vaterländische Opfer- und Kriegergeist der protestantischen Niederlande, die sich im 16. Jahrhundert von der spanischen Herrschaft losgesagt hatten. Die Gründungsgeschichte der Niederlande hatte sich vor 1870 für die deutsche Nationalbewegung als attraktiv erwiesen, weil sie sich als nationales Vorbild propagandistisch gut verwerten ließ. Aus der gesanglichen Würdigung dieser historischen Geschehnisse sprach eine deutlich nationalreligiöse Weltsicht, die sich mit einem spezifisch katholischen Traditionsbewußtsein kaum vertrug. Alles in allem waren die Bekenntnisanteile im Auftrittsrepertoire des „Liederkranzes“ geradezu typisch für die nationalreligiöse Männerchorliteratur im Deutschen Reich. Zum Beispiel brachte das Stiftungsfest von 1911 den Teilnehmern die „heilige Erde“ des „deutschen Vaterlandes“ nahe, die mit „Heldenblut getauft“ sein sollte.⁴¹ Hier klang unübersehbar der Opfer- und Märtyrermithos des deutschen Nationalgedankens an. Bezeichnend ist, daß selbst ein Auftritt des Liederkranzes für den „Volksverein für das katholische Deutschland“ das übliche

³⁷ Diese Vermutung bestätigt auch die Studie von Barbara Stambolis, *Religiöse Festkultur. Tradition und Neuformierung katholischer Frömmigkeit im 19. und 20. Jahrhundert: Das Liborifest in Paderborn und Kilianifest in Würzburg im Vergleich*, Paderborn 2001.

³⁸ Vgl. *Ostwestfälischer Sängerbund. Sitz Soest, Festbuch zum 2. Sängerbundesfest, 11.6.1911 in Paderborn; Protokollbuch des Männergesangsvereins (=MGV) Eintracht*, in: *StadtA Paderborn*, V 20/1.

³⁹ Vgl. die Zusammenstellung von Konzertprogrammen und Auftrittsveranstaltungen ab 1894, in: *StadtA Paderborn*, V 20/66.

⁴⁰ Programm des 2. Stiftungsfestes des MGV Liederkrantz vom 17.10.1895, in: *StadtA Paderborn*, V 20/66.

⁴¹ *Gesang „Deutsche Burschen am Rhein“*, komp. von E. H. H. Böhme, abgedruckt im Programm des Stiftungsfestes des Paderborner Liederkranzes vom 5.11.1911, in: *StadtA Paderborn*, V 20/66.

vaterländische Repertoire enthielt und jeden spezifisch katholischen Bezug vermissen ließ.⁴²

Sänger und wilhelminischer Reichsnationalismus

Als nach Bismarcks Entlassung die glücklose Außenpolitik des Reiches mehr und mehr einen Eindruck von Stillstand vermittelte, mobilisierten auch die Paderborner Sänger sehnsüchtig die Erinnerung an die Zeiten des vaterländischen Aufbruchs, in denen die Deutschen kriegerische Tatkraft bewiesen hatten. Auch die Sänger nahmen die Mißerfolge bei der überseeischen Expansion zum Anlaß, sich an einem dramatisierenden nationalen Selbstbehauptungsdiskurs zu beteiligen und machtvolles Auftreten im imperialen Wettstreit zu einer nationalen Existenzfrage hochzuspielen. Diese Neigung machte auch vor dem katholisch geprägten Paderborner „Sängerbund“ nicht Halt. Auch er fühlte sich vom schriller werdenden Selbstbehauptungsdiskurs und von der auftrumpfenden machtpolitischen Rhetorik der Wilhelminischen Ära angesprochen. Symptomatisch dafür war die Aufführung des „Siegesgesangs der Deutschen nach der Hermannschlacht“ im Jahre 1894. Dieses Chorwerk endete mit der gebetsartigen Bitte: „Heil dem Helden Armin, auf den Schild hebt ihn! Zeigt ihn den unsterblichen Ahnen! Solche Führer wie er, gib uns, Wodan mehr, und die Welt gehört den Germanen.“⁴³ Solche Gesänge, die die Erinnerung an die sogenannte „Hermannschlacht“ lebendig hielten und germanische Götterwelten beschworen, enthielten die versteckte Botschaft, daß den Deutschen im Wettstreit der Kolonialmächte der erste Platz zustehe. Als die Reichsregierung imperialistische Visionen dieser Art in den Marokkokrisen von 1905 und 1911 aufs Ärgste enttäuschte, erwachsen daraus Aggressionen und Einkreisungsängste, die um so mehr nach dem Tatkraft-Heroismus früherer Kriegsepochen rufen ließen. Diese Art der vaterländischen Mobilisierung erlebte in Paderborn anlässlich des ostwestfälischen Sängerfestes von 1911 einen Höhepunkt. Die Sänger stimmte bereits die Begrüßungsfeier auf die gereizte außenpolitische Stimmungslage ein. Von Germania war die Rede, die am Rhein stehend „frisch“ ihr „Schwert“ ziehen sollte, um sich gegen die Franzosen zu verteidigen, denen hier die Rolle des Aggressors zugeschrieben wurde.⁴⁴ Das Konzertprogramm nahm darauf Bezug, indem es mit Gesängen aus den Befreiungskriegen das vaterländische Kämpfer- und Heldenpathos dieser Epoche mobilisierte.⁴⁵ Die aufgeregte Stimmungslage nach 1900 ließ die deutsche Kriegsgeschichte wieder so lebendig werden, daß sich der 1914 ausbrechende Weltkrieg nahtlos

⁴² Programm eines Familien- und Volksbildungsabends des Volksvereins für das katholische Deutschland vom 20.11.1912, in: StadtA Paderborn, V 20/66.

⁴³ Siegesgesang der Deutschen nach der Hermannschlacht, vierstimmiger Männerchor nach einem Gedicht von Felix Dahn, komp. von Franz Abt, Leipzig o. J.; Bericht über das Stiftungsfest des Paderborner Sängerbundes vom 24.10.1894, in: StadtA Paderborn, V 19/8.

⁴⁴ Festbuch zum 2. Sängerbundesfest, am So., den 11. Juni 1911 auf dem Schützenhofe zu Paderborn, hg. vom Ostwestfälischer Sängerbund. Sitz Soest, Broschüre.

⁴⁵ Ebd.

in die Kontinuität der deutschen Geschichte einreichte. Ein weiteres Mal bewährte sich der Gesang als Träger heilsgeschichtlicher Botschaften, der die transnationale katholische Perspektive weiter zurückdrängte.

Am Vorabend des Weltkrieges war in den Entäußerungen der Paderborner Sängervereine von einer spezifisch katholischen Gottesvorstellung nichts mehr zu vernehmen. 1912 besang selbst der „Sängerbund“ ausdrücklich den „deutschen Gott“.⁴⁶ Insofern wird man auch für die Wilhelminische Epoche die These von der katholischen Resistenz gegenüber nationalreligiöser Staatsvergötzung mit einem dicken Fragezeichen versehen müssen. Das trifft auch auf die Paderborner Männergesangvereine zu. Offenbar war der Prozeß der nationalreligiösen Umformung seit den Tagen der Nationalbewegung so weit fortgeschritten, daß es auch unter den Bedingungen des Kulturkampfes zu keiner durchgreifenden Rekatholisierung des Bewußtseins mehr kommen konnte.

Der Anti-Versailles-Revisionismus als oberster Bezugspunkt der Paderborner Sänger-Identität

Nach dem militärischen Zusammenbruch von 1918 erlebte die Rückbesinnung auf die deutsche Vergangenheit im politisch zerklüfteten Weimarer Staat eine außergewöhnliche Hochkonjunktur, auch in Paderbörn. Im Schatten der Kriegsniederlage wurde die Sehnsucht nach nationaler Einigkeit und nach einer außenpolitisch selbstbewußt auftretenden Staatsführung fast übermächtig. Gegen die mißliche, als erniedrigend empfundene Gegenwart mobilisierte man alles, was in der deutschen Geschichte Anlaß zu Stolz gab und nach heroischer Größe aussah. Die Geschichte wurde zu einer Kampf- waffe gegen Versailles und gegen die Weimarer Regierungen, die sich aus der Warte der vaterländischen Vereine gegenüber den Siegermächten allzu willfährig zeigten.

Auch die Paderborner Sänger begriffen ihren Gesang als nationales Widerstandssymbol.⁴⁷ Das „deutsche Lied“ sollte in einer „Zeit tiefster Erniedrigung“ helfen, den Siegermächten Widerstand zu leisten. Zum Beispiel zählte auf den Vereinsabenden des „Paderborner Männergesangvereins“ das Chorlied „Lützows wilde Jagd“ zu den beliebtesten Gesängen.⁴⁸ Von Carl Maria von Weber stammend, erinnerte es mit drängender Jagdhorn-Melodik an das Lützower Freikorps im Kampf gegen Napoleon. In der aktuellen Situation sollte es den Kampfgeist gegen die Versailler Nachkriegsordnung wachhalten.

⁴⁶ Vgl. „Lied für die Deutschen in Lyon“, von F. Mendelssohn Bartholdy, in: Programm des 36. Stiftungsfestes des Paderborner Sängerbundes am 25.11.1912, in: StadtA Paderborn, V 19/9.

⁴⁷ Festgedicht zu Ehren des neuen Paderborner Männergesangvereins im März 1919, in: V 19/6.

⁴⁸ Z. B. wurde „Lützows wilde Jagd“ in den Vereinsversammlung des Paderborner Männergesangvereins vom 10.4.1922 und vom 14.6.1926 gesungen, in: StadtA Paderborn, V 19/6; vgl. die Partitur, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 613f.

Gern bezogen sich die Sänger auf Gedenkanklässe, die deutsche Größe in Erinnerung riefen, etwa auf den Reichsgründungstag und auf Bismarcks Geburtstag. So sollte ein „zweiter Bismarck“ Deutschland zu neuer Größe verhelfen, immerhin derselbe Bismarck, der die katholische Kirche im Kulturkampf scharfer Verfolgung ausgesetzt hatte.⁴⁹ Bezeichnenderweise spielte letzteres im Traditionsbewußtsein der Paderborner Sängervereine keine Rolle mehr. Als 1920 die alliierte Forderung, führende Vertreter des kaiserlichen Deutschlands als „Kriegsverbrecher“ auszuliefern, die Wogen der nationalen Erregung hochgehen ließ, sprach der Liedervater des „Paderborner Männergesangsvereins“ von der „Auslieferungsschmach“ und setzte durch, daß „zum Zeichen der Trauer“ ein kurz bevorstehendes Vereinsfest ausfiel.⁵⁰ Um dem Widerstandsgest auch gesanglich Ausdruck zu verleihen, probte man in den folgenden Monaten das aus der Rheinkrise von 1840 stammende Lied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“. Symbolisch sinnfällig unterstrich der Text die Weigerung, dem Auslieferungsverlangen nachzukommen. Indem man mit diesem Lied eine Analogie zwischen der Rheinkrise von 1840 und der aktuellen Konfliktlage konstruierte, bekräftigte man die Anschauung, daß der nationale Abwehrkampf rein defensive Züge trug wie seinerzeit die Rheinliedbewegung. Damit festigte sich auch die Überzeugung, daß die deutsche Kriegspolitik im Weltkrieg nur der Verteidigung des Vaterlandes gedient habe.⁵¹ Diese Haltung hob man in den Rang eines unumstößlichen Glaubenssatzes, wonach die Deutschen sich gegen herrschsüchtige und übelwollende Nachbarn verteidigt hatten.

Auch unpolitisch anmutende Geselligkeitsanlässe standen nicht selten im Bann der nationalpolitischen Großwetterlage. So ließ 1921 der Liedervater des „Paderborner Männergesangsvereins“ unter dem Eindruck des oberschlesischen Abstimmungskampfes eine Fastnachtsfeier unterbrechen, um inmitten ausgelassener Tänzer zu einer Spendensammlung zur Unterstützung der Oberschlesier aufzurufen.⁵² Als kurz darauf das Ergebnis der Sammlung bekanntgegeben wurde, stimmte die versammelte Festgesellschaft „spontan“ das Deutschlandlied an. Während des Ruhrkampfes von 1923 wirkten sämtliche Paderborner Männergesangsvereine zusammen, um ein Benefizkonzert für die „Ruhrspende“ auszurichten.⁵³ Symbolisch bedeutsam war, daß man das Konzert mit dem altbekannten Chorwerk „Barbarossa“ ausklingen ließ; das war ein Sehnsuchtsappell, für die innere Einheit und für einen machtvollen Wiederaufstieg zu

⁴⁹ Protokoll des Vereinsabends des Paderborner Männergesangsvereins vom 26.1.1920 u. 3.4.1922, in: StadtA Paderborn, V 19/6; Festschrift 100 Jahre Paderborner Männergesangsverein (wie Anm. 12), S. 34.

⁵⁰ Protokoll der Vereinsversammlung vom 9.2./8.3./10.5.1920, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵¹ Vereinsabend des Paderborner MGV vom 10.4.1922, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵² Protokoll der Vereinsversammlung des Paderborner Männergesangsvereins vom 3.2.1921, in: StadtA Paderborn, V 19/6.

⁵³ Konzert der vereinigten Männer-Gesangsvereine der Stadt Paderborn am 23.3.1923, Programmheft, in: StadtA Paderborn, V 19/9.

kämpfen. (siehe Abb. 4) Widerstand gegen Versailles erschien hier als vaterländische Pflicht ganz im Sinne überkommener nationalreligiöser Verstellungen. Wiederholt beschworen die Chorwerke der Sänger das Vermächtnis derjenigen, die für die Nation im Weltkrieg ihr Leben geopfert hatten.⁵⁴ Dieser Opfergang hatte als Vorbild zu gelten, auch im Hinblick darauf, daß gegebenenfalls ein Krieg zur Liquidierung der Versailler Ordnung zu führen war. Bei den Sängern verformte in diesen Jahren die nationale Perspektive den transnationalen Anspruch des Katholizismus bis zur Unkenntlichkeit.

Naive Unterordnung der Paderborner Sänger unter das Gleichschaltungsdiktat des nationalsozialistischen Staates

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wurde der Ruf nach sozialem Frieden und nach einer erlösenden Führungsgestalt übermächtig. Obwohl die Paderborner Sänger eher nationalkonservativ als nationalsozialistisch dachten, stellten sie sich 1933 recht schnell auf die neuen Machtverhältnisse ein. Ihr nationalreligiöser Traditionalismus vermochte die Phase der Machtergreifung zu überdauern. Dies war nicht weiter verwunderlich, weil es im Hinblick auf vaterländisches Traditionsgut weitgehend Übereinstimmung zwischen den Sängern und den neuen Machthabern gab. Erinnerungswürdig blieben wie eh und je die heroischen Stationen der nationalen Heilsgeschichte. Zum Beispiel wurde im Juni 1933 auf einem Paderborner Sängerfest Germaniens Sieg in der vielbesungenen Hermannsschlacht gefeiert.⁵⁵ Auch Leo Schlageter, der Märtyrer des Ruhrkampfes von 1923, blieb als Titelheld eines Männerchorwerks im Repertoire der Paderborner Sänger präsent. Er galt als „Heiliger“, der sich im Kampf für die nationale Erlösung aufgeopfert hatte.⁵⁶

Ohne Mühe wußten die Nationalsozialisten ihre fanatischen außenpolitischen Expansionsziele hinter der Klangkulisse einer tiefverwurzelten vaterländischen Gesangstradition zu verbergen. Die große Mehrheit der gleichgeschalteten Paderborner Sänger bemerkte nicht, daß sie mit der Beschwörung des vaterländischen Opfergeistes für das Ziel eines sozialdarwinistisch und rassistisch motivierten Eroberungs- und Ausrottungskrieges instrumentalisiert wurden. Die scheinbar vertraute Rückbesinnung auf die heroische Nationalgeschichte wurde zu einer defensiv wirkenden Fassade, hinter der die Nationalsozialisten ihre weitergehenden Ziele unbemerkt weiterverfolgen konnten.

Auch Jahre nach der Gleichschaltung boten die Sängervereine noch ein eher traditionalistisches Bild. Aber es gab charakteristische Abweichungen: Zum einen nahmen

⁵⁴ Männerchor „Volk“, dargeboten auf der Paderborner Verfassungsfeier am 11.8.1932, in: StadtA Paderborn, V 20/14.

⁵⁵ Festkonzert anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Liederkranzes Paderborn im Juni 1933, Programmübersicht, in: StadtA Paderborn, V 20/23.

⁵⁶ Gemeint ist das Männerchorwerk „Schlageter“, komp. von Bernhard Gewaltig, in: Geschäftsbericht des Liederkranzes Paderborn vom 20.9.1933–21.1.1934, in: StadtA Paderborn, V 20/4

Konzert

der vereinigten Männer-Gesangvereine der Stadt Paderborn
unter Mitwirkung der Kapellen des Reiter-Regiments 15
und des 1. Bataillons Infanterie-Regiments 18
am Freitag den 23. März 1923 abends 8 Uhr
in der Volkshalle
zugunsten der Ruhespende.



Program m.

1. Ouvertüre zur Oper „Freischütz“ C. M. v. Weber
Leitung: Herr Musikmeister Gerlach
2. Von Freiheit und Vaterland E. M. Rindt
M.G.V. „Eintracht“ — Herr Musiklehrer Dirks
3. Sturm Meitmann
M.G.V. „Frohinn“ — Herr Obermusikmeister a. D. Richter
4. Normanns Sang Friedr. Küchen
M.G.V. „Gutenberg“ — Herr Seminarlehrer Kruse
5. Zwei Sätze aus der Symphonie Nr. 11 Haydn
a) Allegretto
b) Menuetto
Leitung: Herr Musikmeister Gerlach
6. Ewig liebe Heimat Simon Brey
Sänger-Vereinigung „Jahn“ — Herr Gymnasiallehrer Steege
7. Rudolf von Werdenberg Fr. Hegau
M.G.V. „Liederkranz“ — Herr Musikdirektor Gewaltig
8. Sturmbeschwörung Joh. Düvener
„Paderborner M.G.V.“ — Herr Gymnasial-Musiklehrer Viehsnes
9. Barbarossa. Chor mit Orchester F. Jacobs
Leitung: Herr Gymnasiallehrer Steege.

Der Reinertrag auch der dieser Programme ist zugunsten der Ruhespende
bestimmt.

Gesänge, die soldatische Opferbereitschaft für das deutsche Vaterland besangen, umfangmäßig stark zu, und zum zweiten wurde der „Führer“ in einigen Gesängen als Verkörperung des „deutschen Glaubens“ gepriesen.⁵⁷ Aber nur sehr vage wurde die Gefolgschaftstreue gegenüber dem „Führer“ umschrieben. Jedenfalls wurde er in Paderborn nicht ausdrücklich als Werkzeug Gottes gepriesen, wie dies andernorts geschah.

Nur sehr gebrochen schlug nach der Gleichschaltung die antisemitische Stoßrichtung durch. Diesbezüglich hatte sich vor 1933 das nationalreligiöse Geschichtsbild der Paderborner Sänger konsequent über kirchlich-konfessionelle oder rassistische Gesichtspunkte hinweggesetzt. Auch nach 1918 hatten sie eine Repertoire-Tradition fortgeführt, die weiterhin Felix Mendelssohn Bartholdy als deutschen Männerchorkomponisten hoch einstuft. Man dachte kulturel-nationalistisch im Sinne einer deutschen Sprachgemeinschaft, nicht im Sinne einer rassistisch-völkischen Gemeinschaft. Zu wenig waren die Paderborner Sänger an der konfessionellen Herkunft ihres geliebten Mendelssohn Bartholdy interessiert; ans Herz gewachsen war ihnen der Tonmeister des „deutschen Gemüts“, was sie u. a. durch das häufige Erklingen seiner berühmten Waldhymne bekundeten.⁵⁸ Dort offenbarte Gott ein inniges Verhältnis zum „deutschen Wald“ als Symbol der deutschen Identität. Der Traditionalismus der Paderborner Sänger hatte in der NS-Zeit einen ausgeprägt kulturel-nationalistischen Einschlag; Elemente eines katholischen Konservatismus zeigten sich in diesen Jahren genauso wenig wie schon zu Zeiten der Weimarer Republik.

Nach 1945:

Bundesrepublikanische Modernisierung statt Rekonfessionalisierung

Nach 1945 gaben sich die Paderborner Sängervereine zunächst noch betont vaterländisch.⁵⁹ Aber ihre nationaldeutsche Gesinnung rückte nicht mehr die heroisch-kriegerischen Seiten der Nationalgeschichte und den Wunsch nach glanzvoller Machtstaatlichkeit in den Vordergrund, sondern das Totengedenken, den Wunsch nach Wiederaufbau und staatlicher Souveränität und die Wiedervereinigung. Erst nach 1960 traten die „vaterländischen“ Traditionsüberhänge endgültig den Rückzug an. Die treibende Kraft war hier der Generationenwechsel.

Eine große Rolle spielte bis in die sechziger Jahre das Gefallenengedenken. Im Vordergrund stand dabei eine nationaldeutsche Opferperspektive. Die Täter-Opfer-

⁵⁷ Musikalische Feierstunde am 7.11.1937 zum 40jährigen Chormeister-Jubiläum des Herrn Bernhard Gewaltig und 45. Gründungsfest des MGV „Liederkranz“ in Paderborn: Gesang „Für Deutschland“ und „Fackelträger“, komp. von Hermann Grabner, in: StadtA Paderborn, V 20/24.

⁵⁸ Z. B. wurde Mendelssohns „Wer hat dich, du schöner Wald“ auf den Vereinsabenden des Paderborner Männergesangsvereins am 2.6.1919 und am 2.7.1823 gesungen, in: StadtA Paderborn, V 19/6; vgl. die Partitur, in: Volksliederbuch für Männerchor (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 414ff.

⁵⁹ Vgl. für die folgenden Ausführungen: Klenke, Westfälische Männergesangsvereine (Anm. 3), S. 141ff.

Doppelrolle der Kriegsgefallenen schrumpfte dabei in nationalistischer Blickverengung auf die Opferrolle. Das Empfinden, auch als Deutscher unter der NS-Diktatur stark gelitten zu haben, bekräftigte die Opferrolle und erschwerte einen selbstdistanzierten Blick auf die NS-Zeit.

Von fundamentaler Bedeutung war, daß sich das Bedürfnis, der nationalen Katastrophe einen Sinn abzugewinnen, nach und nach von den überkommenen geschichtsphilosophischen Modellen einer nationalen Heilsgeschichte verabschiedete. Kaum mehr waren nach 1945 Stimmen zu vernehmen, die die Deutschen als auserwählte Gemeinschaft Gottes betrachteten, die es wert gewesen wäre, religiös aufgeladene Opferansprüche auf sich zu ziehen. Nunmehr orientierte sich die Programmauswahl, wenn es um höhere Sinnstiftung ging, zumeist an Glaubensvorstellungen, die christlich-universeller Natur waren und dabei konfessionelle Einfärbungen vermieden. Es ging in erster Linie um das Bedürfnis, nach den schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit wieder Lebensmut und Zukunftsoptimismus zu entwickeln. Weil sich nunmehr die Friedensperspektive des bundesdeutschen Staatswesens als attraktiver Zukunftsentwurf erwies, öffnete man sich mehr und mehr der Einsicht, daß nationalreligiöse Überheblichkeit und Engstirnigkeit für die Katastrophe des Weltkrieges mitverantwortlich war und daß es zur Verständigung über die nationalen Grenzen hinweg keine sinnvolle Alternative gab.

Seit Mitte der 50er Jahre wich die ernste und beschwerte Grundstimmung der Konzertprogramme einer gewissen Lockerheit.⁶⁰ Man begann aus dem Bann der Erinnerungen herauszutreten und machte sich als verheißungsvolle Leitidee die Öffnung nach Westen zu eigen.⁶¹ In den Programmen tauchten nunmehr Streifzüge durch die Volksliedkultur der europäischen Völker auf. Die fast ausschließliche Beschränkung auf deutsches Liedgut, Kennzeichen des Männergesangs von den Anfängen bis 1945, trat allmählich zurück.

Von kirchlichem Konfessionsdenken war in den Konzertprogrammen kaum etwas zu spüren, vielmehr trennte sich der Männergesang mehr und mehr von ideologischem Pathos und religiösen Inhalten. Fröhlich und geschichtsvergessen probte man mehr und mehr deutschsprachige Schlager, Songs aus dem amerikanischen Raum und allerlei fremdländische Folklore. Es gab nunmehr einen bunten Wechsel von locker-unbeschwerten Auftritten und von traditionsbewußter deutscher Volks- und Kunstliedpflege. In den frühen siebziger Jahren erreichte der traditionsvergessene Trend einen Höhepunkt: Bearbeitungen von Tanzmusik, Schlagern und Musicals erfreuten

⁶⁰ Gut verfolgen läßt sich dies am Beispiel der vollständig erhaltenen Konzertprogramme des Paderborner Männerchores, in: StadtA Paderborn, StA PB, V 20/67.

⁶¹ Herbstkonzert des „Liederkranzes“ Paderborn unter dem Motto „Zieh mit mir durch Europa“ am 5.11.1955, in: StadtA Paderborn, V 20/67.

sich ungekannter Beliebtheit.⁶² Englischsprachige Chorbearbeitungen, vorneweg „Glory, Glory Halleluja“ und „Swing Low“, trugen dazu bei, daß der Mythos des „deutschen Liedes“ mehr und mehr in Vergessenheit geriet.

Eine treibende Kraft des Mentalitätswandels war der schleichende Generationenwechsel. Er verdrängte die Traditionsorientierung mehr und mehr, soweit es um vaterländisch-nationale Gesinnungselemente ging. Wie erregt es zwischen den Generationen zugehen konnte, offenbarte in den späten sechziger Jahren ein Konflikt im „Paderborner Männergesangverein“ über das „Deutschlandlied“. Ein älterer Vereinsbruder nahm daran Anstoß, daß auf Basis eines neu anzuschaffenden Liederbuches nur noch die dritte Strophe als Nationalhymne gesungen werden sollte.⁶³ Als es darüber mit einigen jüngeren, juristisch gebildeten Sangesbrüdern zum Streit kam, wettete man um ein „Faß Bier“. Die Streitfrage war, ob nur die dritte Strophe dieses Liedes als bundesdeutsche Nationalhymne anerkannt sei oder alle drei Strophen. Als daraufhin eine Anfrage beim Bundesinnenministerium die Klärung des Sachverhaltes nicht voranbrachte, eskalierte der Streit so weit, daß ein jüngerer Sänger der Gegenseite vorhielt, daß sie sich mit ihrem Eintreten für das gesamte Deutschlandlied „verfassungsfeindliches“ Gedankengut zu eigen mache.⁶⁴ Ein abschließendes Meinungsbild zeigte dann, daß der ältere, am vaterländischen Traditionalismus orientierte Vereinsbruder mittlerweile auf verlorenem Posten stand. Dieser kurios anmutende Konflikt beleuchtet schlaglichtartig den Generationswandel der sechziger Jahre. Auf der einen Seite stand eine jüngere Generation, die eine an westlichen Freiheits- und Wohlstandswerten orientierte Nationalidentität ausgebildet hatte. Dem stand auf der anderen Seite eine ältere Generation gegenüber, die ihre an der vaterländischen Tugendwelt orientierte Nationalidentität in die westdeutsche Markt- und Wohlstandsmoderne hinüberretten wollte. Von konfessionellem Traditionsbewußtsein war auch weiterhin keine Rede, auch wenn die Vereine sich nach wie vor mehr oder minder stark am katholischen Festkalender orientierten und Karnevals- und Nikolausfeiern veranstalteten. Aber der katholische Bezug war eher ein äußerer Rahmen, als daß er ein erkennbares politisch-weltanschauliches Fundament gespiegelt hätte.

Die Jüngeren wollten seit den 1960er Jahren im Chorgesang vor allem künstlerische Ideen umgesetzt sehen und hatten für Vaterlandspathos nur noch abschätziges bis mitleidiges Lächeln übrig. Diese Jüngeren wollten nicht riskieren, inmitten von Fahnen, Standarten und Vaterlands-Rethorik zum „Spottobjekt“ der Gleichaltrigen zu werden. Sie hielten das Traditionsgut schlicht für überlebt.⁶⁵ Konzertantes Anspruchs-

⁶² Herbst-Libori 1973, Konzert aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der „Chorgemeinschaft Paderborn“ am 27. Oktober 1973, in: StadtA Paderborn, V 20/67.

⁶³ Bericht über das Aktivitasessen vom 16.10.1967, in: StadtA Paderborn, V 19/23.

⁶⁴ Vereinsversammlung vom 15.1.1968, in: StadtA Paderborn, V 19/23.

⁶⁵ Walter Weidmann, Aktuelle Probleme des Chorgesangs, in: Jahrbuch des Deutschen Sängerbundes, 1971, S. 32.

niveau begann ihre Erwartungen an den Chorgesang zu beherrschen, dies in deutlicher Anlehnung an das Leistungsdenken des Wirtschaftslebens. In Sängerfesten erblickten sie eher eine öffentlichkeitswirksame „Leistungsschau“ als eine Pflegestätte männerbündischer und traditionsorientierter Geselligkeit.⁶⁶ Der sich modern gebende Bundesbürger sah aus der Warte seiner sachbezogen kalkulierenden Berufsorientierung in der Gesangkunst mehr den allgemeinen Bildungsgedanken verwirklicht als spezifische Vereins- und Kirchentraditionen. Übermächtig wurde um 1970 das Bedürfnis, zur westlichen Moderne aufzuschließen und aus dem Sängertum eine Stätte der internationalen Begegnung und der musikalischen Leistungsschau zu machen. Seither verschwanden die vaterländischen Symboliken und Chorwerke aus dem Vereinsleben, und wo sie präsent blieben, nahmen sie musealen Charakter an. An die Stelle des überkommenen Nationalismus trat sentimentale Heimatpflege, aber kein wiederaufgefrischtes „schwarzes“ Konfessionsdenken.

⁶⁶ Willi Nöther, Ist ein DSB-Fest noch zeitgemäß und notwendig, in: Lied und Chor, Nr. 1, 1970, S. 2f.

Die Heiratspolitik der hasdingischen Herrscher-Dynastie. Ein Beitrag zur Geschichte des nordafrikanischen Vandalenreiches

von Guido M. Berndt

„Wer sich mit der Völkerwanderung auseinandersetzt, läßt sich auf ein faszinierendes Thema ein, das sich aber bei näherer Betrachtung aufzulösen droht. Sind „Völker“ überhaupt „gewandert“? Gerade die dramatischen Vorstellungen und Erzählungen von Wanderung und Landnahme der Goten, Vandalen, Hunnen oder Langobarden machen es schwer, sich dem Gegenstand zu nähern. Manches, was ins populäre Geschichtsbewußtsein eingedrungen ist, geht eher auf Wunschbilder und Projektionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zurück.“ So schreibt Walter Pohl im Vorwort zu seinem jüngsten Überblickswerk zur Völkerwanderungszeit mit dem bezeichnenden Untertitel „Eroberung und Integration“¹. Tatsächlich hat sich das Geschichtsbild dieser Epoche in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Identifikationsbemühungen mit der Vergangenheit und die Suche nach den eigenen Wurzeln hat bis in die jüngste Zeit mit zahlreichen großen Ausstellungen und Veröffentlichungen, die sich als Ergebnisse der teilweise interdisziplinären Forschungen verstehen, einen Ausdruck gefunden. Im Fall der Vandalen lassen sich allerdings zwei Hauptaspekte anführen, aufgrund derer eine solche Identifikation heutzutage nicht angestrebt wird oder werden kann: dies ist zum einen der negative Beigeschmack des Begriffes Vandalismus seit dem Ende des 18. Jahrhunderts², und zum anderen die fehlenden

fehlenden Anhaltspunkte, eine Kontinuität des Vandalenreiches – schließlich handelt es sich aus europäischer Sicht um ein externes Reich – bis in unsere Tage zu konstruieren. Und auch die Geschichtswissenschaft vermochte nicht immer dazu beizutragen, die Vandalen in ein objektiveres Licht zu rücken.

Das nordafrikanische Regnum Vandalicum ging unter, nachdem der byzantinische Feldherr Belisar im Jahr 533/34 n. Chr. König Gelimer und seine Truppen in mehreren Schlachten vernichtend geschlagen hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt liefert die Geschichte der Vandalen ein wechselvolles Bild³. Nach Ausweis kaiserzeitlicher Autoren lagen ihre Siedlungsplätze wahrscheinlich an den Flüssen Oder und Weichsel im Osten der Germania, später auch in Pannonien. Dann folgte, was gemeinhin als Völkerwanderungszeit bezeichnet wird⁴,

monuments détruits de l'art française, Paris 1994, S. 9–13.

³ Aus der Menge an Veröffentlichungen zur Ereignisgeschichte siehe beispielsweise MANNERT, Conrad, Geschichte der Vandalen, Leipzig 1785; PAPENCORDT, Felix, Geschichte der vandalischen Herrschaft in Afrika, Berlin 1837; SCHMIDT, Ludwig, Geschichte der Vandalen, München 1970; COURTOIS, Christian, Les Vandales et l'Afrique, Paris 1955 (ND Aalen 1964); DIESNER, Hans-Joachim, Das Vandalenreich. Aufstieg und Untergang, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.

⁴ JARNUT, Jörg, Aspekte frühmittelalterlicher Ethnogenese in historischer Sicht, in: Herrschaft und Ethnogenese im Frühmittelalter. Gesammelte Aufsätze von Jörg Jarnut, hg. v. Matthias BECHER, Münster 2002, S. 19–27, hier S. 19 [zuerst: URELAND, Per Sture (Hg.), Entstehung von Sprachen und Völkern. Glotto- und ethnogenetische Aspekte europäi-

¹ POHL, Walter, Die Völkerwanderung. Eroberung und Integration, Stuttgart/Berlin/Köln 2002, hier S. 7.

² Vgl. dazu u. a. DEMANDT, Alexander, Vandalismus. Gewalt gegen Kultur, Berlin 1997; REAU, Louis, Histoire du Vandalisme. Les

eine Epoche, die von Umwälzungen in ganz Europa geprägt war und deren Anfang als „Hunnensturm und Germanenflut“ beschrieben worden ist⁵. Die Vandalen, die sich in Bewegung setzten, bildeten Koalitionen aus gentilen Einheiten unterschiedlicher Herkunft und Zugehörigkeit. Um so erstaunlicher erscheint es, daß sich dieser Zug auf dem tausende Kilometer langen Weg nicht gänzlich auflöste, sondern daß vandalische Gruppen – unter Führung ihres bedeutendsten Königs Geiserich (428–477) – die Meerenge von Gibraltar überschritten, bis in das heutige Tunesien vordrangen und dort dem westlichen Imperium Romanum riesige Gebiete abtrotzen konnten. Ein derartiges Unternehmen war nur durch flexible Anpassungen und schnelle Reaktionen auf die jeweils herrschenden Ausgangssituationen möglich.

Gerade die römischen Provinzen in Nordafrika lassen sich durch ihre geographische Größe und den damit verbundenen wirtschaftlichen Reichtum, der vor allem aus der Landwirtschaft resultierte, als bedeutender Bestandteil des Imperium Romanum charakterisieren. Die Folgen des Verlustes auch nur einer einzelnen afrikanischen Provinz mußten demnach empfindliche Konsequenzen für Rom und das Imperium nach sich ziehen. Die mannigfaltigen Krisen, die das Römische Reich seit dem 3., aber noch stärker im 4. und 5. nachchristlichen Jahrhundert erschütterten, führten auch zu einer fortschreitenden Lähmung der Abwehrmaßnahmen gegen eindringende Barbaren, so daß die Vandalen relativ ungehindert in diese Hauptpro-

vinzen der römischen Herrschaft eindringen konnten.

Die Invasion der Vandalen gipfelte schließlich in der Einnahme der Stadt Karthago im Jahr 439 und den Vertragsschlüssen des Jahres 442 mit dem weströmischen Kaiser Valentinian III. und 474 mit dem oströmischen Kaiser Zeno, wodurch der Legitimationsanspruch des auf Reichsboden gegründeten Regnum Vandalicum, der bis zu diesem Zeitpunkt lediglich de facto bestanden hatte, nun auch de jure anerkannt wurde.

Doch zeigt der Prozeß der Reichsbildung in Nordafrika, daß die eindringenden Vandalen diese erste Konfrontationsphase des Krieges und der Eroberungen relativ rasch hinter sich ließen, um dann einen der römischen Art und Weise nahekommenden Lebensstil anzunehmen.

Im Mittelpunkt meines Dissertationsprojektes – aus dessen Umfeld diese Ausführungen stammen – stehen die Vorgänge von Migration und Ethnogenese, die von der konfrontativen Begegnung zwischen Germanen und Römern zu einer mehr oder weniger friedlichen Integration der Vandalen in die sich wandelnde römische Welt führten. Denn im Zuge der Konsolidierung ihres Reiches nahmen die Vandalen zahlreiche Sitten und Gebräuche der provinziäl-römischen Bevölkerung an, obwohl sie doch als nahezu unumstrittene Machthaber ihre eigenen Lebensweisen hätten weiterführen können. Es soll gezeigt werden, daß die Akkulturations- bzw. Assimilationsprozesse mit fortschreitender Dauer des Vandalenreiches mindestens zu einem Austausch, wenn nicht sogar zu einer friedlichen Koexistenz von Eroberern und Eroberten führten.

Diese Untersuchung stellt die Heiratspolitik der führenden Familie (siehe Abb.) des vandalischen Königreiches in den Mittelpunkt. Dabei ist gleich zu Beginn festzuhalten, daß es für den zu untersuchenden

scher Sprachen. Akten des 6. Symposiums über Sprachkontakt in Europa (Linguistische Arbeiten 162), Tübingen 1985, S. 83–91].

⁵ KRAUTSCHICK, Stefan, Hunnensturm und Germanenflut. 375 – Der Beginn der Völkerwanderung?, in: BZ 92,1 (1999), S. 10–67.

Zeitraum (5.–6. Jahrhundert n. Chr.) nur eine geringe Anzahl an Quellen gibt⁶, die Auskunft über die Eheverhältnisse⁷ der Hasdingen geben; oder um es noch deutlicher zu formulieren: Wir kennen, abgesehen von Eudocia, der Tochter des weströmischen Kaiser Valentinian III., und Amalfrida, der Schwester des Amalers Theoderich, nicht einen einzigen Frauennamen aus der vandalischen Königsfamilie⁸. Dies gilt

⁶ Zu nennen sind hier u. a. verschiedene kleine Chroniken (Prosper Tiro, Hydatius usw.), die in der dreibändigen Sammlung der *Chronica Minora* von Theodor Mommsen herausgegeben worden sind. Ferner finden sich auch in der Gotengeschichte des Jordanis einige Passagen über die Vandalen. Verstreute Nachrichten sind außerdem beispielsweise im *Panegyricus* des Flavius Merobaudes oder bei Sidonius Apollinaris überliefert. Ausführlichere Berichte über die Geschichte der Vandalen hat Prokop in seinem „Vandalenkrieg“ aufgezeichnet, wobei zu bedenken ist, daß sich hier gerade für die Jahre vor dem Krieg – bedingt durch den zeitlichen und räumlichen Abstand des Verfassers – einige kleinere Fehler eingeschlichen haben. Vgl. dazu HODGKIN, Thomas, *Huns, Vandals and the Fall of the Roman Empire*, Oxford 1880 (ND 1996; with a new Introduction by Tim Newark), S. 209. Zu Prokops Aussagen über die nordafrikanischen Verhältnisse siehe auch CAMERON, Averil, *Procopius and the Sixth Century*, London/New York 1985, insb. Kap. 10, S. 171ff.

⁷ Über Ehe bzw. Eherecht in der germanischen Völkerwanderungszeit gibt es seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine bis heute nicht abgeschlossene Diskussion. In der älteren Forschungsliteratur, die dem Gegenstand entsprechend von der Rechtsgeschichte geprägt ist, finden sich zahlreiche Thesen und Ansätze, die vor allem durch ihre terminologische und inhaltliche Unklarheit auffallen. Generell läßt sich feststellen, daß ein neueres Überblickswerk fehlt, so daß man sich am besten an den verschiedenen einschlägigen Lexikonartikeln orientiert. Eine ausführliche Analyse dieses Themenkomplexes hätte zweifelsfrei den Rahmen dieses Beitrages gesprengt.

⁸ Vgl. KRAUTSCHICK, Stefan, *Die Familie der*

sowohl für die Frau des Heerkönigs Godegisel⁹, unter dessen Führung die vandalisch-alanische Koalition im Jahr 406 in das Imperium eindrang, als auch für dessen Konkubine, die die Mutter Geiserichs war¹⁰.

Nicht einmal der Name von Geiserichs Frau, die ihm immerhin mindestens vier Kinder schenkte, ist auf uns gekommen. Dies ist um so erstaunlicher, da gerade die Lebens- und Regierungszeit dieses Königs für frühmittelalterliche Verhältnisse außergewöhnlich lang war¹¹, und sich dement-

Könige in Spätantike und Frühmittelalter, in: CHRYSOS, Evangelos K./SCHWARCZ, Andreas (Hgg.), *Das Reich und die Barbaren* (VIÖG 29), Wien/Köln 1989, S. 109–142, hier S. 114.

⁹ Vgl. TODD, Malcolm, *Everyday Life of the Barbarians: Goths, Franks and Vandals*, London/New York 1972, S. 109. Ein Beispiel für einen weiteren vandalischen Heerkönig findet man bei Jordanis, *Romana et Getica* (MGH AA 5,1), hg. v. Theodor MOMMSEN, Berlin 1882 (ND 1961), *Getica* XXII, 113: *Nam hic [Geberich] ..., gloriam generis sui factis illustribus exaequavit. primitias regni sui mox in Vandalica gente extendere cupiens contra Visimar eorum rege qui Asdingorum stirpe, quod inter eos eminet genusque indicat bellicosissimum, Deucippo storico referente, [...].* Gleichzeitig ist diese Stelle ein Beleg für die herausgehobene Stellung der Hasdingen innerhalb der *gens* der Vandalen. Vgl. auch ARLDT, Theodor, *Germanische Völkerwellen und ihre Bedeutung in der Bevölkerungsgeschichte von Europa*, Leipzig 1917, S. 154f. Zum Begriff Heerkönigtum und der damit verbundenen Problematik vgl. auch WOLFRAM, Herwig, *Das Reich und die Germanen. Zwischen Antike und Mittelalter*, Berlin 1990, insb. S. 46ff.

¹⁰ Gai Sollii Apollinaris Sidoni, *Epistulae et Carmina* (MGH AA 8), hg. v. Christianus LUETJOHANN, Berlin 1887 (ND 1961), *carm.* II, 358ff.: *Incertum crepat ille patrem, cum serva sit illi certa parens; nunc ut regis sit filius, effert matris adulterium.*

¹¹ Wenn man mit Ludwig Schmidt 389 n. Chr. als Geburtsjahr annimmt und Geiserichs Tod in das Jahr 477 fällt, kommt man immerhin auf ein Alter von 88 Jahren. Vgl.

sprechend die meisten Nachrichten über das Vandalenreich auf seine Regierungszeit beziehen. Bei der Erforschung der Geschichte der Vandalen ist der Heiratspolitik des hasdingischen Herrscherhauses bislang keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dabei spiegeln gerade die Verbindungen, zu denen wir Angaben in den Quellen finden, einen wichtigen Aspekt der Legitimationsversuche, die die vandalischen Könige bei der Konsolidierung ihrer Macht unternahmen.

Die Stellung des von Geiserich begründeten Reiches läßt sich anhand verschiedener Aspekte verdeutlichen. Insbesondere die verschiedenen Verträge¹² – zu denen auch die Heiratsverträge gezählt werden können –, die sowohl mit West- als auch mit Ostrom geschlossen wurden, geben Auskunft über die außenpolitischen Ambitionen der Vandalen. Dabei tritt deutlich zu Tage, daß es den vandalischen Machthabern nicht nur darum ging, durch gezielte Strategien die Bedrohung ihres Reiches möglichst schon außerhalb ihrer eigenen Grenzen abzuwenden, sondern sich innerhalb der Mittelmeerwelt als unabhängige Macht zu etablieren. In diesem Zusammenhang läßt sich gerade die Heiratspolitik der Hasdingen als ein Versuch werten, ihr Ansehen und damit auch ihre Legitimität als Beherrscher der nordafrikanischen Provinzen zu vergrößern. Die außenpolitischen Maßnahmen, vor allem während der Errichtung des Regnum durch Geiserich, sollten dazu beitragen, das Vandalenreich in die komplizierten Machtkonstellationen des Imperium Romanum zu integrieren.

Mit den politischen Verhältnissen der

SCHMIDT, *Wandalen* (wie Anm. 3), S. 28.

¹² MASUR, Ingeborg, *Die Verträge der germanischen Stämme*, (masch. Diss.) Berlin 1952; AUSBÜTTEL, Frank M., *Verträge zwischen Vandalen und Römern*, in: *Romanobarbarica* 11 (1991), S. 1–20.

470er Jahre war der Höhepunkt der vandalischen Macht erreicht, der sich letztlich auch in der Person Geiserichs begründete und mit einem auf Dauer geschlossenen Frieden (474) mit Ostrom seinen vorläufigen Abschluß fand¹³, dessen Bestimmungen auch noch von Gelimer, dem letzten der Vandalenkönige, eingehalten wurden.

Im gleichen Jahr, in dem Geiserich seinem Bruder Gunderich auf den vandalischen Thron folgte, schlossen er und der Westgotenkönig Theoderid ein Heiratsbündnis ab, demzufolge Geiserichs Sohn Hunerich die Tochter des Westgoten zur Frau bekam¹⁴. Im Prinzip stellt die Verheiratung von Königskindern keinen außergewöhnlichen Sachverhalt dar¹⁵, aber dieser Fall lag anders. Über Jahrzehnte waren Vandalen und Westgoten erbitterte Feinde gewesen, die um die Vorherrschaft in den spanischen Provinzen seit 409 Krieg geführt hatten¹⁶. Daß es dennoch zu dieser familiären Verbindung kommen konnte, bedarf einer Erklärung. Geiserichs Plan, Spanien zu verlassen und mit seinen Van-

¹³ Prokop (im folgenden zitiert nach der Ausgabe von Otto VEH, München 1971), *De Bello Vandalico*, I, 7, 26:

...bis Kaiser Zenon mit ihm [Geiserich] ein Abkommen schloß und zwischen beiden ein Friedensvertrag auf unbegrenzte Zeit zustande kam. Danach sollten sich die Vandalen für alle Zukunft jeder Feindseligkeit gegen die Römer enthalten und dementsprechend auch von ihnen unbeliegt bleiben.

¹⁴ Vgl. WOLFRAM, Herwig, *Die Goten. Von den Anfängen bis zur Mitte des sechsten Jahrhunderts. Entwurf einer historischen Ethnographie*, München 1990, S. 181.

¹⁵ Vgl. KRAUTSCHICK, Stefan, *Familie der Könige* (wie Anm. 8), hier S. 114, mit einer ausführlichen Analyse der "familiären Verfilzungen" in frühmittelalterlichen Königshäusern.

¹⁶ Vgl. COURTOIS, Christian, *Rapports entre Wisigoths et Vandales*, in: *SSCI* 3 (1956), S. 499–507, hier S. 501ff.; LIEBESCHUETZ, John Hugo W. G., *Barbarians and Bishops. Army, Church, and State in the Age of Arcadius and Chrysostom*, Oxford 1990, S. 74.

dalen nach Afrika zu übersiedeln, stand bereits fest, so daß die Gebietsstreitigkeiten zwischen ihm und Theoderid, dessen Tolosanisches Reich¹⁷ gerade gegründet war, keine Rolle mehr spielten. Er könnte seinem Verhandlungspartner diese Pläne mitgeteilt haben, um so jede weitere militärische Konfrontation mit gotischen Einheiten zu verhindern, die das Unternehmen gefährdet hätte. Die Goten, die sich der vandalisch-alanischen Koalition anschlossen¹⁸, könnten demnach Begleiter der westgotischen Prinzessin gewesen sein, ähnlich der Leibwache, die Amalafida im Jahr 500 mit nach Karthago brachte, natürlich in deutlich geringerer Anzahl. Ein weiterer Vorteil, der in der Verbindung mit den Westgoten lag, war deren Auseinandersetzung mit dem ravnatischen Kaiserhaus. Denn sie zogen einen Teil der weströmischen Streitkräfte auf sich, was den Vandalen bei ihrer Reichsgründung in Afrika sehr zugute kam, und umgekehrt kompensierte die vandalische Invasion rö-

mische Truppen, die dann den Westgoten nicht mehr gefährlich werden konnten. Oder anders formuliert: die Römer hatten es nunmehr im Westen und Süden mit zwei Fronten zu tun, was ihre militärischen Erfolge – zumindest aus vandalischer Perspektive – stark einschränkte¹⁹. Dementsprechend kläglich verliefen dann auch die Bemühungen der Weströmer, die Vandalen in Afrika zu bekämpfen.

Dreizehn Jahre hatte die Ehe Hunerichs mit der namentlich unbekanntenen Westgotin Bestand, dann geriet diese – ob berechtigt oder nicht bleibt unentschieden – in Verdacht, mit der vandalischen Adelsopposition des Jahres 442 in Verbindung zu stehen²⁰. Geiserich löste die Ehe seines Sohnes auf, und brach damit auch die freundschaftlichen Beziehungen zum westgotischen Königshaus ab²¹. Ob er zu die-

¹⁷ Siehe hierzu auch die Untersuchung von RIPOLL, Gisela López, *The Arrival of the Visigoths in Hispania: Population Problems and the Process of Acculturation*, in: POHL, Walter/REIMITZ, Helmut (Hgg.), *Strategies of Distinction. The Construction of Ethnic Communities, 300–800 (The Transformation of the Roman World 2)*, Leiden/Boston/Köln 1998, S. 153–187.

¹⁸ Neben den hasdingischen Vandalen, die den Großteil der Gruppe bildeten, waren auch Reste der Silingen und Alanen, sowie Goten und verschiedene nicht genauer bestimmbare Personen an der Überfahrt nach Nordafrika beteiligt, wie es Possidius, *Vita Augustini* c. 28 berichtet: [...] *manus ingens ... Wandalorum et Alanorum commixtam secum habens Gothorum gentem aliarumque diversarum gentium personas ex Hispaniae partibus transmarinis navibus Africae influxisset et irruisset* [...]. Vgl. dazu SCHMIDT, Ludwig, *Die Ostgermanen*, München 1969, S. 465 mit Anm. 3, der die Goten, die sich dem Zug der Vandalen anschlossen als einzelne, im Krieg Versprengte deutet.

¹⁹ Eine – zugegebenermaßen etwas spekulative – Antwort auf die Frage Wolframs, nach diesem „sonderbaren Zusammenschluß“. Siehe WOLFRAM, *Goten* (wie Anm. 14), S. 180f.

²⁰ Prosper Tiro, *Epitoma Chronicon* (MGH AA 9, *Chronica Minora* Vol. 1), hg. v. Theodor MOMMSEN, Berlin 1892, chron. 1348: *In Gisericum de successu rerum etiam apud suos superbientem quidam optimates ipsius conspiraverunt. Sed molitione detecta multis ab eo supplicii excruciatique extincti sunt. Cumque idem audendum etiam ab aliis videretur, tam multis regis suspicio exitio fuit, ut hac sui cura plus virium perderet quam si bello superaretur.*

²¹ An Nase und Ohren verstümmelt schickte der Vandalenkönig die Prinzessin ihrem Vater Theoderid zurück: Jordanis, *Getica*, XXXVI, 184: *Huius ergo mentem ad vastationem orbis paratam comperiens Gyzericus, rex Vandalorum, quem paulo ante memoravimus, multis muneribus ad Vesegotharum bella precipitat, metuens, ne Theodoridus Vesegotharum rex filiae suae ulcisceretur iniuriam, quae Hunerico Gyzerici filio iuncta prius quidem tanto coniugio laetaretur, sed postea, ut erat ille et in sua pignora truculentus, ob suspicionem tantummodo veneni ab ea parati, naribus abscisam truncatamque auribus, spolians decore naturali, patri suo ad Gallias remiserat, ut turpe funus miseranda semper offerret et crudelitas, qua*

sem Zeitpunkt bereits die Verbindung mit Valentinian III. über dessen Tochter Eudocia im Auge hatte, muß offen bleiben. Es spricht aber einiges dafür: Die Eroberung Karthagos (am 19. Oktober 439) hatte zwar zunächst zur Folge, daß der Friedensvertrag des Jahres 435 gebrochen war und die Römer erneut Krieg gegen Geiserich führten, aber ein Erfolg blieb ihnen verwehrt. Der daraufhin ausgehandelte Friedensvertrag konnte durch die familiäre Verbindung noch bekräftigt werden²². Dem Vandalenkönig eröffnete sich also eine Chance, seine Machtbestrebungen zu untermauern und sein Regnum zu stabilisieren²³. Dafür nahm er selbstverständlich den Bruch mit den Westgoten in Kauf, da ihm nun Valentinian als mächtigerer Verbündeter erschien²⁴. Dieses foedus, dessen Einhaltung durch die Vergeiselung Hunerichs gesichert werden sollte, hat Geiserich nicht gebrochen, solange Valentinian am Leben war. So kann die Integration des Regnum Vandalicum in die Mittelmeerwelt aus diesem Blickwinkel

als gelungen bezeichnet werden²⁵.

Einige Jahre verbrachte Hunerich in Ravenna, dann konnte er 445/46 nach Karthago zurückkehren²⁶. Hierin läßt sich ebenfalls ein Hinweis darauf sehen, daß sich die Beziehungen zwischen Valentinian und Geiserich stabilisiert hatten, und daß der Vertrag nicht mehr über eine Geisel garantiert werden mußte. Eudocia war zu diesem Zeitpunkt noch minderjährig, was ein Grund dafür sein könnte, daß sie zunächst in Italien verblieb. Die Einlösung des Eheversprechens verzögerte sich aber noch um einige Jahre, da der Usurpator Maximus nach der Ermordung Valentinians durch Anhänger des Aëtius, seinen Sohn mit Eudocia vermählt hatte, ohne auf ihre bereits bestehende Verlobung mit Hunerich Rücksicht zu nehmen. Die Reaktion des Vandalenkönigs ließ nicht lange auf sich warten und so konnte er, nach der Plünderung Roms²⁷, die Heirat seines Sohnes abhalten. Sie fällt wohl in das Jahr 456, denn man hielt es für klug, einen neunmonatigen „Sicherheitsabstand“ einzuhalten²⁸. Mindestens zwei Söhne gingen aus der Ehe Hunerichs hervor, wobei der ältere, Hilderich, wahrscheinlich 457 zur Welt kam. Eudocia ist angeblich im Jahr 472 nach Jerusalem geflohen, da sie den radikalen Arianismus ihres Gatten nicht mehr habe ertragen können²⁹.

etiam moverentur externi, vindictam patris efficacius impetraret.

²² Vgl. AUSBÜTTEL, Verträge (wie Anm. 12), hier S. 11f.

²³ Vgl. CLOVER, Frank M., The Symbiosis of Romans and Vandals in Africa, in: CHRYSOS, Evangelos K./SCHWARCZ, Andreas (Hgg.), Das Reich und die Barbaren (VIÖG 29), Wien/Köln 1989, S. 57–73, hier S. 58f.

²⁴ Von einer Furcht Geiserichs vor der Rache Theoderids kann keine Rede sein. So vermutet bei WOLFRAM, Reich (wie Anm. 9), S. 246. Auf die Heiratspolitik Geiserichs scheint eine Passage aus Flavius Merobaudis Reliquiae (MGH AA 14), hg. v. Fridericus VOLLMER, Berlin 1905 (ND 1961), Panegyricus II, 27ff. anzuspielden: *Nunc hostem exutus pactis propriis arsit Romanam vincere fidem Latiosque parentes adnumerare sibi sociamque intexere prolem.* Vgl. dazu auch RANDERS-PEHRSON, Justine Davis, Barbarians and Romans. The Birth Struggle of Europe, A. D. 400–700, London/Canberra 1983, S. 161.

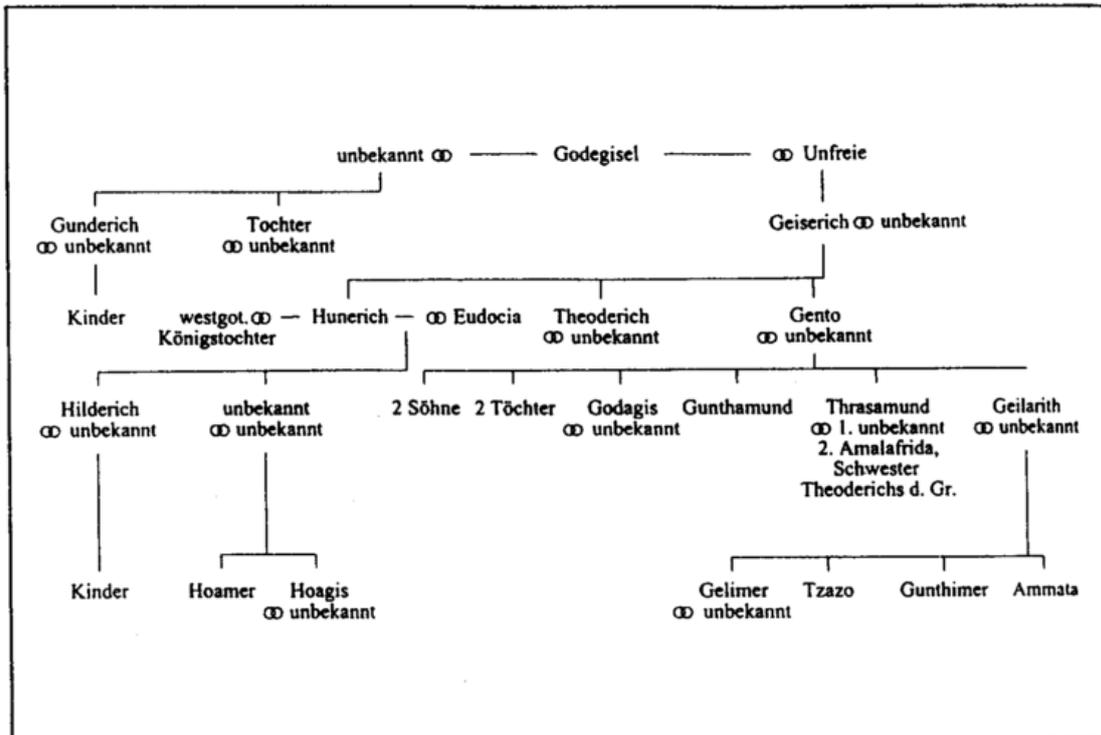
²⁵ Vgl. WIRTH, Gerhard, Geiserich und Byzanz. Zur Deutung eines Priscusfragments, in: Byzantium. Tribute to André N. Stratos (Bd. 1: History-Art and Archeology), Athen 1986, S. 185–206, hier S. 204. Er spricht von einer „Legalisierung des Vandalenreiches“ durch die geplante Ehe Hunerichs und Eudocias.

²⁶ Vgl. DIESNER, Vandalenreich (wie Anm. 3), S. 57.

²⁷ Vgl. COURTOIS, Vandales (wie Anm. 3), S. 194ff.

²⁸ Vgl. WOLFRAM, Reich (wie Anm. 9), S. 250.

²⁹ Vgl. SCHMIDT, Wandalen (wie Anm. 3), S. 99, allerdings auf eine äußerst schwache Quellenbasis gestützt, so daß sich der Bericht über



Stammtafel der hasdingischen Vandalen

Als Thrasamund – die Ehe mit seiner ersten Frau, wohl einer Vandalin, war kinderlos geblieben – im Jahr 500 Amalafriida von ihrem Bruder Theoderich zur Frau be-

die Flucht Eudocias eher einer antiarianischen Geschichtsschreibung zuordnen läßt. Der Eintrag bei Theophanes, *Chronographia*, hg. v. Karl DE BOOR (2 Bde.), Leipzig 1883 (ND Hildesheim/New York 1980) chron. a. 5964 lautet:

(Übertragung zitiert nach J.-P. Migne, *Patrologiae Cursus Completus, series Graeca*, Paris 1861, S. 298: *Porro dum Gizerichi familiares et exercitus in his detinetur iunior Eucocia Theodosii neptis, annis iam sexdecim cum Honoricho coniuge in Africa exactis, et puero Ildericho ex eius amplexibus suscepto virum ceu Arianum, aversa occasione sese ultro offerente, fugam arripit et Hierosolyma dirigit iter.*) Siehe auch COURTOIS, *Vandales* (wie Anm. 3), S. 397. Zu bedenken ist ferner, daß in den Anfangsjahren der Regierungszeit Hunerichs (seit 477), eine relativ tolerante Haltung gegenüber der katholischen Kirche herrschte, und daher ein radikaler Arianismus als Motiv zur Flucht Eudocias wahrscheinlich ausscheidet.

kam³⁰, hätte dies der Auftakt zu einer vandalisch-ostgotischen Allianz sein können, die für beide Seiten von großem Nutzen gewesen wäre. Immerhin brachte die Amalalin 6.000 Goten, d. h. 1.000 Krieger samt ihrem Gefolge, mit nach Karthago, ferner hatte sie einen kleinen Teil Siziliens als Mitgift erhalten³¹, also von der Insel, die fast

³⁰ Jordanis, *Getica*, LVIII, 299: [...] *ut in plenum suam progeniem dilaret, Amalafriidam germanam suam matrem Theodahadi, qui postea rex fuit Africa, regi Vandalorum coniuge dirigit Thrasamundo filiamque eius neptem suam Amalabergam Thuringorum regi consociat Hermmesfredo.*

³¹ Prokop BV, I, 8, 11ff.:

Nachdem seine Gemahlin, ohne daß sie ihm einen Sohn oder eine Tochter geschenkt hatte, gestorben war, schickte er in Absicht, sein Königtum möglichst zu stärken, eine Gesandtschaft zum Gotenkönig Theoderich und erbat sich dessen eben erst verwitwete Schwester Amalafriida zur Gattin. Dieser sandte ihm auch seine Schwester zu und außerdem noch eintausend edle Goten als Leibwächter, die ihrerseits wieder von einem Gefolge von etwa fünftausend streitbaren Männern begleitet waren. Ferner beschenkte er seine

fast zehn Jahre zuvor für das Vandalenreich verlorengegangen war³². Die Lage Lilybäums war ein entscheidender Vorteil für die vandalischen Handelsschiffe³³, die nun die kürzeste Strecke zwischen Afrika und Italien befahren konnten, ohne sich aus dem vandalische Hoheitsgebiet zu entfernen.

Thrasamund setzte die guten Beziehungen zu den Amalern leichtfertig aufs Spiel, indem er einem bekannten Feind Theoderichs seine Hilfe nicht vollkommen verweigerte. Außerdem leistete er trotz der Verschwägerung den Ostgoten keine Waffenhilfe, obwohl der Gesandte Agnellus ausdrücklich darum bat, als die Goten mit byzantinischen Einheiten³⁴ im Jahr 508 in Kämpfe verwickelt waren. Theoderich hatte den von den Westgoten ausgerufenen König Gesalech³⁵ nicht anerkannt, und die

Erfolge seines Heerführers hatten diesen zur Flucht gezwungen. Gesalech wandte sich nun an den Vandalenkönig, der ihm zwar keine militärische Unterstützung zukommen ließ, ihm aber mit Geld Hilfe leistete. Selbstverständlich interpretierte Theoderich dieses Verhalten als Freundschaftsbruch und auch die eiligst zu ihm gesandten Entschuldigungen und Geschenke der Vandalen konnten ihn nicht umstimmen. So blieben die Beziehungen zu Theoderich noch einige Jahre angespannt.

All diese Ereignisse hätten durchaus zum kompletten Bruch der gerade vereinbarten Verträge führen können, und es kostete den Vandalenkönig große Mühe, Theoderich wieder zu besänftigen. Erst 519 scheinen sich die Beziehungen wieder normalisiert bzw. stabilisiert zu haben, wie die Geschenksendung von afrikanischen Zirkustieren nach Rom nahe legt³⁶. Doch den Tod Thrasamunds im Jahr 523 hat die vandalisch-ostgotische Freundschaft nicht lange überdauert³⁷. Amalafriada hatte sich anscheinend zu stark in die Politik des Nachfolgers Hilderich eingemischt, so daß dieser zunächst ihre Leibwache töten und sie selbst einkerkeren ließ (525). Sie kam entweder auf der Flucht oder in vandalischer Gefangenschaft um³⁸. Eine eiligst zusammengestellte Flotte, die den Tod sei-

Schwester mit einem der drei sizilischen Vorgebirge namens Lilybaion.

³² Zur Rolle Siziliens in den gotisch-vandalischen Auseinandersetzungen siehe GIUNTA, Francesco, Genserico e la Sicilia, Palermo 1958 und neuerdings CLOVER, Frank M., A Game of Bluff: The Fate of Sicily after A.D. 476, in: *Historia* 48 (1999), S. 235–244.

³³ Zum Handel siehe FULFORD, M. G., Carthage: Overseas Trade and the Political Economy, AD 400–700, in: *Reading Medieval Studies* 6 (1980), S. 68–80 und ROSKAMS, Steve, Urban Transition in North Africa: Roman and Medieval Towns of the Maghreb, in: *Towns in Transition. Urban Evolution in Late Antiquity and the Early Middle Ages*, hg. v. Neil CHRISTIE u. Simon T. LOSEBY, Aldershot 1996, S. 159–183, hier S. 164f.

³⁴ Schmidt wollte daraus einen gegen die Ostgoten gerichteten „Geheimvertrag“ zwischen Thrasamund und Anastasius ableiten, wofür aber in den Quellen jeglicher Beweis fehlt. Siehe SCHMIDT, Wandalen (wie Anm. 3), S. 115.

³⁵ Dessen Vater Alarich II. war in der Schlacht bei Vouillé (507) gefallen. Vgl. DEMANDT, Alexander, Die Spätantike. Römische Geschichte von Diokletian bis Justinian 284–565 n. Chr. (Handbuch der Altertumswissenschaft 3, 6), München 1989,

3, 6), München 1989, S. 192.

³⁶ Dafür spricht die Nachricht bei Cassiodori Senatoris chronica ad a. DXLVIII, (MGH AA 11, Chronica Minora Vol. 2), hg. v. Theodor MOMMSEN, Berlin 1894 (ND 1961). Chron. 1364 (anlässlich der Feier des Konsulatsantritts Eutharichs in Rom): *Eo anno multa vidit Roma miracula, [...] cuius spectaculis voluptates etiam exquisitas Africa sub devotione transmisit [...]*.

³⁷ Prokop BV, I, 9, 3:

...und außerdem wurden sie aus Bundesgenossen und Freunden Theoderichs und seiner Goten in Italien zu deren Feinden.

³⁸ Vgl. SCHMIDT, Wandalen (wie Anm. 3), S. 119.

ner Schwester rächen sollte, kam nicht mehr zum Einsatz, da Theoderich am 30. August 526 starb³⁹.

Hilderich und Gelimer, die letzten hasdingischen Könige haben keine familiären Bindungen zu nichtvandalischen Potentaten aufbauen können. Gerade Hilderich, der enge freundschaftliche Kontakte zu Byzanz pflegte⁴⁰, hätte sein Reich auf diesem Wege sicherlich zu weiterer Macht verhelfen können, denn kein anderer Vandalenkönig stand dem oströmischen Kaiserhaus so nah. Nach sieben Jahren Herrschaft wurde er von Gelimer abgesetzt, der damit das Ende des Regnum Vandalicum einläutete.

Über die drei geschilderten Eheverbindungen, lassen sich nur deshalb Aussagen treffen, da sie den zeitgenössischen Autoren überhaupt erwähnenswert erschienen. Ganz anders verhält es sich mit den familiären Verhältnissen der übrigen, hasdingischen Geschlecht entstammenden Vandalenkönige. Wie bereits erwähnt kennen wir weder Namen noch Herkunft von Geiserichs Frau. Mit Sicherheit ist er eine „standesgemäße“ Verbindung eingegangen, wobei der wahrscheinlichste Fall wäre, daß er eine aus aristokratischer Familie stammende Vandalin zur Frau nahm. Freilich muß offen bleiben, ob diese hasdingischer oder silingischer Abstammung war. Es läßt sich aber noch über eine dritte Möglichkeit spekulieren: Das Geburtsjahr Hunerichs fällt ungefähr in die Zeit, in der sich die Reste der Alanen unter die Herrschaft der hasdingischen Königsdynastie stellten. Die Einsicht der militärisch geschwächten Alanen, sich den hasdingischen Vandalen, deren Weg- und Kampfgefährten⁴¹ sie jahr-

zehntelang gewesen waren, anzuschließen, bewahrte sie vor ihrer endgültigen Vernichtung. Die Bildung einer hasdingisch-alanischen Koalition hatte zur Folge, daß die Alanen in Zukunft auf die Wahl eines eigenen Königs verzichteten und sich dem jeweiligen Vertreter des vandalischen Königtums unterstellten. Diese Ereignisse datieren in das Jahr 418, als die westgotischen Truppen unter Führung ihres Königs Vallia große Teile der silingischen Vandalen und der Alanen in mehreren Schlachten in großem Maße dezimiert hatten⁴². Die letzte Chance, die sich ihnen bot, lag im Anschluß an den Hasdingen Gunderich, der seit über einem Jahrzehnt König war, und dessen Position trotz zahlreicher Auseinandersetzungen in Spanien noch relativ stabil war. Aus der Verschmelzung dieser gentilen Einheiten ging eine neue, militärisch gestärkte Großgruppe hervor, deren Führung von nun an in der Hand des hasdingischen Geschlechtes lag. Dies sollte sich bis zur Zerschlagung des Reiches durch Justinian – immerhin ein Jahrhundert später – nicht ändern. Es wäre also durchaus zu überlegen, ob nicht mittels einer Eheverbindung zwischen Geiserich und einer Alanin die neu geschlossene Koalition bekräftigt wor-

bearb. von Rudolf BUCHNER (Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe), Darmstadt 1955. Hist. II, 9: *Interea Respendial rex Alanorum, Goare ad Romanos transgresso, de Rheno agmen suorum convertit, Vandalis Francorum bello laborantibus, Godigyselo rege absumpto, acie viginti ferme milibus ferro peremptis, cunctis Vandalorum ad internitionem delendis, nisi Alanorum vis in tempore subvenisset.* (S. 86). Hier findet sich auch noch die Erwähnung des alanischen Königtums, das dann vollständig im vandalischen aufging. Siehe ferner MOORHEAD, John, *Gregory of Tours on Arian Kingdoms*, in: *Studi Medievali* 3, 36, 2 (1995), S. 903–915, hier S. 904.

³⁹ Vgl. WOLFRAM, *Goten* (wie Anm. 14), S. 308.

⁴⁰ Zur Freundschaft Hilderichs zu Ostrom siehe die Passage Prokop, *BV I*, 9, 1–4.

⁴¹ Renatus Profuturus Frigeridus, überliefert bei Gregor von Tours, *Historiarum Libri Decem*,

⁴² Vgl. CESA, Maria, *Impero tardoantico e barbari: La crisi militare da Adrianopoli al 418* (Biblioteca di Athenaeum 23), Como 1994, S. 165.

Koalition bekräftigt worden sein könnte.

Für die Nachfolger Geiserichs gilt, abgesehen von Hunerich und Thrasamund, daß es keine Nachrichten über Heiratsverbindungen außerhalb des *Regnum Vandalicum* gibt, und man daher annehmen darf, daß sie vandalische Frauen gehabt haben.

Eine Bewertung der hasdingischen Heiratspolitik, läßt sich aufgrund der insgesamt dürftigen Quellenlage nur schwer vornehmen. Allgemein gültige Urteile über die Heiratspolitik können nicht gegeben werden, da die verschiedenen Verbindungen, die das vandalische Königshaus einging, jeweils aus einer bestimmten Situation heraus betrachtet werden sollten. Geiserich scheint Eheverbindungen zu auswärtigen Machthabern als ein Mittel verstanden zu haben, mit Hilfe dessen er ein bestimmtes Ziel erreichen konnte. Ganz pragmatisch wurde die Ehe zwischen Hunerich und der Westgotin als Teil eines Freundschaftsvertrages abgeschlossen. Die Auflösung durch den Vandalenkönig fand in dem Moment statt, als er größere Vorteile für sein Reich in der Verbindung mit der theodosianischen Dynastie sah. Dabei nahm er, ohne lange zu zögern, eine militärische Reaktion seitens der Westgoten in Kauf.

Mit der Kaisertochter Eudocia verhielt es sich anders: Erst nach der gewaltsamen Aktion gegen den Usurpator Maximus und der daran anschließenden Plünderung Roms konnte die Ehe zwischen Hunerich und Eudocia ausgerichtet werden, Jahre nachdem die Verhandlungen darüber geführt worden waren. Darin erkennt man die außergewöhnliche Bedeutung, die Geiserich der Verschwägerung mit der weströmischen Kaiserfamilie beimaß. Um jeden Preis sollte die hasdingische Königsfamilie durch diese Verbindung an Prestige und Macht gewinnen.

Eine ähnliche Motivation dürfte Thrasamund geleitet haben, als er Amalafriada an seinen Hof holte. Der Zugewinn von 6.000

Bewaffneten und Lilybäums auf Sizilien⁴³ bedeuteten neben der Steigerung des Ansehens auch noch deutliche materielle Vorteile.

⁴³ Belegt durch die recht bekannt gewordene Inschrift CIL X. 7232 = F.S. 41 = COURTOIS, App. II, Nr. 138: FINES INTER VANDALOS ET [GO]THOS. Siehe dazu auch den Kommentar bei FIEBIGER, Otto/SCHMIDT, Ludwig, *Inschriftensammlung zur Geschichte der Ostgermanen* (Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-historische Klasse, Denkschriften 60, 3. Abhandlung), Wien 1917, S. 33.

Akkulturation

Probleme einer germanisch-romanischen Kultursynthese in Spätantike und frühem Mittelalter

Tagung der Forschergruppe „Nomen et gens“ in Zusammenarbeit mit
dem IEMAN vom 19. bis 22. März 2002 am Deutschen Historischen
Institut Paris

von *Claudia Weskamp*

In Zeiten, in denen die „Europäische Einigung“, ihre Bedingungen und Auswirkungen, ihre Inhalte und Ziele, nicht nur Teil des politischen Tagesgesprächs sind, sondern zunehmend mehr Lebensbereiche beeinflussen, wächst das Interesse an gegenwärtigen und vergangenen kulturellen Einigungsprozessen.

Die Existenz eines weite Teile Mittel- und Westeuropas umfassenden fränkischen Großreiches neben einer Vielzahl weiterer germanischer Staaten (Langobarden, Ost- und Westgoten, Burgunden, Sueben, etc.) führte zur Begegnung und gegenseitigen Beeinflussung verschiedener Sprachen, Institutionen und Traditionen. Dieser für die kulturelle Konstituierung Europas entscheidende Syntheseprozess an der Schwelle von der Spätantike zum Frühmittelalter wurde im 19. und 20. Jahrhundert vor allem als Vorstufe zur Ausformung der späteren Nationalstaaten interpretiert. Dabei stand die Ausdifferenzierung bestimmter Großgruppen (Germanen, Romanen, Franken, Alemannen, Langobarden, etc.) im Vordergrund, die häufig mit modernen Nationen identifiziert wurden. Aktuelle Ansätze dagegen fragen nach den Innovationen, die aus diesem Syntheseprozess hervorgegangen sind, und die für ganz Europa prägend wurden.

„Akkulturation – Probleme einer germanisch-romanischen Kultursynthese in Spätantike und frühem Mittelalter“ so lautete der Titel einer internationalen Tagung, die von der Forschergruppe „Nomen et gens“ in Zusammenarbeit mit dem Pader-

borner Institut zur Interdisziplinären Erforschung des Mittelalters und seines Nachwirkens (IEMAN) organisiert wurde. Am Deutschen Historischen Institut in Paris begegneten sich vom 19. bis 22. März 2002 mehr als 40 Sprachwissenschaftler, Historiker und Archäologen aus sechs Nationen zum interdisziplinären Austausch über diese Problemstellung der Mittelalterforschung.

Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Gerda-Henkel-Stiftung geförderte Tagung fand im Rahmen des Forschungsprojektes „Nomen et Gens – Name und Gesellschaft“ statt. Das seit 1990 bestehende und seit 2000 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt untersucht Personennamen als Indikatoren für sprachliche, ethnische, soziale und kulturelle Gruppenzugehörigkeit ihrer Träger. In der vergleichsweise quellenarmen Zeit der Völkerwanderung und des frühen Mittelalters bilden Personennamen philologische und historische Quellen erster Ordnung. Ziel des mit zwei Teilprojekten in Paderborn angesiedelten Forschungsunternehmens ist daher die vollständige Erfassung und philologische wie historische Erschließung aller überlieferten Personennamen des 3. bis 8. Jahrhunderts.

Ein solches Vorhaben lässt sich kaum im Alleingang einzelner Wissenschaftler umsetzen. Erst die interdisziplinäre, internationale und mediale Vernetzung einer Forschergruppe ermöglicht die Realisie-

zung dieses Ansatzes. In enger interdisziplinärer Kooperation von Sprachwissenschaftlern (Germanisten und Romanisten) und Historikern (Althistorikern und Mediävisten) steht die Forschergruppe „Nomen et Gens“ mit ihren an verschiedenen Orten ansässigen Teilprojekten zudem in regelmäßigem internationalen Austausch zu entsprechenden Institutionen vor allem in Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich. Gelegenheit zu einem derartigen Dialog bot nicht zuletzt die aktuelle Tagung in Paris.

Der Vormittag des ersten Tages stand im Zeichen historischer und forschungsgeschichtlicher Begriffe. So beleuchtete **Walter Pohl** (Wien) die Entwicklung des Germanenbegriffs zwischen Antike und Mittelalter aus forschungsgeschichtlicher Perspektive. In den Quellen sei die Bezeichnung „Germanen“ seit dem 4./5. Jahrhundert weitgehend präziseren Begriffen gewichen. Als wissenschaftlicher Forschungsbegriff sei diese Benennung mit einer ganzen Bandbreite unterschiedlich gelagerter Probleme behaftet. Dem einleitenden Vortrag folgten weitere Problematisierungen historischer und forschungsgeschichtlicher Begriffe, so befasste sich **Dieter Kremer** (Trier) mit dem Begriff Romanisch und romanischen Volksbegriffen. **Ernst Eichler** (Leipzig) untersuchte die Genese des Slawen-Begriffs und der slawischen Ethnonyme und **Matthias Springer** (Magdeburg) widmete sich der Entwicklung des Wortes *theotiscus/teutonicus* zur Personenbezeichnung sowie der Entstehung der Opposition *francus : teutonicus*. Ausgehend von der Reflexion der erwähnten Begrifflichkeiten loteten die Tagungsteilnehmer in den Diskussionen der genannten Vorträge sowohl historische wie forschungsgeschichtliche Wahrnehmungsprozesse von Gruppenzugehörigkeit aus.

Am Nachmittag des ersten Tages und am folgenden Morgen bildeten Akkulturationsprozesse auf sprachlicher Ebene das Zentrum der Vorträge. So stellte **Elda Mor-**

licchio (Salerno) dem Plenum die sprachlichen Hinterlassenschaften der Germanen auf der italienischen Halbinsel vor. Ihrer Auffassung nach seien diese Völker nicht nur als Rezipierende zu sehen, vielmehr hätten die Bezeichnungen langobardischer bzw. gotischer Innovationen ihrerseits Eingang in die italienische Sprache gefunden, so z. B. in der Textilverarbeitung. **Max Pfister** (Saarbrücken) befasste sich mit den technischen Langobardismen in der Italo-Romania und **Martina Pitz** (Saarbrücken) untersuchte mögliche Reflexe der Begegnung von fränkischer und romanischer Sprache und Kultur im französischen Raum. Im Zentrum der beiden folgenden Vorträge standen Personen- und Ortsnamen als unerlässliche Anhaltspunkte bei Fragen nach der Identität. Dabei untersuchte **Wolfgang Haubrichs** (Saarbrücken) die romanisch-germanischen Hybridnamen des frühen Mittelalters. Hybridnamen entstehen durch die Übernahme von sinntragenden Namelementen in ein anderssprachiges Namensystem. Da Namen als sprechend betrachtet wurden und zwischen den verschiedenen *gentes* korrekt hin- und herübersetzt wurden, werden sie vom Vortragenden als bedeutsame Indikatoren für Akkulturationsprozesse interpretiert. **Jean-Pierre Chambon** (Paris) widmete sich in seinem Vortrag der Entwicklung französischer Ortsnamen zwischen romanischer Kontinuität und fränkisch-romanischer Symbiose am Beispiel des Gebietes von Besançon. Am Vormittag des zweiten Tages war germanisch-romanischen Angleichungsprozessen aus archäologischer Perspektive gewidmet. Im Zentrum der beiden Vorträge stand dabei der Bereich der Bestattungssitten. **Elisa Possenti** (Padua) betrachtete frühmittelalterliche Bestattungssitten in Norditalien im Spannungsfeld zwischen Strategien zur Unterscheidung und Akkulturationsprozessen. **Frauke Stein** (Saarbrücken) verfolgte diese kulturellen Aus-

gleichprozesse zwischen Franken und Romanen im 7. Jahrhundert am Beispiel der Bestattungsgemeinschaft von Audunle-Tiche in Lothringen.

Am Nachmittag des zweiten Tages standen verschiedenartige Deutungsmuster und Vorstellungen unter dem Aspekt der Akkulturation im Mittelpunkt der Vorträge. So untersuchte **Lutz E. von Padberg** (Paderborn) spätantike und frühmittelalterliche Zeugnisse zur Rolle des Königtums innerhalb des Christianisierungsprozesses. Sich im Laufe der kulturellen Angleichungsprozesse wandelnde Vorstellungen vom Krieg und vom Heiligen stellten **Thomas Scharff** (Münster) und **Martin Heinzelmann** (Paris) in ihren Vorträgen heraus. Dabei wies Thomas Scharff darauf hin, dass die romanisch-germanische Kultursynthese in vielen Fällen, wie bei Eroberungen, Auseinandersetzungen im Grenzbereich etc., Ergebnis gewaltsamen Handelns war. Dieser Umstand spiegelte sich im doppelseitigen Phänomen der Verchristlichung des Krieges einerseits und der Militarisierung des Heiligen andererseits anschaulich wider. Martin Heinzelmann hingegen konzentrierte sich auf die Wandlungen des Heiligtypus in der Merowingerzeit.

Friedrich Prinz (München) hielt den öffentlichen Abendvortrag zum Thema „Die kirchliche Adaption pagan-antiker Geisteskultur und deren modifizierter Weitergabe an germanische Völker“ und leitete damit bereits zu den Themenstellungen des kommenden Tages über. Der dritte Tag stand im Allgemeinen im Zeichen von Schriftlichkeit und Erinnerung. **Michel Banniard** (Toulouse) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit dem fränkisch-romanischen Akkulturationsprozess aus sprachlicher Perspektive, genauer mit den Interferenzen zwischen germanischem und romanischem Sprachsystem und den Auswirkungen des unterschiedlich ausgeprägten Grades an Schriftlichkeit. **Michael Richter** (Konstanz) stellte seinen

Vortrag unter die Fragestellung „Wozu brauchte Childerich einen Siegelring?“ und setzte sich mit der zuletzt von Peter Classen vertretenen These auseinander, es handle sich bei diesem im 17. Jahrhundert in Tournai gefundenen Ring um eine Fälschung. Die folgende Diskussion bestätigte den Vortragenden in seiner Ansicht, dass Childerich als römischer Funktionsträger selbstverständlich über einen Siegelring und über eine entsprechende Kanzlei verfügt habe. Zudem sei der auf dem Ring genannte Königstitel im Nominativ samt folgender Gentilbezeichnung durch Siegelringe späterer Merowinger belegt.

Die Interferenzen zwischen lateinischer Kultur, Schriftlichkeit und Erinnerung prägten auch die folgenden Vorträge von **Ian Wood** (Leeds) unter dem Titel „The Latin Culture of Gundobad and Sigismund“ und von **Rosamond McKitterick** (Cambridge) zum Thema „History, memory and text in the early middle ages“. Anhand des Liber *Historiae Francorum* von 727 legte die Vortragende dar, dass sich Akkulturationsprozesse auch in der Konstruktion der Vergangenheit für die spezifischen Notwendigkeiten der jeweiligen Gegenwart nachweisen lassen. **Nicoletta Francovich Onesti** (Siena) untersuchte die Begegnung zwischen lateinischer und germanischer Kultur im Licht der Personennamen. Sie betrachtete dabei sowohl die Bildungsmechanismen bei Hybridnamen als auch die Konventionen bei der Namengebung in einzelnen Familien.

Joachim Henning (Frankfurt a. M.) untersuchte aus archäologischer Sicht germanisch-romanische Agrarkontinuitäten und –diskontinuitäten im nordalpinen Kontinentaleuropa auf einen möglichen Systemwandel hin. Im Zentrum seiner Betrachtungen standen dabei Zeitpunkt und Art der Veränderung in Siedlungsformen, landwirtschaftlichen Geräten und Anbaumethoden. **Jean Pierre Devroy** (Brüssel) hingegen widmete sich der Ausarbeitung und dem Gebrauch

von Polyptychen anhand von Beschreibungen der Kirche von Marseille (8.–9. Jahrhundert).

Der vierte und letzte Tag war vor allem von Vorträgen aus historischer Perspektive geprägt. So äußerte sich **Jörg Jarnut** (Paderborn) in seinem Vortrag „Anmerkungen zum Staat des frühen Mittelalters: Die Kontroverse zwischen Johannes Fried und Hans-Werner Goetz“ zu unterschiedlichen aktuellen Interpretationen in der Geschichtswissenschaft zum Wesens der mittelalterlichen Staatlichkeit. **Stefanie Dick** (Paderborn) entwickelte in ihrem Vortrag neue Gesichtspunkte in der Erforschung der Grundlagen des sogenannten germanischen Königtums in der Völkerwanderungszeit und relativierte dabei in der Verfassungsgeschichte bislang weit verbreitete Deutungsmuster. **Régine Le Jan** (Lille) untersuchte die Entwicklung sozialer Bindungen zwischen Antike und Frühmittelalter und widmete sich dabei anhand der überlieferten Korrespondenz vor allem der *amicitia* in Gallien. **Hans-Werner Goetz** beschloss die Tagung mit seinem Vortrag „Aspekte der Kultursynthese von Romanen und Germanen im Frankenreich im Spiegel der Historiographie des späten 6. und 7. Jahrhunderts“, in dem er nochmals auf die unterschiedlichen forschungsgeschichtlichen Deutungsmuster hinwies. Während die Althistorie gewohnt sei, den in dieser Tagung betrachteten Zeitraum weit-

gehend als „Verfall“ zu interpretieren, sehe die Mediävistik ihn als „Anfang“. Romanophilen stünden germanophile Deutungen gegenüber. Der Begriff „Romanen“ werde häufig als Gegenbegriff zu „Germanen“ verwendet. Betrachte der Historiker hingegen die Kultursynthese von Romanen und Germanen im Spiegel der Historiographie, so müsse er das Interesse dieser Quellenart berücksichtigen, der es um die Darstellung der politischen Einheit und der Glaubenseinheit ginge. Der Frankenbegriff sei auf das ganze Reich bezogen und der Gegensatz Romanen und Germanen begegne so nicht in historiographischen Quellen.

Als Fazit dieser Tagung lässt sich festhalten, dass es sich bei der germanisch-romanischen Akkulturation im beschriebenen Zeitraum zwischen Spätantike und frühem Mittelalter um einen vielgestaltigen und vielschichtigen Syntheseprozess handelt, dessen Untersuchung nur in enger interdisziplinärer Kooperation und internationalem Austausch zu bewältigen ist. Die von dieser Tagung ausgehenden Anregungen und Neuansätze aus unterschiedlichen Disziplinen werden deshalb nach Angaben der Veranstalter Dieter Hägermann (Bremen), Wolfgang Haubrichs (Saarbrücken) und Jörg Jarnut (Paderborn) in einem Tagungsband veröffentlicht und der weiterführenden Forschung zur Verfügung gestellt.

„Kunigunde, empfang die Krone – Szenen einer Krönung in der Kaiserpfalz Paderborn“.

Von der Idee zur Präsentation

Simone Buckreus

Am Anfang stand das Datum... Der 10. August des Jahres 1002 bescherte dem Paderborner Bistum ein besonderes Ereignis: die Krönung Kunigundes vor 1000 Jahren im Dom zu Paderborn war die erste sicher belegte Krönung einer ostfränkisch-deutschen Königin und die einzige Krönung in Westfalen überhaupt.

Solche Jubiläen darf man natürlich nicht einfach verstreichen lassen. Das bewies 1999 bereits eindrucksvoll die Karolingerausstellung, bei der das Treffen zwischen Karl dem Großen und Papst Leo III. vor 1200 Jahren in Paderborn gefeiert wurde. Das Team vom Museum in der Kaiserpfalz entwickelte daher die Idee, dem Ereignis und der Person Kunigundes eine eigene Ausstellung zu widmen. Wieder einmal sollte der Ort des Geschehens eine zentrale Rolle im Konzept der Ausstellung spielen. Das heutige Museum wurde in den 70er Jahren auf den Fundamenten der ottonisch-salischen Pfalzanlage errichtet, die Bischof Meinwerk für Heinrich und Kunigunde hatte bauen lassen. Als zentraler Ausstellungsraum bot sich die *aula regia*, der repräsentative Saal im Obergeschoss, an. Hier übte der König seine Herrschaft vor Ort aus und lud insbesondere nach dem Festgottesdienst zum Gastmahl. Der Titel der Ausstellung „Kunigunde, empfang die Krone – Szenen einer Krönung in der Kaiserpfalz Paderborn“ verrät auch bereits die Idee der Konzeption: Einzelne Stationen bzw. Szenen beleuchten das Ereignis der Krönung sowie das Leben und Nachleben der bedeutenden Herrscherin schlaglichtartig, da ein vollständiges und umfassendes

Bild aufgrund der dürftigen Quellenlage zur Person Kunigundes nicht gegeben werden kann. So kommen die Historiker schon bei der Bestimmung des genauen Geburtsdatums ins Straucheln: zwischen 975 und 985 sei Kunigunde als Tochter des Grafen Siegfried von Luxemburg und seiner Gemahlin Hadwig auf die Welt gekommen. Über ihre Kindheit und Jugend ist nichts bekannt; sie habe aber wohl eine standesgemäße Erziehung genossen. Die Hochzeit mit dem Bayernherzog Heinrich erfolgte vermutlich 997/998, spätestens aber im Jahre 1000. Diese Verbindung brachte nicht nur erheblichen Prestigeerfolg für Kunigunde sondern auch Vorteile für ihre Brüder. So wurde der älteste Bruder, Heinrich, zum Herzog von Bayern erhoben, ein weiterer, Dietrich, bekleidete bald das Amt des Bischofs von Metz. Nach dem Tod ihres Gemahls trat Kunigunde als einfache Nonne in das von ihr gegründete Benediktinerinnenkloster in Kaufungen ein. Dort starb sie schließlich auch im Jahre 1033. Nachdem Heinrich II. bereits 1146 heilig gesprochen worden war, erhob Papst Innozenz III. die einstige Kaiserin im Jahre 1200 zur Ehre der Altäre.

In der Ausstellung lassen sich nun, ähnlich wie bei einem Theaterstück, Einblicke gewinnen, die eine Annäherung sowohl an die historische als auch die heilige Kunigunde erlauben.

Am Beginn der Ausstellung stehen gemäß des Konzeptes der Ort und die ‚handelnden Personen‘, allen voran Bischof Rethar, der von der Nachricht der baldigen Krönung Kunigundes wohl ziemlich über-

rascht worden ist. ‚Gedankenbälle‘ mit aufgedruckten Sätzen wie „Wo ist das Buch mit der Krönungsliturgie“ oder „Hoffentlich reicht das Essen für alle“ sollen verdeutlichen, was dem Bischof vor 1000 Jahren durch den Kopf gegangen sein könnte. Anschließend wird der Besucher in die Situation des Paderborner Bistums um das Jahr 1000 eingeführt, mit der sich schließlich auch Heinrich und Kunigunde konfrontiert sahen: Dom und Pfalz waren einem verheerenden Brand zum Opfer gefallen und glichen nun, zwei Jahre später, immer noch mehr einer Ruine als einem repräsentativen Ort, an dem eine königliche Krönung angemessen gefeiert werden konnte. Die Ankunft des mehrere hundert Personen umfassenden Hofes stellte Rethar demnach vor fast unlösbare logistische Aufgaben. Insbesondere die Verpflegung der Gäste sollte später zu einem Problem werden. Angesichts dieser Ausgangssituation fragt man sich natürlich, warum die Krönung Kunigundes ausgerechnet in Paderborn stattfinden musste. Zum einen fühlte sich Heinrich wohl stark mit dem Paderborner Bischof Rethar verbunden, da dieser im Thronstreit, der nach dem Tod des kinderlosen Kaisers Ottos III. ausbrach, schon früh Partei für die Seite des Bayernherzogs ergriffen hatte. Zum anderen konnte der neue König mit der Auswahl des Ortes an die Bedeutung Paderborns in karolingischer Zeit anknüpfen und das Bistum somit wieder stärker an das Königtum anbinden. Zudem wurde das Datum der Krönung, der Festtag des heiligen Laurentius, sicher nicht zufällig gewählt, war er doch der Tag des Sieges Ottos I. über die Ungarn auf dem Lechfeld im Jahre 955. Damit fügte sich Heinrich bewusst in die ottonische Tradition ein.

Weiter geht es in der Ausstellung mit einem wesentlichen Aspekt im Leben eines mittelalterlichen Herrscherpaares – dem Reisen. Nur selten weilte der König lange

an einem Ort, denn das ostfränkisch-deutsche Reich kannte weder eine Hauptstadt noch dauerhafte Residenzen: Herrschaft musste vor Ort ausgeübt werden. Alles wichtige wurde auf den Reisen in Truhen und Kisten mitgenommen, um die jeweiligen Quartiere in Pfalzen oder Klöstern so wohnlich wie möglich zu gestalten. Aufgeklappte Kisten mit der ‚Checkliste‘ des Kämmerers sollen dieses veranschaulichen.

Die Aula bildet schließlich den zentralen Ort der Ausstellung und den idealen Rahmen für die Darstellung des Zeremoniells der Krönung. Säulen mit aufgedruckten Gebetstexten erinnern an die Domkirche, in der die Krönung stattgefunden hat. Die große Stoffbahn greift das sicher provisorische und bühnenhafte der Krönung in Ruinen auf. Die einzelnen Schritte des Zeremoniells lassen sich anhand der gesprochenen Gebete, in denen die Erwartungen an die künftige Königin zum Ausdruck kommen, nachvollziehen. Wichtige Exponate, wie eine Abschrift der *benedictio reginae* aus dem 11. Jahrhundert oder das Autograph der *Vita Meinwerci* sind eindrucksvolle Zeugnisse der Krönung.

Wie selbstverständlich erwartet der Besucher in einer Ausstellung zur Krönung einer Königin das symbolträchtigste Objekt der Zeremonie – die Krone. Leider war es aus konservatorischen Gründen ganz unmöglich, die so genannte Kunigundenkrone aus der Schatzkammer der Münchener Residenz auszuleihen. Um der Zeremonie dennoch den ihr angemessenen Glanz zu verleihen, zeigt die Ausstellung ausgewählten Schmuck des 11. Jahrhunderts, der auf eine adlige, wenn nicht sogar königliche Trägerschaft verweist. So entsprechen die Ohringe und Fibeln in Form und Stil jenen Schmuckstücken, mit denen Kunigunde auf dem zeitgenössischen Baseler Antependium abgebildet ist.

Die bereits angesprochenen logisti-

schen Probleme Rethars in Bezug auf die Verpflegung des Hofes äußerten sich im weiteren Verlauf des Festgeschehens in dramatischer Weise, wie Thietmar in seiner nahezu zeitgenössischen Chronik berichtet: Die Bayern, „die daheim sich stets mit wenigem begnügen, außer Landes aber beinahe unersättlich sind“, wurden nicht satt, zogen plündernd über die Felder und Höfe der benachbarten Bauern und zuletzt kam sogar der königliche Truchsess zu Tode. Die große Festtafel in der Ausstellung symbolisiert daher zum einen das friedliche Krönungsmahl, verdeutlicht zum anderen aber auch das Umkippen der Stimmung in Zerstörungswut und Kampf.

In der Ausstellungskonzeption geht es weiter mit den Aufgaben und Pflichten Kunigundes als mittelalterliche Königin und Teilhaberin an der Herrschaft. Sie vergab Lehen, war zuständig für die Haus- und Hofhaltung und führte sogar in Abwesenheit ihres Gemahls die Reichsgeschäfte. In zahlreichen Urkunden tritt sie zudem als Intervenientin auf: der Weg zum Ohr des Herrschers führte oftmals über die Königin. Die wichtige politische Funktion Kunigundes und das Vertrauen, welches Heinrich in seine Gemahlin setzte, konnte allerdings nicht über die Tragödie der kinderlosen Ehe des Kaiserpaares hinwegtäuschen. Hier belegt die Abschrift einer Urkunde von 1017 zum ersten die Aufnahme des Kaiserpaares in die Gebetsverbrüderung des Paderborner Domkapitels, zum zweiten enthält sie die Formel *qui duo sumus in carne una* (die wir zwei in einem Fleische sind), die die innige Eheverbindung der beiden zum Ausdruck bringt.

Der Heiligkeit und der Verehrung Kunigundes ist die folgende Ausstellungseinheit gewidmet, in der das Glanzstück sicher die von Papst Innozenz III. im Jahre 1200 ausgestellte Kanonisationsurkunde für Kunigunde ist. Die Heiligsprechung der Kaiserin, die erst im zweiten Anlauf erfolgreich

war, ist in zwei gleichzeitigen, selbstständigen Urkundenausfertigungen überliefert, die heute beide im Staatsarchiv in Bamberg aufbewahrt werden. Das hier ausgestellte Stück ist bis 1977 nirgends gedruckt oder registriert worden – in Bamberg hielt man es für eine bloße Doublette. Das Nachleben der heiligen Kaiserin ist besonders gut dokumentiert, z. B. in zahlreichen Heiligenlegenden, Holzschnitten oder Liederhandschriften für das Kunigundenfest. Die Verehrung Kunigundes beschränkte sich nicht nur auf den kirchlichen Bereich, sondern hielt Einzug in den Alltag der Menschen: eine Ofenkachel aus dem 19. Jahrhundert mit einer Darstellung des Herrscherpaares dokumentiert hier die Verbreitung des ‚Kunigundenkultes‘ innerhalb der Volkskunst. In Paderborn wurde das Andenken an Kunigunde erst wieder in der Zeit der katholischen Gegenreform lebendig. Hier sind vor allem die beiden Fürstenberger Bischöfe Dietrich und Ferdinand zu nennen, die die besondere Rolle der Königin für die Paderborner Bistumsgeschichte würdigten. Die Darstellung der Heiligen auf dem Grabmal Dietrichs von Fürstenberg zeugt ebenso von der neu entfachten Verehrung wie die Umbenennung der St. Ulrichskirche in Schloß Neuhaus in St. Heinrich und Kunigunde durch Bischof Ferdinand von Fürstenberg.

Am Ende der Ausstellung wird der Besucher wieder in das mittelalterliche Paderborn geführt und zwar diesmal in die Zeit Bischof Meinwerks (1009–1036), mit dem Heinrich und Kunigunde eine besonders enge Freundschaft verband. In zahlreichen für Paderborn ausgestellten Urkunden wird stets auf die unermüdlichen und wertvollen Dienste Meinwerks verwiesen, der das Bistum mit der Fürsprache des Kaiserpaares zu einer neuen Blüte führen konnte.

Zusammenfassend lässt sich das Besondere der Ausstellung vor allem an zwei Punkten festmachen: Zum ersten steht eine

einzelne Herrscherin im Mittelpunkt des Interesses. Kunigunde ist hier nicht bloß die Frau an der Seite eines mächtigen Mannes, sondern tritt selbst als einflussreiche *consors regni* hervor. Damit leistet die Ausstellung einen wichtigen Beitrag dazu, dass neben den Herrschern, die vielerorts thematisiert wurden und werden, die Kaiserinnen und Königinnen nicht in Vergessenheit geraten. Vor dem Hintergrund der modernen Geschichtswissenschaft, in der der Bereich der „gender-history“ die traditionelle Forschung mit neuen Impulsen

bereichern will, gewinnt die Beschäftigung mit Frauen, die politisch aktiv waren und an der Macht partizipierten, immer mehr an Bedeutung.

Die zweite Besonderheit ist sicher, dass hier zum ersten Mal im Rahmen einer Ausstellung der Ablauf und das Zeremoniell einer Krönung thematisiert wird. Der Besucher kann die einzelnen Stationen nachvollziehen und erfahren, welche Symbolkraft die Gebete auf der einen und die liturgischen Handlungen der Krönung auf der anderen Seite hatten.

„Der Dynastiewechsel von 751“

Internationales Symposium vom 10. bis 13. April 2002 an der Universität Bonn

Ein folgenschwerer Thronsturz stand im Mittelpunkt, als Matthias Becher (Bonn) und Jörg Jarnut (Paderborn) vom 10. bis zum 13. April 2002 zu einem internationalen Symposium über den „Dynastiewechsel von 751“ einluden. Im Fest- und Senatssaal der Universität Bonn beschäftigten sich Teilnehmer aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Israel und den USA mit dem Sturz der merowingischen Könige und ihrer Ablösung durch den karolingischen Hausmeier Pippin, den Vater Karls des Großen, mit dem das Konzept des Gottesgnadentums in Europa eingeläutet wurde. Sie beleuchteten in 17 Vorträgen seine Vorbedingungen, seinen situativen Kontext und seine Folgen.

Ian Wood (Usurpatoren und das merowingische Königtum) beleuchtete den Dynastiewechsel aus einem neuen Blickwinkel, indem er ihm seine Sonderstellung als epochales Ereignis nahm und ihn als letzte Usurpation in einer langen Reihe betrachtete. Zu diesem Zweck faßte er den Begriff der Usurpation weiter und definierte ihn als Ausschaltung der direkten Nachfahren eines Herrschers vor dem Hinter-

grund, daß eine Zugehörigkeit zur *stirps regia* nicht eindeutig definiert war. Unter diesem Aspekt betrachtete er merowingische Prätendenten wie z. B. Gundowald. Ausführlich ging er auf den in seiner Legitimität angezweifelten Chlothar II. ein, dessen Anspruch erst durchgesetzt werden konnte, nachdem er in zweifacher Weise anerkannt worden war: Guntchramn, der *senior* der Merowinger, hob ihn aus der Taufe, nachdem drei Bischöfe und 300 Große die legitime Geburt des Kindes bezeugt hatten, und die Großen gaben ihm seinen Namen. Entscheidend für eine erfolgreiche Herrschaftsübernahme war also nicht allein die Verwandtschaft zur merowingischen Königsfamilie, sondern eine hinreichende Unterstützung durch den Adel. Der letztgenannte Aspekt wurde ab der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts immer wichtiger und gab schließlich allein den Ausschlag.

Theo Kölzer (Die letzten Merowinger – *rois fainéants?*) unterzog die von Ian Wood, Josef Semmler und Rosamond McKitterick vorgeschlagene Neueinschätzung später Merowingerkönige einer eingehenden Kritik. Zunächst entwickelte er den

Kontext der schwindenden Macht der merowingischen Könige, der dafür spreche, daß einzelne Urkunden oder auch Akte der Rechtssprechung nur wenig über eigenständiges Handeln der Könige aussagen könnten. Auch eine klare Unterscheidung zwischen Kindkönigen und erwachsenen (Schatten-)Königen hinsichtlich ihres tatsächlichen Einflusses kann nicht von vornherein getroffen werden, da auch die von im heutigen Sinn mündigen Königen ausgestellten Urkunden unter dem Einfluß von Hausmeiern oder anderen Großen entstanden sein dürften. Die unregelmäßige Sukzession der Merowingerkönige nach Chlodwig II., die selten direkt vom Vater auf den Sohn ging, sei ein weiteres Anzeichen dafür, daß die Könige keinen Einfluß mehr auf ihre eigene Nachfolge hatten und die Dynastie zum Spielball der Adelsgruppen geworden war. Die Könige, die Ansätze von Durchsetzungsvermögen zeigten, mußten dies mit dem Leben bezahlen. Erst später wurde die Einweisung ins Kloster als Möglichkeit gewählt, um einen gestürzten König oder Prätendenten auszuschalten. So könne man zwar nicht von „Rois faibles“ sprechen, aber sicher von „Königen ohne Macht“.

Im öffentlichen Abendvortrag (Die folgenschwerste Tat des ganzen Mittelalters? Aspekte des wissenschaftlichen Urteils über den Dynastiewechsel von 751) gab Rudolf Schieffer einen Überblick über die Fragestellungen, unter denen der Dynastiewechsel zu verschiedenen Zeiten in der Geschichtswissenschaft beurteilt wurde. Unter dem Einfluß des „Germanismus“ stand vor allem die Lösung von den Treueiden im Mittelpunkt, von kirchenhistorischer Seite aus die Frage nach dem Einfluß des Papsttums. In jüngster Zeit kristallisieren sich in der Forschung drei Tendenzen heraus: Sie löst sich allmählich von bisherigen Herrschaftsstereotypen, betreibt eine stärkere Historisierung der

Quellen und betont eine deutlichere Konzeptualisierung der Politik im 8. Jahrhundert.

Stuart Airlie (Die fränkische Adelsgesellschaft) zeichnete die Entwicklung von einer fränkischen zu der „karolingischen“ Aristokratie nach. Der Adel akzeptierte die Karolinger schon vor dem Dynastiewechsel als alleinige Repräsentanten legitimer Herrschaft. So war etwa für den Streit zwischen den Söhnen Karl Martells die Haltung der Großen entscheidend. Die Adelsopposition hatte sich um den Karolinger Grifo geschart, woran deutlich wird, daß die Karolinger sich als alleinige Legitimationsträger durchgesetzt hatten. Merowinger wurden als scheinbares oder gar tatsächliches Haupt oppositioneller Adelsgruppen nicht mehr gebraucht. Grifo, der sich gegen Karlmann und Pippin stellte, beförderte so paradoxerweise den Anspruch der Karolinger auf legitime Herrschaft, indem er als Anführer zur Verfügung stand. Die Legitimität der Karolinger steigerte sich so weit, daß in der Vorstellung der Großen innerer Friede nur dann gegeben war, wenn Harmonie im karolingischen Haus herrschte. So empfand der Adel Karolinger und *regnum* als Einheit.

Ulrich Nonn (Die Teilung von Vieux-Pointiers) gewichtete die Quellen über die Erbfolgeregelungen Karl Martells und die Teilungen zwischen Karlmann und Pippin neu. Die Überlieferung liegt nur in historiographischen Quellen vor, die parteiisch und nicht zeitgenössisch sind. Für eine frühzeitige Einführung Pippins und Karlmanns, der Söhne Karl Martells aus erster Ehe, in die Herrschaft kann man etwa nur das um 828 entstandene *Breviarium regum Francorum* des Erchanbert heranziehen. Erchanbert bietet die Information, daß der merowingische König Theuderich IV. († 737) der Erbregelung Karl Martells zugunsten von Pippin und Karlmann lediglich widerwillig zugestimmt habe. Zum ei-

nen spricht das Detailwissen der Quelle für eine echte Information, zum anderen war es zu Lebzeiten Theuderichs IV. sinnvoll, Grifo nicht als Erben zu bedenken, weil er damals noch nicht mündig war. Eine Um-entscheidung Karl Martells fand dann erst unter dem Einfluß von Grifos Mutter Swanahild statt. Weiter lassen sich Parallelen zu anderen Königen ziehen, die wohl unter dem Einfluß ihrer ‚aktuellen‘ Gemahlinen ebenfalls spätergeborene Söhne bevorzugt sehen wollten, so u. a. Karl der Große und Ludwig der Fromme.

Alain Dierkens (Der Hausmeier Karlmann) beleuchtete die kurze Regierungszeit Karlmanns als Hausmeier vor allem in Hinblick auf die Frage nach möglichen Gründen für seinen Rückzug ins Kloster. Als wahrscheinliche Motive nannte er Karlmanns Versagen in Alemannien (*Continuatio Fredegarii* cap. 29) und eine tatsächlich tief verwurzelte Frömmigkeit, die wohl vor allem auf den Einfluß Bonifatius' zurückzuführen sei. Karlmann hatte seinen Rückzug möglicherweise von langer Hand vorbereitet, da er zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Nachfolge seines Sohnes Drogo auf den damals noch söhnelosen Pippin gesichert schien. Des weiteren blieb Karlmann in der Politik aktiv. Das Blutbad von Cannstatt im Jahr 746, das ihn als Hausmeier nur noch schwer tragbar erscheinen ließ, dürfte also höchstens den Zeitpunkt des Rückzuges ins Kloster veranlaßt haben, nicht aber den prinzipiellen Entschluß zum Klosterleben.

Roger Collins (Pippin als Hausmeier) stellte Pippin in seiner Zeit als Hausmeier von 741–751 in den Mittelpunkt und unterzog dafür die drei einschlägigen Quellen einer ausführlichen Untersuchung: Die *Continuatio Fredegarii*, die *Annales regni Francorum* und die *Annales Mettenses priores*. Die Diskrepanzen zwischen den Quellen sind z. T. erheblich, da etwa in den *Continuatio* Grifo nicht erwähnt wird und auch

andere Details unterschlagen werden. In den *Annales Regni Francorum* sind Drogo sowie Pippins Schwester Hiltrud, die Odilo, einen nahen Verwandten Swanahilds, heiratete, nicht erwähnt, die *Annales Mettenses Priores* greifen zusätzlich auf weitere verlorene Quellen zurück. Aus den drei Quellen lassen sich die Ereignisse, gerade die Auseinandersetzung mit Grifo, in einer stringenten Erzählung rekonstruieren, sofern ihre Darstellungsabsichten ausreichend in Betracht gezogen werden, wie z. B. die Tatsache, daß die *Continuatio Fredegarii* die bayerischen Kriegszüge von Karlmann und Pippin ohne die Erwähnung Grifos nur mit Mühe erklären können.

Aus den wenigen Quellen, die wir für Frauen im 8. Jahrhundert überhaupt zur Verfügung haben, versuchte Janet Nelson (Die Königin Bertrada) einige neue Informationen über Pippins Frau Bertrada zusammenzustellen: Sie kam aus einer reichen Familie, deren Besitztümer darauf schließen lassen, daß Pippin und Bertrada verwandt waren. Der Wunsch nach einem Erben scheint nach ein paar Jahren sehr stark geworden zu sein, worauf ein Brief Cathwulfs an Karl den Großen (ed. Dümmler, MGH Epp IV, S. 502) schließen läßt, in dem die Rede davon ist, daß Bertrada intensiv für die Empfängnis eines Sohnes gebetet habe. Möglicherweise ist der Hinweis in einem Brief Papst Stefans III., daß Pippin zeitweilig mit dem Gedanken spielte, Bertrada zu verstoßen, mit diesem anfänglichen Ausbleiben der Nachkommenschaft zu erklären. Allerdings ist auch in Erwägung zu ziehen, daß es kurz vor dem Besuch Papst Stefans III. 754 zu einem Streit zwischen Bertrada und Pippin gekommen sein könnte. Pippin war möglicherweise unschlüssig, ob er seine Versprechen Drogo und Karlmann gegenüber halten oder den Forderungen Bertradas nach der Bevorzugung ihrer eigenen Söhne nachgeben sollte. Pippin übertrug

Bertrada aber dann Karlmann zum Gewahrsam, deren Einfluß sich so offenbar als stärker erwies. Großes Gewicht bei den politischen Entscheidungen ihrer beiden Söhne Karl und Karlmann läßt sich nur kurzfristig um 768/69 feststellen, als die langobardische Ehe Karls des Großen in die Wege geleitet wurde. Schließlich arbeitete Nelson noch einen Zusammenhang zwischen den Schwangerschaften der Königin und den Phasen ihres größten Einflusses heraus und kam zu dem Schluß, daß Schwangerschaften die Handlungsfähigkeit der Königinnen stark einschränken konnten.

Arnold Angenendt (Pippins Königssalbungen von 751 und 754) entwickelte eine neue Theorie zur Herkunft der Königssalbung: In Rom waren gerade in der Zeit vor 751 neue liturgische Praktiken aufgekommen, die im Kampf gegen den Ikonoklasmus entstanden waren. So wurden etwa Altäre bei ihrer Weihe und Heiligenbilder bei Reliquienerhebungen liturgisch gesalbt. Als Beleg läßt sich der *Ordo Romanus 42* anführen: *Pontifex baptizat altare*. Dies verweist auf einen Zusammenhang mit der Taufe: Nach verbreiteter Vorstellung waren die Getauften die *in Christo coronati*, da die bei der anschließenden Salbung verwendete Kopfbinde an eine Krone erinnerte. Bei der Königssalbung handelte es sich um eine Umwidmung des vorhandenen Ritus der Salbung nach der Taufe. Politisch gehören die Königssalbungen in den Kontext der Suche des Papstes nach Partnern gegen die Langobarden. Die Päpste verweisen daher im *Codex Carolinus* immer wieder auf die von ihnen vollzogene *unctio* Pippins.

Yitzhak Hen (Die Verchristlichung des Herrscheramtes) setzte sich mit der Vorstellung des „germanischen“ Königtums und dem ihm nach verbreiteter Vorstellung inhärenten Element der Sakralität auseinander. Der sakrale Aspekt des Königtums läßt sich aber vielmehr aus einem Prozeß

der Verchristlichung heraus erklären, und man kann auf die antiken römischen Kaiser und deren *pietas* sowie auf das Alte Testament als Vorbild für das Königtum hinweisen. Schon für die merowingische Zeit ist ein enges Zusammenwirken zwischen den Kirchen und dem Königtum zu beobachten. So wurden Schenkungen an Kirchen oft als Gegenleistung für Hilfe, Rat und Gebet vergeben. Die Gebete galten vor allem dem Frieden und Wohlstand im Reich. Diese Sorge um das allgemeine Wohlergehen spiegelt eine *consensus*-Politik wider, die auch unter Pippin und den Karolingern weiterverfolgt wurde. Die *missa pro regibus* wurde auch nach 751 fortgeführt und ihr Gegenstück, die *missa pro principe*, war vielleicht ohnehin schon für Karl Martell und seine Nachfolger gedacht.

Olaf Schneider (Pippins Königserhebung und die Erinnerung der karolingischen Quellen) unterzog den Bericht der *Annales regni Francorum* zu 751 im Hinblick auf die Frage, ob in den *Annales regni Francorum* ein Konzept für Königserhebungen zu finden ist, einer kritischen Prüfung. In dem Bericht zu 751 werden zum einen die Franken in einer tragenden Rolle genannt, zum anderen Personen, die sonst in der unmittelbaren Umgebung des Berichtes nicht vorkommen. Allgemein ist in den *Annales regni Francorum* die Rolle der Franken nur schwach ausgeprägt und Salbungen tauchen sonst nur in Verbindung mit dem Papst auf. Die Reihung Wahl – Salbung bzw. Weihe – Erhöhung – Huldigung ist so nur zu 751 anzutreffen. Zur näheren Beurteilung zog Schneider andere Quellen zum Vergleich heran. Hervorzuheben ist dabei die in ihrer Echtheit umstrittene *Clausula de unctione Pippini*, die inhaltlich als einzigen den *Continuationes Fredegarii*, der einzig zeitgenössischen Quelle, entspricht, weil sie die päpstliche Salbung im Jahr 754 beschreibt und keine Gesandtschaft erwähnt. Daher ergeben sich Zweifel an der Faktizität der Gesandtschaft. Burchard

Gesandtschaft. Burchard ist 748 in Rom auf einer Reise für Bonifatius belegt, so daß in den *Annales regni Francorum* möglicherweise diese Gesandtschaft mit der Anfrage an den Papst verwechselt wurde. Für noch unwahrscheinlicher hielt Schneider die Teilnahme von Fulrad, der erst ab 768 regelmäßig am Königshof erwähnt wird und erst dann als Vermittler und Beauftragter zwischen Franken und Langobarden tätig war. Das dadurch entwickelte Vertrauensverhältnis Fulrads zum Papst wurde u. U. von den *Annales regni Francorum* auf 751 zurückprojiziert. Der verformte Bericht der *Annales* erklärt sich durch ihre zeitgebundenen Absichten: Die Rolle des Adels wird gegenüber den zeitgenössischen Berichten heruntergespielt, die Beteiligung des Papstes betont.

Walter Pohl (Das Papsttum und die Langobarden) konnte für den Umgang der Päpste mit den Langobarden und ihre Versuche, sie aus Rom fern zu halten, drei Stufen ausmachen: Zu Beginn des 8. Jahrhunderts wurden die Langobarden mit Geldzahlungen zum Rückzug bewegt, dann ging man dazu über, Geschenke zu machen und schließlich verlegte sich der Papst auf Gebete, Mahnungen und Predigten. Gerade unter Papst Zacharias erreichte diese Entwicklung mit demonstrativen Ritualen der Versöhnung und einem auf 20 Jahre angelegten Frieden zwischen König Liudprand und Papst Zacharias einen Höhepunkt. In Zacharias' Vita wird sein Einfluß auf die Langobarden nachhaltig stilisiert. Nach Liudprand ist unter Ratchis zunächst eine Verschlechterung des Verhältnisses zu bemerken, wie es an den Paßbestimmungen des Ratchis besonders offenbar wird. Aistulf schließlich verfolgte eine kompromißlose Expansionspolitik, so daß sich der Ton der päpstlichen Verlautbarungen verschärfte. Daß die Langobardenkönige sich dennoch von den Ermahnungen der Päpste immer wieder beeindruckten ließen, hängt

am ehesten mit der zunehmenden Angst vor einer fränkischen Intervention zusammen.

Michael Richter (Die *Collectio canonum hibernensis*) unterzog die These Michael J. Enright's von einer irischen Vorlage der Salbung zu 751 einer eingehenden Prüfung. Enright nahm an, daß die Salbung aus der *Vita Columbae* des Adomnan in die *Collectio canonum hibernensis* übernommen wurde und daß die Vorstellung von dort über Virgil von Salzburg an Pippins Hof vermittelt wurde. Die *Vita Columbae* III,5 berichtet die Vorgeschichte der Königserhebung des Aidan von Dalriada, wo von einem himmlischen Befehl zur Salbung die Rede ist. Gegen Enright's These spricht zum einen, daß das fragliche Kapitel in der *Vita Columbae* wohl nicht von Adomnan geschrieben wurde und deshalb Virgil nicht bekannt gewesen sein muß, dessen Einfluß Enright ohnehin überschätzte. Zum anderen greift der Abschnitt in der *Collectio* (cap. 1), in dem von der Salbung die Rede ist, vielmehr auf das alttestamentarische Vorbild der Königssalbung zurück und schließlich ist bei den belegten irischen Königserhebungen bei Giraldus Cambrensis und in Schottland 1329 keine Salbung erwähnt. Ein irisches Vorbild für 751 ist daher nicht anzunehmen.

Ein Hinweis in *Erchanberts Breviarium regum Francorum*, daß Gottfried, Herzog von Alemannien, und andere *duces* den Franken-Herzögen, also den Hausmeiern, nicht gehorchen wollten, war für Dieter Geuenich (...*noluerunt obtemperare ducibus Francorum*). Zur bayerisch-alemannischen Opposition gegen die karolingischen Hausmeier) Anlaß, das Verhältnis zwischen Hausmeiern und *duces Alamannorum* sowie *duces Alsatie* und deren Stellung und Macht bis zum Dynastiewechsel zu beleuchten. Laut Ausweis der „kleinen“ Annalen war das Verhältnis von *duces* und Hausmeiern von dauernden Auseinandersetzungen geprägt und

konzentrierte sich wohl auf den Odilienberg, nach neuesten archäologischen Ausgrabungen eine starke und wichtige Feste in der Ortenau, die in den *Continuationes Fredegarii* als *Alpes* verzeichnet wird und zwischen Theudebald, *dux Alemannorum*, und Pippin stark umkämpft war. Die fränkischen Hausmeier konnten ihre Stellung erst zum Königtum ausbauen, als die Alamannen besiegt und das elsässische Herzogsgeschlecht mit Liutfried ausgestorben war.

Michael McCormick (Die Franken und die Mittelmeerwelt) untersuchte anhand des Berichtes der *Continuationes Fredegarii* über eine Gesandtschaft des Kalifen an Pippin im Jahr 768 das Verhältnis Pippins zum Kalifat von Bagdad. Zunächst stellte er reiselogistische Überlegungen an und kam zu dem Schluß, daß der Bericht zwar leicht verzerrt ist, im Kern aber zutrifft, insbesondere, was die Unterbringung der Gesandten und ihr Überwintern in Metz angeht. Nach dieser mikrohistorischen Untersuchung wurde die Gesandtschaft in den Kontext von Pippins Kontakten zur Mittelmeerwelt gestellt, insbesondere seine Kontakte nach Konstantinopel. Pippin wollte in den späten 760ern die byzantinische Option um ein Bündnisangebot an den Kalifen erweitern. Der abassidische Kalif konnte seinerseits Interesse an einem Bündnis mit Pippin haben, da in Spanien der letzte Vertreter der legitimen Umayyaden-Dynastie Zuflucht gefunden und eine eigene Herrschaft errichtet hatte. Der Kalif mußte also Interesse daran haben, seinen spanischen Feind durch einen neuen Verbündeten in die Schranken zu weisen. Trotz logistischer Probleme während der Kriegszüge 767/68 verlor Pippin dieses Projekt nicht aus den Augen, auch weil er damit ein Druckmittel gegen Byzanz in der Hand hatte.

Helmut Reimitz (Der Weg zum Königtum in historiographischen Kompilationen

der Karolingerzeit) unterzog drei Kompilationen zur fränkischen Geschichte aus dem 9. Jahrhundert einer eingehenden Untersuchung. Er konnte zeigen, daß der *Liber historiae Francorum*, die *Continuationes Fredegarii* und die *Annales regni Francorum* unter bestimmten Gesichtspunkten zusammengestellt und gekürzt wurden. Die Pariser Handschrift (BN lat. 10911) verwischt die Grenzen zwischen den beiden Dynastien und betont die Kontinuität von Merowingern und Karolingern. Aus diesem Grund wurde etwa in den Annalen eine Lücke zwischen 750 und 753 gelassen und eine Genealogie angehängt, die eine Verbindung zwischen den Merowingern und den Karolingern schafft. Die Wiener Handschrift (ÖNB lat. 473) bietet noch zusätzlich den Bericht Einhards zum Jahr 814 und dann die *Annales regni Francorum* als *Gesta Ludowici*. Sie versucht eine kontinuierliche Herrscherdarstellung, der *Liber Historiae Francorum* bricht mit dem Tod Dagoberts ab und die *Continuationes Fredegarii* werden ab Chlodwig II. übernommen, wodurch sowohl Grimoald als auch die austrasische Identität in den Hintergrund gespielt werden. Einhard ist wohl wegen der Namensgleichheit von Karl dem Kahlen und dem Großen eingefügt, die *Epistola de relevatione S. Stephani* aufgrund der prominenten Stellung des Stephans-Domes in Metz, in dem Karl der Kahle 869 gekrönt wurde. Daher ist der Codex am ehesten auf die kurze Regierung Karls des Kahlen in Lothringen zu datieren. Die Petersburger Handschrift (B. Saltykova, F, IV.4) ist ebenfalls in den Umkreis Karls des Kahlen zu setzen. Sie bietet den *Liber Historiae Francorum*, die *Continuationes*, die *Annales regni Francorum*, Einhard und die *Vita Hloduwici* des Astronomus. Die fehlenden Jahreseinträge der *Annales regni Francorum* wurden im 12. Jahrhundert durch eine Genealogie der westfränkischen Könige ergänzt. Die Handschrift endet mit einer Genealogie der Frankenkönige, deren

Betonung auf Neustrien und der Verbindung der Merowinger zu den Karolingern liegt.

Hans-Werner Goetz (Der Dynastiewechsel von 751 im Spiegel der späteren Geschichtsschreibung) nahm die Rezeption von Pippins Königserhebung ins Blickfeld. Das Interesse an Pippin nahm ab, was besonders in den Herrscherurkunden bis zu Friedrich I. deutlich wird, in denen Pippin immer seltener als Vorgänger genannt wird. Einige Grundvoraussetzungen des Dynastiewechsels werden in den Quellen immer wieder erwähnt: Konstant wird etwa die Machtlosigkeit der Merowinger zur Sprache gebracht, ebenso wie auf die Tatsache hingewiesen wird, daß von 751 an nur noch die Karolinger die Könige stellten. Auch die Beteiligung des Papsttums wird immer wieder hervorgehoben. Seit Einhard's *Vita Karoli* bemühen sich die Quellen um eine glättende Darstellung des Bruchs.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Dynastiewechsel nur selten negativ beurteilt wurde (*Annales Quedlinburgenses*) und bis auf Ademar von Chabannes als Ausnahme im Westfrankenreich nicht so ausführlich rezipiert wurde wie im Ostfrankenreich.

In der eingehenden Schlußdiskussion griffen die Veranstalter und Teilnehmer die Grundlinien der Tagung auf, die sich vor allem in der kritischen Gewichtung der Quellenaussagen manifestierten. Ausführlich kam noch einmal die vermutliche Salbung Pippins 751 zur Sprache sowie die gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen für seine Königserhebung. Die weiterführenden Bemerkungen der Diskutanten suchten eine Antwort auf die Fragen, weshalb die Karolinger die Merowinger erst so spät ablösten und plädieren für eine Interpretation des Dynastiewechsels vor dem Hintergrund einer offenen politischen Situation im Frankenreich.

THOMAS SPOHN (HG.): Pfarrhäuser in Nordwestdeutschland. Münster u.a.: Waxmann 2000 (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 100).

Hausforscher gehören zur inzwischen seltenen Spezies historisch arbeitender Volkskundler. Die universitäre Volkskunde – unter Bezeichnungen wie „Europäische Ethnologie“ u.ä. firmierend – sucht ja eher den Anschluss an Soziologen und Kulturwissenschaftler. Eine liebenswerte Spezies zudem, denn Hausforscher sind Enthusiasten. Die Faszination des historischen Objekts wird hier höher geschätzt als abgehobene Diskursanalysen; gleichwohl arbeitet man durchaus methoden- und theoriebewusst. Der Sammelband „Pfarrhäuser in Nordwestdeutschland“ zeugt einmal mehr davon. Man bedenke: Es ist kein DFG-geförderter Sonderforschungsbereich, der hier seine Arbeit dokumentiert, sondern vor uns liegt ein Beispiel für mehrjährige „Lustforschung“ der jüngeren und mittleren Hausforschergeneration Westfalens, die ihren Niederschlag auf fast 550 üppig bebilderten Seiten findet.

Neben dem klassischen Thema des bäuerlichen Bauens und Wohnens haben in den letzten Jahrzehnten vor allem Lokalstudien zum städtischen Hausbau die Hausforschung dominiert, wobei man sich konsequent sozialgeschichtlichen Fragestellungen öffnete und damit den auf Schriftquellen fixierten Historikern den Quellenwert historischer Wohnbauten vermittelte. Der vorliegende Band nimmt nun einen Sonderfall ins Visier, nämlich das Pfarrhaus. Da es zunächst eine offene Frage ist, ob es sich dabei überhaupt um einen definierbaren Bautypus handelt, impliziert die Fragestellung sofort eine sozialgeschichtliche Perspektive, denn es geht um Wohnbauten eines sozial herausgehobenen Berufsstandes und zugleich um öffentliche Bauprojekte, in die Patronatsherr und Gemeinden involviert waren. Die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Pfarr-

hausbaus werden in einem einleitenden Beitrag des Herausgebers Thomas Spohn herausgearbeitet. Die daraus resultierenden Konflikte zwischen den verschiedenen involvierten Instanzen begegnen auch in den Einzelstudien regelmäßig wieder.

Berücksichtigt werden in den Untersuchungen neben dem noch vorhandenen Baubestand auch historische Fotografien und vor allem die recht umfangreiche archivalische Überlieferung. Im wesentlichen geht es um Bauprojekte des 17. bis 19. Jahrhunderts. Mit den Pfarrhausbauten des Herzogtums Westfalen, des Fürstbistums Münster und – vergleichsweise knapp abgehandelt – der Fürstentümer Siegen und Wittgenstein untersucht der Herausgeber gleich drei Teilregionen Westfalens. Weitere Beiträge gelten dem Hellwegraum (Carsten Vorwig), Lippe (Heinrich Stiewe), Ravensberg (Kai und Lutz Volmer), dem Fürstentum Minden (Bernd-Wilhelm Linnemeier) sowie der Lüneburger Heide (Wolfgang Rüter). Hinzu kommen zwei kleinere Lokalstudien zu Rhede im Westmünsterland (Markus Kamps) und Jever in Ostfriesland (Anja Blank). Westfalen wird also beinahe komplett abgedeckt, wobei das Fehlen ausgerechnet des Hochstifts Paderborn an dieser Stelle natürlich bedauert werden muss, außerdem erlaubt man sich Abstecher in den Norden. Die Regionalbeiträge werden jeweils durch Kataloganhänge ergänzt, in denen die untersuchten Bauten einzeln vorgestellt werden. Sie sind nicht nur als Quellennachweise zu verstehen, vielmehr erhält das Buch durch diese Zusammenstellungen den Charakter eines Kompendiums zum Nutzen der Baudenkmalpflege und der an Baudenkmalern interessierten Öffentlichkeit vor Ort.

Angesichts der Fülle des vorgelegten Materials ist der Leser – und der Rezensent

– dankbar für die instruktive Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse durch den Herausgeber. Die vielschichtigen Überlegungen auch dieses Beitrags können an dieser Stelle natürlich nur in reduziertes Form wiedergegeben werden. In der ersten Phase des Untersuchungszeitraums (bis ca. 1760) unterscheiden sich die Pfarrhausbauten nicht grundsätzlich von den bäuerlichen Wohnbauten der jeweiligen Region. Der Unterschied liegt in der größeren Zahl der Wohnräume und vergleichsweise frühen Separierung des Küchenbereichs sowie dem Einbau von Schornsteinen. Eine Besonderheit sind palaisartige Pfarrhäuser vor allem im Sauerland, die bereits den Typus des modernen Wohnhauses vertreten. Ab 1760 ist insgesamt ein deutlicher Trend zur Trennung der Wohn- und Wirtschaftsfunktionen des Pfarrhauses zu beobachten, seit 1790 entstehen auch in immer größerer Zahl reine Wohnbauten. Zugleich wird der Baustil überregional einheitlicher. Bei der Planung und Ausführung sind anscheinend zunächst die Handwerksbaumeister dominierend, im 19. Jahrhundert monopolisieren dann die jeweiligen regionalen Baubeamten den Pfarrhausbau.

Die konfessionellen Unterschiede sind weitaus geringer als zunächst vermutet. Die agrarische Subsistenz war katholischen und protestantischen Geistlichen gemeinsam, und diese Grundbedingung beeinflusste wesentlich die bauliche Gestalt des Pfarr-

hauses. Auch der Raumbedarf war nicht so unterschiedlich. Zwar hatten die katholischen Geistlichen seit der Durchsetzung des Konkubinatverbots im 16. Jahrhundert keine Familien, doch mussten für die Haushälterinnen (im Gegensatz zu den evangelischen Pfarrersfrauen) eigene Wohn- und Schlafräume geschaffen werden. Eine bewusste oder unbewusste Vorbildfunktion des Pfarrhausbaus ist nicht nachzuweisen. Die Pfarrer orientierten sich stets an einem gehobenen bürgerlichen Wohnkomfort, weswegen Modernisierungen bei Pfarrhäusern besonders früh zu beobachten sind. Aber auch auf dem Höhepunkt der aufklärerischen Volkspädagogik um 1800 erhob der Pfarrhausbau keinerlei Anspruch auf Vorbildlichkeit, die hierbei aufgegriffenen Innovationen hatten keinen Einfluss auf die allgemeine Bauweise der Bevölkerung. In einer Schlussbemerkung verdeutlicht der Verfasser in Abgrenzung von der gängigen Theorie des „gesunkenen Kulturguts“, dass dies auch seine eigene Logik hatte. Die Bauweisen waren nicht beliebig austauschbar. Die Menschen bauten ihre Häuser nicht nach dem Vorbild der jeweiligen sozialen Elite, sondern so, wie es ihren Lebensformen entsprach. Modernisierungsschübe sind daher keine „Nachahmerei“, sondern Ausdruck sich wandelnder Arbeits- und Lebensbedingungen.

Roland Linde

DINA VAN FAASSEN: „Das Geleit ist kündbar“. Quellen und Aufsätze zum jüdischen Leben im Hochstift Paderborn von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1802, Essen: Klartext 1999 (Historische Schriften des Kreismuseums Wewelsburg 2).

In 108 ausgewählten Quellentexten vermittelt der anzuzeigende Band Einblicke in die Lebenswelt der jüdischen Minderheit im frühneuzeitlichen Fürstbistum Paderborn. Dina van Faassen, Mitarbeiterin des Kreis-

museums Wewelsburg, präsentiert die ganze Spannweite der archivalischen Überlieferung, von Verordnungen über Geleitbriefe, Amtsberichte, Steckbriefe bis hin zu Bitt- und Klageschriften einzelner jüdischer

und christlicher Untertanen. Die Quellen sind gruppiert zu den Themenbereichen „Entwicklung des Geleitwesens und der Judenordnungen“, „Rechtliche und soziale Verhältnisse sowie wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten der Judenschaft“, „Religiöses Leben und Selbstverwaltung in Landjudenschaft und Gemeinden“, „Armenwesen und Betteljudenproblematik“, „Das konfliktreiche Verhältnis zwischen Juden und Christen“.

Die ausführlichen Einleitungstexte zu diesen Abschnitten würden schon für sich genommen eine Publikation rechtfertigen, heben sie doch den veralteten Stand der Forschung zur jüdischen Geschichte des Hochstifts auf die Höhe der aktuellen Forschung. Zugleich sind die Texte so konzentriert, dass sie gerade dem „Uneingeweihten“ einen guten Einstieg in diese inzwischen doch sehr spezialisierte Forschungsrichtung erlauben. Zu loben ist auch die für eine Quellenedition großzügige Ausstattung mit Abbildungen – darunter Fotografien von inzwischen verlorenen frühneuzeitlichen Ausstattungsstücken aus Synagogen des Untersuchungsgebietes –, Statistiken, Angaben zu Maßen und Gewichten, usw. Aufgrund der uneinheitlichen

und verwirrenden Wiedergabe jüdischer Namen in den Quellen wurde auf ein Register der Personennamen verzichtet, was die Bearbeiterin näher erläutert; ein Ortsregister ist selbstverständlich enthalten. Das Glossar ist dem Band als Sonderdruck beigelegt, was die Handhabung bei der Quellenlektüre vereinfacht.

So reichhaltig das Informations- und Hilfsangebot des Bandes auch ist, die Transkription erfolgt doch sehr quellennah unter weitgehendem Verzicht auf Normalisierungen und Modernisierungen, wofür die Bearbeiterin bedenkenwerte Gründe vorbringt. Für den ungeübten Leser – man denke gerade an Schüler – ist dies also keine leichte Lektüre, doch Beschäftigung mit historischen Quellen ist eben auch Arbeit. Inwieweit solche Quellentexte tatsächlich im Schulunterricht eingesetzt werden können, vermag ich kaum einzuschätzen. Ich kann mir das eigentlich nur für Geschichts-Leistungskurse oder Projektgruppen der Oberstufe vorstellen. Falls es bereits einschlägige Erfahrungen gibt, würde sich die Redaktion über einen Erfahrungsbericht freuen.

Roland Linde

Der Verein für Geschichte an der Universität Paderborn

Der Verein für Geschichte (VfG) ist 1983 gemeinsam von Studierenden und Lehrenden an der Paderborner Hochschule gegründet worden. Ziel war, und ist es nach wie vor, Forschungen – insbesondere zur Geschichte des westfälischen Raumes – zu fördern und durch Publikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck gibt der VfG mehrere Buchreihen heraus: Die *Paderborner Historischen Forschungen* (PHF), die *Paderborner Beiträge zur Geschichte* (PBG) und, in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Paderborn, die *Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte*.

Unsere Mitglieder erhalten von den seitens des Vereins für Geschichte herausgegebenen Büchern je ein kostenloses Exemplar als Arbeitsgrundlage. Ältere Veröffentlichungen können zu einem günstigen Mitgliederpreis erworben werden.

Daneben existiert mit den vorliegenden „*Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn*“ ein weiteres Publikationsorgan, welches im wesentlichen für kleinere Arbeiten gedacht ist. Neben regionalgeschichtliche Fragen behandelnden Aufsätzen und Miscellen, die mit Blick auf die Zielrichtung des Vereins naturgemäß den inhaltlichen Schwerpunkt bilden, ist hier Raum für Beiträge aus dem gesamten Spektrum historischer Forschung.

Ein weiteres Anliegen des VfG betrifft die Kommunikation und den Austausch zwischen historisch Interessierten. Ein Forum hierzu bietet der *Historische Gesprächskreis*,

der etwa drei mal jährlich unter einer bestimmten Themenstellung stattfindet. Die Termine werden jeweils in den Mitteilungen unter der Rubrik *Veranstaltungen* angekündigt.

Wir arbeiten übrigens ehrenamtlich. Der VfG finanziert sich allein durch die Mitgliedsbeiträge (derzeit 25,00 € pro Jahr / Studierende 15,00 €) und Spenden.

Sie möchten auch Mitglied werden? Kein Problem!

Sie können uns schreiben:

Verein für Geschichte an der Universität Paderborn
c/o Die Sprachwerkstatt GmbH
Stettiner Straße 40–42
33106 Paderborn

Oder anrufen:

Hubert Tietz 05251/730055

Oder eine E-Mail schicken:

vfg@die-sprachwerkstatt.de

Wir freuen uns! Übrigens – als neues Vereinsmitglied erhalten Sie mit dem „Paderborner Künstlerlexikon“ ein attraktives und hochwertiges Begrüßungsgeschenk.

Ansprechpartner an der Universität:

Stefanie Dick M.A. (N 2.307)

Prof. Dr. Frank Göttmann (N 2.329)

Vereinsveröffentlichungen

Die vom Verein für Geschichte herausgegebenen Bücher erhalten Sie im Buchhandel. Sie können jedoch auch direkt beim Verlag bestellen:

SH-Verlag GmbH, Osterather Str. 42, 50739 Köln
Tel. 0221/9561740, Fax 0221/9561741, E-Mail: info@sh-verlag.de

Vereinsmitglieder können, sofern sie direkt beim Verlag bestellen, unter Angabe der jeweiligen Mitgliedsnummer unsere Veröffentlichungen zu einem ermäßigten Preis beziehen!

Paderborner Historische Forschungen (PHF)

Bd. 1: MARGIT NAARMANN, Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Schernfeld 1988, 504 S., Abb.

Bd. 2: UDO STROOP, Preußische Lehrerinnenbildung im katholischen Westfalen. Das Lehrerinnenseminar in Paderborn (1832–1926), Schernfeld 1992, 262 S., Abb.

Bd. 3: FRIEDHELM GOLÜCKE, Der Zusammenbruch Deutschlands – eine Transportfrage? Der Altenbekener Eisenbahnviadukt im Bombenkrieg 1944/45, Schernfeld 1993, 336 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 4: LUDGER GREVELHÖRSTER, Münster zu Anfang der Weimarer Republik. Gesellschaft, Wirtschaft und kommunalpolitisches Handeln in der westfälischen Provinzialhauptstadt 1918 bis 1924, Schernfeld 1993, 253 S., Abb.

Bd. 5: THEODOR FOCKELE, Schulreform von oben. Das Paderborner Elementarschulwesen im 19. Jahrhundert zwischen Tradition und Neuordnung. Entwicklung,

Lehrer, Schulklokale, Vierow 1995, 400 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 6: LUDGER GREVELHÖRSTER/WOLFGANG MARON (Hrsg.), Region und Gesellschaft im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts. Studien zur neueren Geschichte und westfälischen Landesgeschichte. Karl Hüser zum 65. Geburtstag, Vierow 1995, 183 S.

Bd. 7: MARGIT NAARMANN, Paderborner jüdische Familien, Vierow 1998, 350 S., Abb.

Bd. 8: KARL HÜSER, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Das Amt Kirchborchen und seine Gemeinden im „Dritten Reich“ 1933 bis 1945, Vierow 1997, 155 S., Abb.

Bd. 9: DETLEF GROTHMANN, „Verein der Vereine?“ Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, Köln 1997, 618 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Bd. 10: KARL HÜSER, „Unschuldig“ in britischer Lagerhaft? Das Internierungslager No. 5 Staumühle 1945–1948, Köln 1999, 128 S., Abb.

Bd. 11: FRANK GÖTTMANN/PETER RESPONDEK (Hrsg.), Historisch-demographi-

sche Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven. Mit Fallbeispielen zur Sozial- und Alltagsgeschichte Westfalens (14.–20. Jahrhundert), Köln 2001, 198 S., Abb.

Paderborner Beiträge zur Geschichte (PBG)

Heft 1: DIETER RIESENBERGER, Der Friedensbund deutscher Katholiken. Versuch einer Spurensicherung, Paderborn 1983, 31 S., Abb.

Heft 2: REINHARD SPRENGER, Landwirtschaft und Bauern im Senneraum des 16. Jahrhunderts, Paderborn 1986, 99 S.

Heft 3: DIETMAR WÄCHTER, Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus, Paderborn 1989, 148 S., Abb.

Heft 4: JOSEF KIVELITZ, Zwischen Kaiserreich und Wirtschaftswunder. Mein Leben in Paderborn, bearb. von Friedhelm Golücke, Paderborn 1990, 143 S., Abb.

Heft 5: DIDIER VERSHELDE/JOSEF PETERS, Zwischen zwei Magistralen. Zur Geschichte der Eisenbahnstrecke Paderborn–Brackwede(–Bielefeld) 1845–1994, Vierow 1995, 151 S., Abb. u. Dokumentenanhang.

Heft 6: KIRSTEN HUPPERT, Paderborn in der Inflationszeit. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1919 und 1924, Vierow 1998, 115 S., Abb.

Heft 7: MARC LOCKER/REGINA PRILL/EVA MARIA KÜHNEL/MELANIE KNAUP/CARSTEN SCHULTE u.a. [Bearb.], Als die Bomben fielen... Beiträge zum Luftkrieg in Paderborn 1939–1945, Vierow 1998, 175 S., Abb.

Heft 8: BARBARA STAMBOLIS, Luise Hensel (1798–1876) Frauenleben in histori-

schen Umbruchzeiten, Vierow 1999, 114 S., Abb.

Heft 9: KLAUS ZACHARIAS, Zur Geschichte des Kapuzinerklosters in Paderborn 1612–1834. Das „Jahrbuch der Capuziner in Paderborn“ des P. Basilius Krekeler von 1859, Vierow 1999, 109 S., Abb.

Heft 10: MARGIT NAARMANN, Ein Auge gen Zion... Das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939–1943, Köln 2000, 184 S., Abb.

Heft 11: UDO SCHLICHT, „Holtzhauer“ und feine Gefäße. Die Glashütten im Fürstbistum Paderborn zwischen 1680 und 1800, Köln 2000, 149 S., Abb.

Bibliographien zur westfälischen Regionalgeschichte

UTE KAMPMANN-MERTIN, Paderborner Bibliographie 1578–1945, Paderborn 1992, 229 S.

NEU

ANDREAS GAIDT, Paderborner Bibliographie 1946 bis 1979. Das Schrifttum über Paderborn, Paderborn 2002, 630 S.

ROLF-DIETRICH MÜLLER u.a., Paderborner Bibliographie 1980/81 ff., Paderborn 1988 ff.

Zuletzt erschienen:

ALEXANDRA MEIER/ROLF-DIETRICH MÜLLER/HEIKE THEBILLE, Paderborner Bibliographie 1990–1994 (mit Nachträgen aus früheren Jahren), Paderborn 1999, 132 S.

DETLEF GROTHMANN, Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn

und Höxter. Gesamtverzeichnis der Jahrgänge 1 (1933) bis 60 (1999), Köln 2000.

Weitere Veröffentlichungen/ Mitherausgeberschaften

IRMHILD KATHARINA JAKOBI-REIKE, Die Wewelsburg 1919 bis 1933. Kultureller Mittelpunkt des Kreises Büren und überregionales Zentrum der Jugend- und Hei-

matpflege (Schriftenreihe des Kreismuseums Wewelsburg 3), Paderborn 1991, 163 S., Abb.

FRIEDERIKE STEINMANN/KARL-JOSEF SCHWIETERS/MICHAEL ASSMANN, Paderborner Künstlerlexikon. Lexikon Paderborner Künstlerinnen und Künstler des 19. und 20. Jahrhunderts in der Bildenden Kunst, Schernfeld 1994, 309 S., Abb.

Autorenverzeichnis

GUIDO M. BERNDT M.A., Kollegiat im DFG-Graduiertenkolleg Reiseliteratur und Kulturanthropologie an der Universität Paderborn. Forschungsschwerpunkt: Frühmittelalterliche Geschichte.

SIMONE BUCKREUS, 2000 erstes Staatsexamen in den Fächern Geschichte und Katholische Theologie für Sek.I/II an der Universität Paderborn. Promotionsvorhaben mit dem Thema "Amalie Elisabeth von Hessen-Kassel. Herrscherbild und Herrschaftsverständnis einer Regentin im 17. Jahrhundert", seit Januar 2001 Volontärin im Museum in der Kaiserpfalz.

JÖRG HEGER, Lehramtsstudent Sek. I/II in den Fächern Geschichte und Germanistik. Studienschwerpunkte: Mittelalterliche Geschichte, Umweltgeschichte und Gedenkstättenpädagogik.

PROF. DR. DIETMAR KLENKE, Professor für Westfälische Landesgeschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität-GH Paderborn (Fachbereich 1-Geschichte); u.a. Veröffentlichungen zur Geschichte der sozialdemokratischen Linken in der Weimarer Republik, zur Verkehrsgeschichte und zum männerbündischen Vereinswesen.

DR. ALHEYDIS PLASSMANN, Assistentin für mittelalterliche Geschichte an der Universität Bonn, Veröffentlichungen zum Hof Friedrichs I., zur Geschichte der Normandie und der britischen Inseln.